

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69, Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 5. Juni 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69, Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr

Betrag für die sechsstelligen Kolonien- oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,20 M., monatlich 1,10 M., wochentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Quittung.

Im Monat Mai gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Altona, 6. schleswig-holsteinischer Reichstags-Wahlkreis 1000.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 600.—, 4. Kreis Südost 3000.— (darunter Klaffsch „Hünzig“ 10.—, v. d. Klempnern der Firma Karmel 4,30, Ueberich, der Kranzspende d. d. Arb. d. Firma Lüben u. Wuse 11,60, Ueberich der Kranzspende von den Arbeitern der Wg. E.-G. Adlerstraße, Werkzeugbau, Saal 25 22,50), 6. Kreis 4500.—, Berlin, diverse Beiträge: Nachetes 5.—, vom Verband der Bauarbeiter anlässlich der Mai-versammlung 60.—, Ertrag einer amerikanischen Auktion auf der Serrenpartie der Lithographenfiliale 7,05, Zweiter Wahlkreis, Tischlerei P. P. Lüdtke, Gitschinerstr. 106, 18.—, Freundschaftsbund Klette 5.—, Dr. L. A. 100.—, Die Kontobucharbeiter vom Wedding 5.—, Jule II, Ritterstraße 7,20, Munition zum Kampfe für Wahrheit und Recht 4.—, Durch Gerisch 2.—, P. S. 50.—, A. B. 50.—, Mitgl. d. N.-Dr. 2 Katen 10,80, Patienten in Grabowsee 4.—, Gutenberg 88,75, A. A. Schönk. A. 5.—, Arbeiter der Neuen Berliner Genossenschaftsbäckerei 26.—, Barmen, socialdemokratischer Verein 200.—, Brandenburg a. H., Wahlkreis Brandenburg-Wesphalensland 200.—, Bant-Wilhelmsbuden, socialdemokr. Wahlverein 1. Quart. 04 195.—, Beuthen O.-Schl., von den Parteigenossen 5.—, Bern 50.—, Breslau, socialdemokr. Verein 100.—, Calbe a. S., Beitrag des Volksvereins 50.—, Grimnitzschau, 18. schles. Reichstags-Wahlkreis, 300.—, Chemnitz, für Bahlagitation in Frankfurt-Zeiss 10.—, Durlach, von Verbern der Firma H. V. bei einem Wase Vier 2,40, Doctmund, Drucker u. Seyerpersonal d. Arb.-Ztg. 50.—, Falkenberg O.-Schl. 5.—, Flensburg, Ertrag einer amer. Aukt. am 1. Mai 2.—, Forst i. L., socialdemokr. Verein, Centralbez. Sorau-Forst 300.—, Fürth, Wahlkreis 20.—, Göttha, durch den Vertrauensmann 30.—, Großenhain, Parteibeitrag des 7. schles. Reichstags-Wahlkreises 600.—, Hamburg, 2. Wahlkreis 5000.—, Hamburg, im Monat Mai in der Expedition des „Echo“ eingegangen 193.—, Hartha, 10. schles. Reichstags-Wahlkreis 106.— (darunter Nitzschhain für April und Mai 6.—), Hattensheim im Wahlr. Sonneberg-Saalfeld, Arbeiter-Vereinsverein 10.—, Hamburg, 1. Wahlkreis 2000.—, Königsberg i. Pr., Parteibeitrag 2. Quartal 1904 100.—, Königsbrück, Parteibeitrag der Parteigenossen im Ottendorf-Okrissa, Pulsnit u. Königsbrück 3,50, Lützenwalde, Wahlkreis Jüterbog-Lützenwalde-Bausch-Weitz 100.—, Lübeck, socialdemokratischer Verein 500.—, Lützenwalde, Rufus 5.—, München, Waldläufer 5.—, Mühlhausen i. E., Einzelmitglieder der Partei 10.—, Mannheim, socialdemokratischer Verein 200.—, Nürnberg, S. 4.—, Neu-Weihensee b. Berlin, Ueberich, d. Kranzsp. v. Neubau Albertstraße 1.—, Rieburg a. B., 7. hannoverscher Wahlkreis 50.—, Reife, B. F. 2.—, Oberlangensielau, Parteibeitrag aus dem Culenegerbire 100.—, Ofenburg in Baden aus L.-S. Sparkasse 0,40, Peterwaldau, vom Wahlverein 10.—, Randow-Greifenhagen, socialdemokr. Wahlverein, 1. Quartal 1904, 100.—, Stuttgart, G. II. 10.—, Strahburg i. E., Altvater 5.—, Solingen, durch das Kreiskomitee 50.—, Solingen, gesammelt bei der roten Tasse d. N. Klenden aus Köln in Scharfhausen b. S. 2,00, Begehd, veranlaunteres Butterbrot bei einem Mai-Ausflug 10.—, Wandlstedt, socialdemokratischer Verein 1000.—, Wolmirstedt-Krausaldensleben, Wahlkreis, 2 Katen, 200.—, Württemberg 100.—, Berlin, den 4. Juni 1904.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Frauenstimmrecht.

Gleiches Recht für Mann und Weib!

Das ist eine Forderung, die zu den Grundsätzen des socialdemokratischen Programms gehört, für die seit dreißig Jahren nicht nur die weiblichen Agitatoren der Partei eintreten, die vielmehr von jedem einzelnen Socialdemokraten erhoben wird und demnach in Fleiß und Mut der Partei übergegangen ist, daß angesichts ihrer Selbstverständlichkeit eine Diskussion darüber nicht mehr vorkommt.

Jeder Wahlkampf ist zugleich ein Kampf für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Und wer jemals mitten darin gestanden hat, der weiß, mit welcher Begeisterung selbst die ärmsten Frauen in den verstedtesten Landorten sich als Vorkämpferinnen dieser Forderung bekennen.

Aber es ist nicht nur die deutsche Socialdemokratie, die größte politische Partei Deutschlands, die diesen Standpunkt vertritt, es ist die Socialdemokratie der ganzen Welt, die ebenso einmütig, wie gegen die Herrschaft einer Klasse über die andre, gegen die Herrschaft eines Geschlechts über das andre sich aufstellt.

Die moderne Mittelschicht der Frauen ist das Proletariat. Während der letzten Tage wurde in Berlin ein Weltbund für Frauenstimmrecht gegründet, dessen Verhandlungen geeignet sind, die Thatsache einmal wieder zu beleuchten, daß die bürgerliche und die proletarische Welt sich von einander weiter trennen als die europäischen und amerikanischen Frauen durch den Ocean.

Die Anregung zu der Konferenz ging von Amerika, dem klassischen Lande des Frauenstimmrechts aus. Es ist bekannt, daß in vier amerikanischen Staaten den Frauen die vollen Bürgerrechte und in einer großen Anzahl anderer das kommunale Wahlrecht gewährt wurden, die amerikanische Stimmrechtsbewegung daher auf einen siegreichen Kampf zurückzuführen darf. Aus den Stürmen der Revolution wurde sie geboren, wie es denn überhaupt nützlich ist, die revolutionäre Gestalt der Frauenbewegung ihren sonstmütigen bürgerlichen Vertretern einmal wieder ins Gedächtnis zu rufen: Es war die französische Revolution, die Olympia de Gouges zu ihrer prachtvollen Erklärung der Frauenrechte begeisterte; es waren die Zeiten der amerikanischen Sklavenbefreiung, der amerikanischen Unabhängigkeitskriege, die die ersten Kämpfe und Siege der amerikanischen Frauenbewegung gezeitigt, und unter dem Freiheits-

kammer des Jahres 1848 tagte die erste Frauenstimmrechts-Konferenz.

Auf einer der letzten, 1902 in Washington, wurde, angesichts der Vertreterinnen aller Länder, der Beschluß gefaßt, einen internationalen Frauenkongreß, der 1904 in Berlin unter der Regide des internationalen Frauenbundes zusammenzutreten sollte. Es hat für uns kein Interesse, die im Verfolge dieses Beschlusses entstandenen inneren Differenzen und Eifersüchteleien zwischen der Frauenstimmrechts-Vertretung — in Deutschland repräsentiert durch den sogenannten „linken Flügel“ der bürgerlichen Frauenbewegung mit Frau Lauer und Dr. Anita Augspurg an der Spitze — und der des internationalen Frauenbundes darzustellen. Die Frauen haben hier, wie anderswo, wieder gezeigt, wie wenig sie sich noch dazu erzogen haben, die allgemeinen Interessen den persönlichen überzuordnen. Das schließliche Resultat der zum Teil heftigen Auseinandersetzungen war, daß die Leiterinnen der internationalen Stimmrechtsbewegung dem stärkeren Bunde sich beugten und die Gründung des Stimmrechtsbundes unter Ausschluß der Deffentlichkeit vor sich ging. Die Vertreter der Presse hatte man allerdings zugelassen, obwohl selbst dagegen die autoritätsgläubigen Gemüter, als welche die holländischen Delegierten sich im Laufe der Verhandlung mehr und mehr entpuppten, zu opponieren versuchten. Nur ein kleiner und schwach besetzter Saal diente daher der Gründung des Frauenstimmrechtsbundes.

Die Vorgesandte des deutschen Vereins für Frauenstimmrecht, Dr. Anita Augspurg, eröffnete die Verhandlungen mit einer Begrüßung der Delegierten und der Gäste. Sie ist eine gute Rednerin für gewöhnlich, und es muß Wunder nehmen, daß ihr nicht begeistertere Worte gerade bei dieser Gelegenheit zu Gebote standen. Es genügt nicht, zu erklären, daß ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung vor sich geht, man muß es für die Teilnehmer dazu zu gestalten verstehen, und der erste Redner ist es, der den Ton anschlägt, der weiter zu klingen bestimmt ist. Vor allem aber wäre es die Aufgabe der Vortragenden gewesen, an dieser Stelle und angesichts der Delegierten des Auslandes der deutschen Vorkämpfer der Stimmrechtsbewegung mit historischer Objektivität zu gedenken und die Aufmerksamkeit der Ausländer auf eine Thatsache zu lenken, die ihnen, die in Bezug auf den Stand der Frauenfrage die schlechteste Meinung von Deutschland zu haben pflegen, zumeist unbekannt ist, und uns doch zur höchsten Ehre gereicht, daß achtundsechzig Reichstags-Abgeordnete nicht nur, sondern daß eine Partei von drei Millionen Stimmen seit Jahrzehnten für das Frauenstimmrecht wirkt. Fräulein Dr. Augspurg schwieg von alledem, sie sprach zwar von ihren „politischen Freunden“ im Reichstage, aber sie meinte damit nur die Herren v. Berlach und Müller-Meinungen! Und niemand im Auditorium ergänzte ihren Bericht; ob aus Unwissenheit oder aus Feigheit, überlasse ich den Lesern zu entscheiden. Aber nicht nur durch das, was Fräulein Dr. Augspurg verschwieg, auch durch das, was sie sagte, lud sie der Verammlung wie der Stimmrechtsbewegung gegenüber eine schwere wieder gut zu machende Schuld auf sich: das war kein Aufruf zum Kampf, kein Trompetenschmetter zu opfermutigem Angriff; damit gewinnt man keine Soldaten!

Die mehr als achtzigjährige Veteranin des Frauenstimmrechts, Miß J. V. Anthony, wirkte allein durch ihre Erscheinung. Als Rednerin aber machte Mrs. Chapman Gatt den tiefsten Eindruck. Europäer waren es und Deutsche sind es gewesen, so rief sie aus, „die, enttäuscht von den traurigen Folgen des Jahres 1848, hinüber nach Amerika sahen, wo sie die Freiheit zu finden hofften, und uns tatsächlich die Freiheit brachten.“ Ihre zündende Schilderung der Entwürdigung des Frauenstimmrechts in Wyoming, dem ersten Staat, der den Frauen die Bürgerrechte verlieh, der lieber auf die Aufnahme in den nordamerikanischen Staatenbund verzichtete, als seinen weiblichen Bürgern die Rechte wieder zu entreißen, war eine oratorische Leistung. Es war ein Glanzpunkt in der allgemeinen Debatte langwieriger Principien- und Statutenberatungen.

Der zweite Tag brachte die Annahme der Principienklärung, die inzwischen sorgfältig jedes offensiven Charakters entleidet worden war. Der „bedenkliche“ Satz, wonach die Frauen, die an der Gestaltung der Geseze keinen aktiven Anteil haben, zum Gehorsam gegenüber den Gesezgebern ebenso wenig verpflichtet werden wie zum Gehorsam gegenüber dem Einzelnen, fiel ohne Song und Klang den allzeit geschliffenen konservativen Scheren zum Opfer, das Wort Thronst, mit dem die Amerikanerinnen einen Zustand ganz richtig bezeichnen, in dem die Hälfte des Menschengeschlechts, die politisch völlig rechtslos ist, sich befindet, wird der vorsichtigen Umschreibung „Mißbrauch der Gewalt“. Und ohne Begeisterung, wie die Verhandlung verlief, gelangten die „Principien“ zur Annahme.

Nur in einem Augenblick, der aber nicht der Zukunft, sondern der Vergangenheit gewidmet war, durchbrauste jene Nahrung, jene Freude den Saal, die sonst die Geburtsstunde internationaler Bewegungen begleitet: es war, als Miß Anthony als erstes Mitglied des internationalen Bundes vorgeschlagen worden war.

Was es der Geist der Uneinigkeit, der umging? Oder war es nicht vielmehr der müde Geist einer absterbenden Welt, gegen den auch diese Frauen, von denen gewiß sehr viele von ehrlischer Begeisterung für ihre Sache durchdrungen waren, nicht anzukämpfen vermögen? Es war zweifellos eine Anerkennungswerte Leistung, daß deutsche bürgerliche Frauen in Deutschland nicht nur einen Stimmrechtsverein gründeten, sondern die Gründung des Weltbundes mitten in der Reaktion unsrer bürgerlichen Welt vollzogen haben. Aber wir bezweifeln, daß ihr Vorgehen von irgend einem Erfolg begleitet sein wird. Denn Führer brauchen solche, die geführt sein wollen, Offiziere Soldaten, die die Kriege überhaupt erst ermöglichen. Da aber eine große, millionenstarke Weltarmee,

ein internationaler Bund von Männern und Frauen, dem kein anderer an die Seite zu stellen ist, längst besteht, so bedeutet die Gründung des Weltbundes für Frauenstimmrecht nichts weiter als die Zusammenfassung einer verhältnismäßig kleinen Zahl weiblicher Idealisten, deren Mut wir anerkennen, deren weltfremde Unkenntnis thatsächlicher Verhältnisse wir aber bedauern müssen.

Nicht aus den Händen des Weltbundes für Frauenstimmrecht, sondern aus den Händen des internationalen, organisierten Proletariats wird das weibliche Geschlecht die politische Gleichberechtigung empfangen, die nur einer der Ausgangspunkte zur völligen Befreiung der Frauen sein wird, einer Befreiung, die mit der Befreiung der Menschheit aus den Fesseln der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zusammenfällt. Lili Braun.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Juni.

Blut — statt Wasser!

Die für Südwestafrika bestimmte 1. Reitende Feldartillerie-Batterie wurde am Sonnabend unter den höchst gewordenen Feierlichkeiten vom Kaiser besichtigt. In Gegenwart der Kaiserin, einer Prinzessin und zahlreicher hoher Generaleritt der Kaiser die Front ab. Zum letztenmal für lange Zeit wurde noch ein Paradezug veranstaltet. Zuvor aber hielt der Kaiser eine Ansprache, in der er nach dem Berichte bürgerlicher Blätter etwa folgendes sagte:

Er habe sie vor ihrer Abreise noch einmal begrüßen wollen. Sie möchten der Truppe, aus der sie hervorgegangen seien, Ehre machen und eingebend sein, daß sie ins Feld ziehen, um das Blut ihrer Brüder zu rächen. Sie sollten nicht vergessen, daß sie die im Felde stehende Infanterie zu unterstützen und daß sie mit einem tapferen, umsichtigen, energischen und schlaun Feind zu thun hätten.

Dieser Aufruf zur Rache erinnert ein wenig an die Rede, die der Kaiser einst an die Truppen richtete, die nach China geschickt wurden. Aber auch die gegenwärtige Situation erinnert stark an die damals. Wie die Hoppner und Waldersee, bei ihrer Ankunft schon gekämpfte Arbeit vorfindend, mit Blut und warmen Wirtschen empfangen wurden, so macht der Gouverneur Leutwein jetzt offenbar alle möglichen Anstrengungen, um seinem Nachfolger, dem afrikanischen Generalissimus v. Trotha, nichts zu thun übrig zu lassen. Seine letzte Weidung besagt:

Bei Otowakujivi sowie bei Duijo haben in den letzten Tagen keine Zusammenstöße mit einzelnen Herzerobanden stattgefunden. Die Delographenverbinding Omaruru-Duijo ist wiederhergestellt. Bei Duijo ist der Seelobal Friede der dritten Compagnie des See-Bataillons am 31. Mai gefallen. Die Herero sind nach Osten zurückgeworfen worden.

Diese Erfolge sind freilich nichts weniger als entscheidend. Wie beim chinesischen Nachzug würde aber auch beim afrikanischen schließlich alle Welt zurrieden sein, wenn sich, nach ehe der erste Mann der neuen Hilfstruppen afrikanisches Land betritt, seine Ueberflüssigkeit erweisen wollte.

Was aber dann? Was wird das deutsche Volk gewonnen haben, wenn es durch ungeheure Opfer an Gut und Blut die Herero für 1000 Jahre davon abgesehrt haben wird, einen Deutschen schein anusehen? Wenn dieser glorreichste aller Kriege zu zu Ende ist und Herr v. Trotha als Triumphator durch das Brandenburgische Thor zieht.

Was es gewonnen oder behauptet haben wird? „Ein wasserarmes, verdurftetes Land“. Das sagt kein Aufwiegler und kein Vaterlands-feind, sondern der alldeutsche Ueberholmalpolitiker Dr. E. Th. Förster in einer Schrift „Meinen Tisch in Südwestafrika“, die jetzt im Verlage von Sifferotti-Berlin erschienen ist. Diese Schrift beschäftigt sich vornehmlich mit der „Berle“ von Südwest-Afrika, mit der Ansiedelung Klein-Windhuk, die Herr Moriz Schanz einen „blühenden Garten“ genannt hatte. Auf Grund von Briefen und Berichten schildert Herr Förster diesen blühenden Garten als ein Land, in dem nicht viel mehr als der Sand und die Schulden blühen. Um die Gegner der Kolonialpolitik möglichst rasch vor vollendete Thatsachen zu stellen, von denen es kein Zurück mehr gäbe, hatte man anfangs der neunziger Jahre die Besiedelung des Landes mit überfülltem Eifer in Angriff genommen. Zwischen 1893 und 1894 waren etwa 36—40 Männer in Klein-Windhuk und Otis ansäßig.

Im Jahre 1896 waren aber nur noch 9 Ansiedelungen im Vortriebe. Ueberall sah man Dauderinnen und leere Häuser stehen. Man hatte die Schwierigkeit der Ansiedelung bedeutend unterschätzt; die beiden hauptsächlichsten Ursachen, an denen eine umfangreichere Besiedelung gescheitert ist, waren Wassermangel und Mangel an Viehdiebstahl.

Der Bericht fährt wörtlich fort: Vereits 1894 hat der Siedelungsvertreter Dr. Dobe seiner Gesellschaft berichtet, daß in Klein-Windhuk höchstens für 7 bis 8 Familien ausreichend Quellwasser vorhanden sei. Dem Publikum wurde aber davon nichts bekannt gemacht, vielmehr duldete es die Siedelungsgesellschaft, ohne Widerspruch zu erheben, daß in Zeitungen und Kalendern Klein-Windhuk als „reich an Quellwasser und vorzüglich zum Gartenbau geeignet“ hingestellt wurde. Nach den ursprünglichen Vereinbarungen mit dem Reichsanstifter war die Siedelungsgesellschaft unzweifelhaft verpflichtet, den Ansiedlern gegen eine Wasserabgabe das nötige Wasser zu liefern. Der Brunnenhöcker L. Conrad erbot sich, für 40000 M. das nötige Wasser zu beschaffen, aber die Gesellschaft scheute die Kosten und begnügte sich damit, das vorhandene Quellwasser zu verteilen. Die meisten Ansiedler gingen dabei leer aus und dies ist der Grund, daß fast alle alten Schutztruppier das Feld wieder räumen mußten.

Im Witbooi-Kriege schärfte Deutwein das patriotische Ehrgefühl der Soldaten, indem er ihnen zurief: „Da liegen eure Frauen, erobert sie Euch!“ Die Soldaten sind aber keine Farmer geworden, da das bloße Land tot und wertlos ist und keine Besiedelung unvernünftige Kapitalaufwendungen erfordert.

Verderber aber als alle Berichte spricht ein Verzeichnis, das sämtliche bis 1. September 1903 in Klein-Windhuk und Otis ansäßig gewesen und noch dort befindlichen Ansiedler aufzählt, und

über ihre Tätigkeit und ihre Schicksale beachtenswerte Daten liefert. Der „blühende Garten“ hat seit Beginn seiner Veredelung 74 Anpflanzer aufgenommen; von diesen sind noch 22 am Platze.

In den Jahren 1892–95 waren 35 Anpflanzer zugezogen. Davon lehrten 4 nach Europa zurück, 6 sind tot, 8 proletariert (Gelegenheitsarbeiter u. dergl.), 3 verschollen, 3 sind nach andern Gegenden Afrikas verzogen. Noch am Platze sind sechs.

Von diesen 22 Bewohnern des „blühenden Gartens“ lebt ein Einziger ausschließlich vom Gartenbau! Sieben beziehen Einkommen als Einnahmequelle neben dem Gartenbau (Inwaldbenken, Maurerarbeit, Frachtfahrten, Milchwirtschaft u. dgl.). Einer hat als Einnahmequelle — „sein eigenes Geld“; sechzehn wollten Gartenbau betreiben, mußten aber den Versuch aufgeben — wegen Mangel an Wasser!

37 von den Anpflanzern waren Mitglieder der Schutztruppe und Kriegsfreiwillige. Von diesen meist beschloßen Leuten sind nur noch 6 am Orte! Der Aelteste davon, der 1894 am Orte ist, hat „zeitweilig gemauert, zeitweilig vom Waschen seiner Frau gelebt“. Einer erhält sich seit 1896 durch Haustieren und Apfelsinenfabrikation; die andern vier sind erst seit zwei, drei Jahren angekommen.

Das ist der „blühende Garten“, die Perle der südwestafrikanischen Kolonie, wo das Wasser so rar und das Blut so wohlfeil ist! —

Englisch-französische Beziehungen.

London, 2. Juni. (Fig. Ber.) Das am 8. April abgeschlossene englisch-französische Abkommen wurde gestern, wie schon telegraphisch gemeldet, im Unterhause beraten und in zweiter Lesung einstimmig angenommen. Irgendwelche neuen Gesichtspunkte sind in der Debatte nicht hervorgetreten; sowohl die ministerielle wie die oppositionelle Redner stimmten darin überein, daß das Uebereinkommen wohlthätig die Beziehungen der beiden Nachbarländer beeinflussen und vielleicht in Unterhandlungen mit andern Mächten zum Muster dienen wird. Die Reden waren sehr friedlich gehalten, jedoch zeigten sie, daß das Abkommen nur deshalb dem Lande als zufriedenstellend erscheint, weil es England gegenüber Deutschland stärkt. Der konservativ Abgeordnete Mr. Gibson Bowles traf den Nagel auf den Kopf, indem er sagte: „Wenn wir auch kein gutes Geschäft dabei gemacht haben, so bin ich froh, daß es Frankreich war, das den Profit hat.“ Aus der Rede von Sir Charles Dillklang derselbe Gedanke heraus.

Ein ähnlicher Gedanke findet sich in einem Artikel des französischen Politikers M. Doumer in der laufenden Nummer der „National Review“. Doumer erklärt: „Die englisch-französische Entente ist ein Instrument von größtem Werte, wenn es dazu führt, daß das Gewicht Englands in die richtige Waagschale des europäischen Gleichgewichts geworden wird. . . . England zeigt sich bereit, sich auf seine Frankreich zu stellen gegen Ambitionen, die die Unabhängigkeit der Nationen bedrohen. . . . Rußland hat früher, was England jetzt thut.“

Rebenbei: aus der Thatsache, daß ein diplomatisches Instrument wie das englisch-französische Abkommen dem Parlamente zur Ratifikation vorgelegt wurde, darf nicht geschlossen werden, daß die Demokratie sich schon zur Herrin der Diplomatie gemacht hätte. Die Zustimmung des Parlaments war in diesem Falle nur deshalb nötig, weil das Abkommen auch die Finanzen Englands betrifft, indem es den französischen Fiskalern im neuabgeschlossenen Vertrag Geldentschädigungen gewährt, und in Finanzsachen ist das Unterhaus souverän. —

Deutsches Reich.

Zur Verurteilung der Landarbeiter.

Aus Königsberg i. Pr. wird uns geschrieben: Was haben die Landarbeiter in Ostpreußen von dem in Aussicht stehenden verschärften Ausnahmegeetze gegen den Kontraktbruch zu erwarten?

Im Hinblick darauf zu schaffen, ist es notwendig festzustellen, wie bisher nach den bestehenden Gesetzen kontraktbrüchige Arbeiter bestraft worden sind und welche Wirkungen die Verfolgungen der Kontraktbrüche auf das ländliche Arbeitsverhältnis im allgemeinen ausgeübt haben. Der Umzug eines Landarbeiters mit seiner oft zahlreichen Familie, seiner, wenn auch ärmlichen, so doch umfangreichen Hausgeräte, sowie seiner auf ein Jahr berechneten Vorräte an Brennholz und Kartoffeln, ist für ihn sehr unständlich und kostspielig, weil die Beförderung größtenteils die Fuhrten teuer bezahlet. Bis zum Herbst binden den Landarbeiter die von ihm selbst ausgelegten Kartoffeln an die Scholle; im Winter das teure Brennholz, das er in seiner neuen Arbeitsstelle sich kaufen mußte. Es sind daher stets sehr schwerwiegende Gründe, welche den Landarbeiter veranlassen, seine Arbeitsstelle vor Ablauf der 1–2-jährigen Kontraktzeit zu verlassen.

Nur die hier in den letzten Jahren herrschende Unruhe auf dem Lande bewog einzelne Besitzer, kontraktbrüchige Arbeiter ohne ordnungsmäßigen Entlassungsschein in Arbeit zu nehmen. Im allgemeinen ist hier bei den Besitzern sowohl als auch bei den Arbeitern der Glaube vorherrschend, daß es jetzt schon gesetzlich verboten ist,

einen landwirtschaftlichen Arbeiter, auch wenn er nicht zum Gefinde gehört, ohne sogenannten Viehschein in Arbeit zu nehmen. Das Viehschein ist eine Art Passierschein, der sich stets gleichende Wortlaut dieser Viehscheine. Es heißt darin gewöhnlich: „Der Justizmann N. Lam hat sich vom 1. Oktober eine andre Wohnung suchen;“ oder: „Hiermit gebe ich die Erlaubnis, daß der Deputant N. sich vom 1. April eine andre Stelle suchen kann, wenn er bis dahin seine Schulden bei mir begahlt hat.“ usw.

Und nun die Bestrafungen, für die zum größten Teil aus Verzweiflung begangenen Kontraktbrüche! Als Beispiel diene nur einer von den massenhaft zu unserer Kenntnis gelangten Fällen aus der neuesten Zeit.

Auf dem Gute Gr.-Legden im Kreise Königsberg erhalten die Arbeiter niemals pünktlich am ersten des Monats ihren Lohn und Deputatgetreide. Sonntag, den 7. Februar, gingen nun sämtliche Arbeiter zum Inspektor auf den Speicher und forderten ihr Getreide, weil sie mit ihren Familien nichts zu essen hatten. Der Inspektor wurde grob. Es kam zu Streitigkeiten. Der Inspektor ließ zum Besitzer Herrn Ebenaris, der auch gleichzeitig Amtsvorsteher ist. Dieser kam mit zwei großen Hunden und einem schweren Stock bewaffnet hinzu. Beide nahmen nun gegen die Arbeiter eine drohende Haltung ein. Die Herausgabe des Getreides wurde eingestellt, die Arbeiter aufgefordert, den Speicher und Hof zu verlassen. Drei Arbeiter, darunter einer, der einen Stoß des Inspektors erwidert hatte, wurden von dem Besitzer auf der Stelle entlassen. Darauf erklärten die andern Arbeiter, „wenn die entlassen werden, dann wollen auch wir unsre Entlassung haben.“ „Gut, dann geht alle“, sagte der Besitzer. Am andern Tage forderte er aber die zuletzt Entlassenen auf, wieder zur Arbeit zu kommen. Sie gingen denn auch auf den Hof und einer von ihnen sagte zum Besitzer, er könne nicht länger bleiben, weil er niemals pünktlich seinen Lohn und Getreide erhalte und weil auch seine Wohnung nah und ungesund sei. Darauf schrie der Besitzer: „Dann scheidet Euch alle von meinem Hof, macht alle, daß Ihr fortkommt!“

Die Arbeiter gingen; aber schon am andern Tage erhielten die vier Mann vom stellvertretenden Amtsvorsteher jeder einen Strafbefehl über 20 M. oder 5 Tage Haft. Eine weitere Strafe von 30 M. wurde gleichzeitig angedroht für den Fall, daß sie nicht binnen 24 Stunden den Dienst bei ihrem Herren antreten. Dann würde die Strafe von 30 M. festgesetzt und eine neue von 40 M. angedroht.

Inzwischen hatten die Arbeiter fern von ihren Familien sich Tagelöhner gesucht. Eines abends nach 9 Uhr kam der Gendarm und der Inspektor des Gutes in die Wohnung des einen, auswärts arbeitenden Arbeiters und verlangte Einlass. Die Frau und ihre Kinder lagen bereits im Bette. Auf die Frage nach ihrem Mann antwortete die Frau, er arbeite auswärts und komme nicht zur Nacht nach Hause. Der Gendarm glaubte das nicht. Er brach gewaltsam die Thüre auf, beide Männer gingen in die Stube und hielten Hausfuchung nach dem Arbeiter, ohne Rücksicht auf die im Hemde dastehende Frau und die grängstigten Kinder. Als sie ihn nicht fanden, ließen sie die Thüre offen und gingen.

Die Strafe dieses gefuchten Arbeiters war inzwischen auf 15 Tage oder 60 M. festgesetzt. Seine Entdeckung und Abführung stand bevor. Seine Familie litt Not. Er entschloß sich daher seine Strafe abzusitzen, um Ruhe zu haben. Als er sich denn nun auf dem Gute zur Verbüßung seiner Strafe stellte, wurde er aber abgewiesen, weil das nur eine Person fassende Gefängnis (genannt Klause) überfüllt war. Es hatte sich vorher ein anderer kontraktbrüchiger Arbeiter zum Absetzen der Strafe eingefunden. Erst als sein Kollege 11 Tage abgesehen hatte, kam er mit seinen 15 Tagen ran. Ein dritter Arbeiter meldete sich freiwillig wieder zur Arbeit, weil er glaubte, er brauche dann die Strafe nicht verbüßen. Seine Dienste wurden angenommen, aber seine Strafe mußte er doch in der Klause abbrummen.

Der Vorfall am 7. Februar war aber noch nicht genug gefühlt. Vor einigen Wochen hatten sich drei der an diesem Tage entlassenen Arbeiter vor der Königsberger Strafkammer wegen Hausfriedensbruchs zu verantworten. Weil sie nicht gleich nach der Aufforderung des Besitzers den Hof verlassen hatten, wurden zwei Arbeiter wegen Hausfriedensbruchs zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Der dritte Arbeiter, der auch noch den Inspektor gestochen haben sollte, erhielt drei Wochen Gefängnis.

Auf dem Gute Gr.-Legden stehen die meisten Justizwohnungen leer. Dafür halten in jedem Frühjahr eine Anzahl russisch-polnischer Arbeiter auf dem Gute ihren Einzug.

Die Landwirtschaftskammer für Ostpreußen übernimmt seit Jahren für die Besitzer die Verfolgung der „kontraktbrüchigen“ Arbeiter; nicht der Besitzer, die weit mehr Kontraktbrüche verüben. Nicht allein kontraktbrüchige Arbeiter, sondern auch solche, die aus irgend einem Grunde — oft weil sie sozialdemokratisch gewähnt haben — vor Ablauf der Kontraktzeit entlassen worden sind, werden auch jetzt schon über den ganzen Landkreis hinaus so gebrandmarkt, daß sie keinen Dienst erhalten. Sie geben als Frei- Arbeiter oder sind gezwungen, nach der Stadt zu ziehen. Eine noch schärfere Bestrafung der kontraktbrüchigen Arbeiter als

bisher ist gar nicht durchführbar. Geldstrafen sind von ihnen nicht einzuziehen. Noch längere Haft oder Gefängnisstrafen hätten zur Folge, daß die Gemeinden und Gutsvorstände die Familien der Betroffenen zur Not ernähren müßten.

Deshalb greift man zur Bestrafung der Arbeitgeber. Die Aufsicht, irgend Arbeit und Unterkunft zu finden, soll die Arbeiter von vornherein abschrecken, sich gegen die gewaltsamste Ausbeutung und Unterdrückung aufzulehnen und sich durch die Flucht dem unerträglichsten Joch zu entziehen. Die Folge dieser brutalen Vergeßlichkeit wird keine eine noch viel größere Landflucht und die Ueberflutung der Landwirtschaft mit ausländischen Arbeitern.

Daß die Landarbeiter überall auf die ihnen drohende Gefahr rechtzeitig aufmerksam gemacht und dafür gewarnt werden, überhaupt mit den Besitzern Kontrakte zu machen, sondern lieber als Frei- Arbeiter zu gehen, ist Aufgabe der aufgeklärten Arbeiter auf dem Lande sowie der agitatorisch wirkenden Genossen in den Städten.

Zu demselben Kapitel wird uns aus Ostpreußen noch folgendes erschütternde Sittenbild berichtet: Ein 23-jähriges Dienstmädchen hatte sich im Herbst vorigen Jahres auf einem Gute in Nachsitzen, Kreis Königsberg, vermiethet. Das Gut wurde bald darauf verkauft. Der neue Besitzer setzte einen Verwalter auf das Gut. Als nun die frühere Besitzerin im April dieses Jahres fortzog, wollte das Mädchen bei dem Verwalter, bei dem es sich auch gar nicht vermiethet hatte, nicht bleiben, weil er und seine Frau das Mädchen schlecht behandelten und auch wiederholt prügelten. Der Verwalter gab aber nicht die Papiere und Sachen des Mädchens heraus.

Am 25. Mai d. J. wurde das Mädchen nun wieder von der Frau des Verwalters geschlagen. Es ließ nun fort aus dem Dienst und da es keine Verwandten und Bekannten hatte, auch nicht im Besitze von Geld war, übernachtete das Mädchen mehrere Nächte im Walde und auf freiem Felde. Da es sich fürchtete, allein nach dem Gute zu gehen, hat es einen Mann mitzugehen, um den rückständigen Lohn, Dienstschein und Inwaldbenken vom Verwalter zu holen. Dieser wies aber beide sofort von seinem Hof.

Der Amtsvorsteher erklärte in der Sache nichts machen zu können. Die Einwohner des Dorfes fürchteten bestraft zu werden, wenn sie das Mädchen aufnehmen würden. Es ist das eine in Ostpreußen weit verbreitete irthige Voraussetzung bei den Landleuten. Und es ist auch thatsächlich vorgekommen, daß ein Amtsvorsteher eine Frau deshalb mit 5 M. Strafe belegt und weitere Strafen angedroht hat, weil sie einem aus dem Dienst geflüchteten Mädchen Obdach und Essen gegeben hatte.

Das aus dem Dienst entlassene Mädchen irrt nun schon seit acht Tagen umher. Es nächtigt im Walde, auf freiem Felde oder in den Weibschubden der Haltestellen der Kleinbahn. Seine Nahrung besteht in einem Stück Brot, welches die auf dem Felde arbeitenden Frauen ab und zu dem Mädchen reichen; aus dem Graben trinkt es Wasser. Das Mädchen ist durchaus nicht verwahrloßt und arbeitsscheu, aber furchtbar elend. Von seinem zweiten Lebensjahre eine Waise, ist es im Asyl erzogen und vom 16. Lebensjahre an bei verschiedenen Besitzern im Dienste gewesen. So mancher hat sich an ihm die Hände gewaschen und es überdortelt. Gern möchte das Mädchen seinen rückständigen Lohn, im Betrage von ca. 16 Mark, fahren lassen und nur Buch, Karte und Kleider nehmen um anderswo arbeiten zu können. Jetzt muß es aber erwarten, gewaltsam in den Dienst zurückgeführt und bestraft zu werden.

Eine Klage auf Aufhebung des Dienstverhältnisses dauert viele Wochen bis zur Entscheidung.

Und da wagt man noch schärfere Bestrafung des Kontraktbruchs zu verlangen. —

Der Rubel rollt nicht bloß im deutschen Lande! In Stockholm spielt gegenwärtig ein Verleumdungsprozess, der beweist, daß sich das Spinnennetz der Petersburger dritten Abteilung über ganz Europa erstreckt, wobei uns freilich der tröstliche Vorzug bleibt, Berlin als Hauptfiliale der Petersburger Centrale glänzen zu sehen. Der „Vossischen Zeitung“ wird aus Stockholm gemeldet:

Ein Beamter im hiesigen Zollamt, H. Rylander, hat einen Ehrenverleumdungsprozess angestrengt, weil ihm jemand vor- geworfen habe, russischer Spion zu sein. Wie sich aus der stattgehabten Verhandlung ergab, war Rylander mit einer der russischen Zeitungen, die täglich parteiweise beim Zollamt eintreffen, zum russischen Konsulat gegangen, wo man feststellte, daß das betreffende Blatt ein anarcho-sowjetisches war. Auf dem Konsulat wurde Rylander erjucht, sich mit einem russischen Agenten in Berlin in Verbindung zu setzen. Nachweislich hat Rylander auch mit Hilfe eines Beamten einen Brief in deutscher Sprache abgefaßt.

„Am 19. d. M. führten in Bukarest lebende bulgarische Emigranten ein Attentat auf den russischen Präseften Mantow aus. Die Thäter wurden ergriffen und den Untersuchungsbehörden übergeben. Da ich fürchte, daß die Teilnahme einiger Agenten unsrer geheimen Polizei an dem Attentat bekannt werden könnte, so habe ich nach Rücksprache mit dem hiesigen Präseften angeordnet, daß diese Agenten nach Beendigung der Untersuchung und des Gerichtsverfahrens nach Rußland zurückkehren.“

Ich bitte Ew. Excellenz ergebenst, für einige Zeit andre Agenten der geheimen Polizei nach Rumänien zu beordern, um die Unternehmungen der bulgarischen Emigranten zu überwachen. Diese Sprache ist bei aller Verächtlichkeit dennoch ganz deutlich; und wenn aus dem folgenden Briefwechsel auch nicht hervorgeht, ob diese Bitte des mit Recht besorgten Gesandten erfüllt worden ist, so zeigt sich doch die nichts würdige Heuchelei der russischen Regierung in ihrer Antwort auf die Depesche vom 20. März: Der Direktor des konsularischen Departements sendet am 20. März folgende diffirierte Depesche an den Gesandten in Bukarest:

„In Verantwortung des Telegramms vom 20. d. M. habe ich die Ehre, Ew. Excellenz zu benachrichtigen, daß das kaiserliche Ministerium des Auswärtigen in Bukarest verübt hat Thät der bulgarischen Emigranten nicht billigt. Durch eine solche Ausführung müßten die Emigranten das ihnen von Rumänien gewährte Recht.“

Infolgedessen bitte ich Ew. Excellenz ergebenst, den bulgarischen Emigranten zu eröffnen, daß das kaiserliche Ministerium infolge ihrer unbedachten (!) Handlungen in Rumänien ihnen eine fernere Unterstützung für den Unterhalt von revolutionären Komitees in Rumänien nicht gewähren kann. Auch hat die Thätigkeit dieser Komitees zu gar keinem wirklichen Erfolg geführt. Herrn Jacobsohn benachrichtigen Sie, daß seine Bitte um Entlassung gegenwärtig aus verschiedenen Gründen nicht erfüllt werden kann.“

Man denke: Die Ermordung eines hohen Beamten ist in den Augen der russischen Regierung eine „unüberlegte“ Handlung, welche die Regierung „nicht billigt“. Also nicht einmal beurteilt, bloß „nicht billigt“! Und warum sie die revolutionären Komitees nicht mehr unterstützen will, ist, weil die Thätigkeit dieser Komitees „zu gar keinem wirklichen Erfolg geführt hat“. Die Jesuiten und Schinderhannes waren gegen die russische Regierung in ihrer Moral Stümper!

Welche Summen zahlt die russische Regierung an Rebellen und Fürstenthümer?

Der „Vorwärts“ brachte jüngst ein interessantes Aftenstück, worin die Höhe der Geheimfonds angegeben war, über welche die russische Polizei verfügt. Zu unsren „Geheimen Dokumenten“ befindet sich auch ein Aftenstück vom 2. Juli 1887, in welchem die

Rebellion und Fürstenthum auf Befehl des Zaren.

IV. (Schluß.)

Gaben die bisherigen Dokumente den Nachweis erbracht, mit welcher Treulosigkeit gegen alle völkerrechtlichen Uebereinkommen russische Minister, russische Gesandten — unter Mitwisserschaft und Billigung des Zaren — mit Gaunern und Mördern zum Sturze und zur Ermordung legitimer Fürsten sich verbinden, so können wir weiter feststellen, daß nach Duzenden die Depeschen aus den und an die verschiedenen Ministerien in Petersburg zählten, welche Mitteilungen und Anweisungen geben über die Organisation in Verschwörungen und Aufständen. Rußland sendet dazu Geld, Rußland sendet dazu Offiziere, die russischen Konsulate und Gesandtschaften sind die Vermittlungsstellen, wo solche Pässe ausgestellt werden. Rußland sendet auch Waffen: Revolver, Gewehre, Geschütze und Munition, oder läßt sie durch seine Kriegsminister und Depotverwalter in Bulgarien anweisen. Unter Bruch aller Bestimmungen des Völkerrechts werden von Rußland auch die

Gesandtschaften zu Militärschiffen benützt.

Am 18. Juni 1887 telegraphisch der Minister des Aeußern, Giers, an den kaiserlichen Gesandten in Bukarest, Herrn Sitrowo:

„Generalsadjutant Nikolai Nikolajewitsch Obrurowschew benachrichtigt mich, daß das Kriegsministerium den Oberlieutenant des Generalstabes Dean Zwanowitsch Subbotitsch nach Rumänien geschickt hat, um dort Pläne der Befestigungen aufzunehmen. Herrn Subbotitsch ist aufgetragen, außer diesen Plänen von dem Generalstab auch die Pläne der inneren Anordnungen der Befestigungen und der Vereinigung des feindlichen Feuers zu erlangen. Infolgedessen habe ich die Ehre, Ew. Excellenz ergebenst zu bitten, den Oberlieutenant Subbotitsch in der Erfüllung seiner Aufgabe mit Hilfe zu unterstützen. Ich füge hinzu, daß derselbe amtlich als unser Militäragent in Bukarest und Belgrad anzusehen ist. Von dieser letzteren Bestimmung des Herrn Subbotitsch wollen Sie gütigst der rumänischen Regierung Mitteilung machen.“

Ein halbes Jahr später, am 19. Februar 1888, konnte der Gesandte in einem Geheimbriefe dem Minister des Aeußern nach Petersburg mitteilen, daß Subbotitsch „seine Aufgabe thätig und mit vollem Verständnis erfüllt hat.“ Gleichzeitig schlägt er zwei rumänische Lieutenants, welche vom rumänischen Kriegsminister ihm zugeteilt waren, zu Ordensauszeichnungen vor,

weil sie dem Oberlieutenant Subbotitsch „beihilflich gewesen sind.“ Und dann fährt der russische Gesandte fort:

„Was die Thätigkeit unserer, dem Oberlieutenant Subbotitsch zugeordneten Ingenieure anbetrifft, welche in der Verkleidung unsrer Hausierer und einfacher Arbeiter bei der geheimen Aufnahme von Plänen der Befestigungen ihren Dienst mit Hingebung erfüllt haben, so hat derselbe Herr Subbotitsch bereits dem Direktor des militärwissenschaftlichen Komitees des Generalstabes, Generalmajor Feldmann, zur Auszeichnung vorgezogen.“

Im „bestimmten“ Rumänien treibt die russische Gesandtschaft auf Befehl des auswärtigen Ministers Militärschiffen; sie stellt falsche Pässe an Revolutionäre zu Verschwörungsgeworden aus; in Paris desgleichen; die russische Polizei-Abteilung in Paris läßt Dynamitbomben anfertigen und sendet sie mit Hilfe russischer Beamten an Verschwörer in Bulgarien; aber die Möglichkeit voraussetzen, daß russische Polizeibeamte und das ihr als Spitzel dienende Lumpengefindel revolutionäre Schriften in Deutschland einschmuggeln, um sie nachher finden zu lassen — nein, solche Schändlichkeit kam der gewissenhaften, reinen, edlen russischen Polizei nur ein Sozialdemokrat zumuten! Das ist die Lehre unsrer deutschen Staatsmänner in Parlament und Presse! Man weiß wirklich nicht, ob man bei solcher Zumutung noch an die Redebität unsrer Staatsmänner glauben darf! Für so unwissend kann man sogar unsre Nichtshofen und Dillows nicht halten.

Bei bloßer Anzeigung von Verschwörungen und bei Besoldung von Fürstenthümern bleibt die russische Politik aber nicht stehen. Das Gesindel, das sich an diese russische Politik vermiethet hat, ist nicht bloß zu Wabodiensten aller Art bereit, sondern treibt unter Umständen auch den Mord auf eigene Faust. Ob der nachstehend geschilderte Mord auf Bestellung oder auf eigene Faust erfolgt ist, das könnte nur der sagen, der alle politischen Zusammenhänge jener Zeit kannte.

Ein russischer Agent, von russischen Spitzeln ermordet.

Vereits im ersten Artikel haben wir den russischen Präseften Mantow erwähnt, der, als Agent Rußlands, mit Stambulow unterhandeln sollte über die Wahl des Grafen Ignatiow zum Fürsten von Bulgarien. Diese Verhandlungen zogen sich mehrere Wochen hin. Plogisch, am 20. März, depechiert der Gesandte Sitrowo in Bukarest an den Vorsteher des konsularischen Departements, daß am Abend vorher zwei bulgarische Emigranten auf Mantow geschossen und ihn schwer verwundet hätten, gerade als Jacobsohn, der russische Konsulats-Drugoman, den Mantow zu ihm führen wollte. Aus Schrecken habe Jacobsohn um seine Entlassung gebeten.

Am Tage darauf sendet Sitrowo abermals eine diffirierte Depesche nach Petersburg, diesmal an den Direktor der Staats-polizei, mit folgendem interessanten Inhalt:

*) Siehe auch in Nr. 78 (I) Nr. 88 (II) und Nr. 123 (III) des „Vorwärts“.

vorhermittelte, daß in Stockholm täglich Zeitungen anarastischen Inhalts in russischer Sprache eingingen. Abender wären eine Buchdruckerei in Genuß und einige Buchhändler in Berlin. Bald danach wurde Rylander ins Konsulat gerufen, wo der Chef der russischen Gendarmerie in Finnland und einer der Chefs der geheimen Polizei in Petersburg anwesend waren. Hier erhielt Rylander das Anerbieten, gegen feste Wohnung Vertreter der russischen Polizei zu werden, auch wurde ihm das Recht eingeräumt, einen Assistenten anzustellen. Diesen letzteren Posten bot Rylander dem Versicherungsinspektor Kempff gegen eine Löhnung von monatlich 100 Kronen an, aber Kempff bedankte sich für das Amt. Da die weitere Verhandlung verlagert wurde, wird man Näheres über diese Angelegenheit erst später erfahren.

Wir erfahren also, daß die russische Polizei von Berlin aus ihre korrumpierende Tätigkeit bis nach Stockholm ausbreitet, daß sie dort schwedische Staatsbeamte in ihren Geheimdienst nimmt und sie für die Pflichtverletzungen, die sie in ihrem öffentlichen Staatsamte begehen, aus ihren geheimen Mitteln besoldet. Mit Schaudern erfährt der gute Staatsbürger, was in Schweden doch alles möglich ist! Die Verhaftung, daß auch in Deutschland dergleichen passieren könnte oder gar schon passiert wäre, ist — fragt nur Herr v. Hammerstein! — nichts weiter als Mistfisch und Plundererei und socialdemokratischer Niesenschwanz!

„Ein Protest aus Südwestafrika“. Die „Hamburger Nachrichten“, bekanntlich das berufenste Vertrauensorgan von Arbeitern, mußte neulich zu berichten, dem Genossen Vebel sei wegen seiner Rede über die südwestafrikanischen Wirren ein Protest von deutschen Arbeitern aus Südwestafrika zugegangen. Er hieß sich natürlich, dieses Dokument im „Vorwärts“ zu veröffentlichen.

Dazu schreibt uns Vebel: „Von einem südwestafrikanischen Arbeiterprotest weiß ich bis heute kein Wort, würde demselben auch keine Bedeutung beimessen, da ich weiß, wie dergleichen gemacht wird, dagegen sind mir von Arbeitern in Deutsch-Südwestafrika lebhafteste Beschwerden zugegangen über ihnen widerfahrenste schlechte Behandlung, verbunden mit Schilderungen über die dortigen Zustände, die nichts weniger als mangelhaft für die dortigen Verhältnisse sind.“

Auch der „Vorwärts“ hat ja kürzlich eine Schilderung aus der Feder eines südwestafrikanischen Arbeiters gebracht, die alles andre wie ein Protest gegen unsere Auffassung war.

Ein englisches Urteil über die deutschen Soldatenmißhandlungen. Aus London wird uns berichtet: Ueber die Mißhandlungen in der deutschen Armee schreibt der „Evening Standard“ vom 31. Mai: „Die Entfaltungen, die in letzter Zeit über die Zustände der deutschen Armee gemacht wurden, scheinen nichts gethan zu haben zur Unterdrückung der unerträglichen Brutalität von Unteroffizieren gegenüber ihren Untergebenen. Die Beispiele, die unser Berliner Korrespondent meldet, wären beinahe ungläublich, wenn nicht ähnliche Vorkommnisse durch Kriegsgerichts-Verhandlungen festgestellt worden wären. Wenn die Provokationen zu solchen Mißbräuchen bedeutender Natur wären, so ließe sich angesichts eines militärischen Systems, das durch seine Strenge und Disziplin bekannt ist, nicht viel dagegen einwenden. Aber die Vergehen — wenn sie überhaupt als solche bezeichnet werden können — die die wilden Mißhandlungen zur Folge hatten, sind so lächerlich unbedeutend, daß man die Mißhandlungen als eine Schmach für eine zivilisierte Nation betrachten muß. Durch solche Methoden können Treue und Vaterlandsliebe nicht gepflegt werden. Sie sind nicht nur demütigend und tyrannisch, sondern sind darauf berechnet, alle Selbstachtung in dem Mißhandelten zu zerstören.“

Die ober-schlesischen Arbeiter gegen die Staatsstreikler. In einer polnischen Volksversammlung, die in Kartowitz stattfand, wurde nach dem Referat der Genossin Dr. Golde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die ober-schlesischen Arbeiter und Arbeiterinnen erheben flammenden Protest gegen die Angriffe der Vertreter des Herrenhauses gegen die Socialdemokratie und gegen das allgemeine direkte geheime und gleiche Reichstagswahlrecht.“

Das jetzige Wahlrecht ist für die ober-schlesischen Arbeiter fast das einzige Volksrecht, von dem das Volk ohne Hindernisse Gebrauch machen kann.

Das Vereins- und Versammlungsrecht, die Freiheit der Presse und der Agitation — alle diese Rechte sind für die ober-schlesischen Arbeiter durch die Strenge der Polizei, der Gerichte und durch die Verfolgung der Kapitalisten stark beeinträchtigt.

Die ober-schlesischen Arbeiter werden mit voller Entschlossenheit zum Schutze des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts daselbst und werden den Anschlag der Magnaten und der Reactionäre auf die Volksrechte gleichsam mit dem aufgestärkten deutschen Proletariat mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, bekämpfen.“

Die Stimmung in der Versammlung war begeistert.

Die Antisemiten bei „Jud Ballin“. Wir hatten neulich erwähnt, daß die antisemitischen Abgeordneten v. Damm und Krözell sich nicht scheuten, die Nordlandfahrt-Fraktion des Herrn Ballin zu bemängeln. Die „Staatsbürger-Zeitung“ schalt darüber über Verleumdung und erklärte, niemand von der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ erniedrige sich dazu, bei Ballin zu schmarotzen. Wir waren harmlos genug, auf diesen Schwanzel hinzuzufallen und das Denenti-

so aufzufassen, als ob Herr v. Damm und Herr Krözell nicht von der Gratiis-Partei seien.

Nun aber erscheint die offizielle Teilnehmerliste der Nordlandfahrt und siehe da, sowohl Herr v. Damm als auch Herr Krözell reisen mit. Nur sind diese beiden nicht Mitglieder der „Wirtschaftlichen Vereinigung“. Dafür aber ist Herr Krözell Mitglied der Fraktion der Deutschen Reformpartei und angelernter Zeitgenosse der über die Ballin-Fahrt empörten Bruhn und Wöller von der „Staatsbürger-Zeitung“.

Nachstehende 24 Reichstags-Abgeordnete lassen sich von Herrn Ballin freihalten: Bahn (natl.), Bed (C.), Dr. Weder (C.), Weimer (natl.), v. Damm (b. l. Fr.), v. Gröbki (Vole), Dr. Herms (fr. Sp.), Dolang (natl.), Horn (natl.), Krözell (deutsche Reformpartei), Krzymirski (Vole), Müller-Judla (C.), Pauli (Sp.), Riff (fr. Sp.), Schlüter (Sp.), Schmidt (C.), Schmidt (Sp.), Schwarz (C.), Sittart (C.), Sped (C.), Stodmann (Sp.), Storz (D. Sp.), Wattendorf (C.), Wellstein (C.).

Alle Parteien sind also an dieser Ballin-Fahrt beteiligt, mit Ausnahme der Konserverativen und der Socialdemokraten. Die Konserverativen haben es offenbar nicht notwendig, auf die Gesandte Ballins angewiesen zu sein; sie können trotz der Not der Landwirtschaft auf eigene Kosten nach Norwegen fahren.

Führer-Wahnsinn. Unseren Nachweis, daß sich auch der Vertreter der Freisinnigen Volkspartei keineswegs für die Simultanschule ausgesprochen habe, beantwortete die „Freie deutsche Presse“ mit der albernen Finte, wir seien Schrittmacher der Reaktion, weil wir vom Freisinn verlangt hätten, für die konfessionslose Schule einzutreten. Wir antworteten gestern darauf, daß wir nicht so anspruchsvoll seien, solche Principienfestigkeit vom Freisinn zu verlangen.

Heute will nun die „Freie deutsche Presse“ wieder einmal zeigen, wie der „Vorwärts“ mit der Wahrheit umspringt. Wir hätten doch dem Freisinn den Vorwurf gemacht, daß er nicht die konfessionslose Schule fordere; denn wir hätten am Mittwoch wörtlich geschrieben, daß die Liberalen „grundsätzlich für die konfessionslose Schule eintreten müßten“.

Am Mittwoch haben wir uns überhaupt nicht mit dem Freisinn, sondern mit den Nationalliberalen beschäftigt. Daß die Nationalliberalen und die Freisinnigen principiell für die weltliche Schule eintreten müßten, ist selbstverständlich. Den Vorwurf gegen den Freisinn haben wir aber dahin erhoben, daß er heuchlerisch wegen des Kompromißantrages Värm schlägt, während doch sein Redner im Abgeordnetenhaus und das offizielle Partei-Organ ausdrücklich die obligatorische Simultanschule ablehnten, daß man also nicht die bestehenden Zustände belämpfe, sondern nur die gesetzliche Festlegung dieser Verhältnisse. Gegenüber den tollen Fälschungen des freisinnigen Blattes sei einfach wiederholt, was wir der Volkspartei „vorgeworfen“ haben:

„Der ganze Unterschied zwischen Herrn Ernst, dem Redner der Vereinigung, und Herrn Köpck, dem Sprecher der Volkspartei, besteht nur darin, daß Herr Ernst die größere Ehrlichkeit und Anspruchslosigkeit zeigte. Herr Ernst hat für die entscheidende Bestimmung des Antrages gesprochen, Herr Köpck dagegen, thätlich und praktisch läuft beides auf dasselbe hinaus. Der Redner der Freisinnigen Vereinigung hatte darin recht: der Antrag legt nur die herrschende Praxis fest. Folglich mußte Herr Köpck, wenn er rückhaltlos die Simultanschule verteidigen wollte, nicht nur gegen die Festlegung der Praxis, sondern auch gegen die Praxis selbst sich wenden. Es gab nur eine mögliche „rückhaltlose Verteidigung“ der Simultanschule: die Forderung der obligatorischen Simultanschule. Diese Forderung aber verteidigte Herr Köpck nicht nur nicht, er verleugnete sie im Gegenteil. Er trat für die „möglichste Verhinderung der Konfessionalität“ ein, und er verstand darunter, daß dort, wo die Gemeinde einer Konfession angehört, selbstredend die Schule auch den Charakter der Konfession der Gemeinde tragen wird.“ Und als der nationalliberale Redner Hadenberg meinte, die jetzige Zeit sei am wenigsten geeignet, Simultanschulen einzurichten, da verzeichnet das amtliche Stenogramm: „Köpfung bei den Freisinnigen: Wollen wir nicht.“ Das offizielle Organ der Volkspartei aber erklärte noch am 15. Mai 1904 ausdrücklich: „Die Liberalen haben nicht angestrebt, die Simultanschulen obligatorisch einzuführen.“

Somit erweist sich der ganze Kärm der Freisinnigen Volkspartei gegen den christlichen Schulantrag als eitel Schwindel. Sie schreien, es möchte nicht gesetzlich angeprochen werden, was thätlich ist, aber sie wollen nicht tüteln an dem, was ist; sonst müßten sie die obligatorische Simultanschule fordern, was sie aber ausdrücklich ablehnen.“

Wir sind sicher, daß die „Freie deutsche Presse“ es nicht wagen wird, wörtlich abzurufen, was wir der Volkspartei zum Vorwurf gemacht haben. Ihr Führerwahnsinn gestattet ihr nicht, so — wahnsinnig zu sein, die Wahrheit zu sagen.

„Schneidige Muse“. Der Dichter Delleb v. Eilseron hat bis vor wenigen Jahren kleinerer Freundschaft in offiziellen Kreisen gefunden; auch dem großen Publikum blieb er fremd. Da ereilte ihn das Schicksal, daß ein Breit-Lied von ihm auf den Feiertagen geriet, und daß er — man weiß nicht durch welche Fügung — mit einer kaiserlichen Subvention bedacht wurde. Kurz

die Russen ausdehnen liehen. Aber selbst dem russischen Kaiser waren solche Ausgaben schon früher etwas zu hoch und so schrieb dem der Direktor des Asiatischen Departements in einem „Geheimbefehl an die russischen Konsuln in Bulgarien“ vom 3. Oktober 1882:

„Bei Vorlegung der Abrechnung über die Ausgaben zur Unterhaltung der Volksbewegung“ — in Boudin und der Herzogovina — „hat der Kaiser eigenhändig auf das Original des von dem Staatssekretär Giers übergebenen Vortrages geschrieben: „Ist es nicht möglich, die Ausgaben einzustellen und mit dem Okkupationsfonds sparsamer zu sein?“

Welchen Wert solche fromme Kaiserwünsche haben, zeigt ja obige Abrechnung. Es gilt eben auch hier: wer das System will, muß auch die Mittel wollen, aber er hat auch die Verantwortung zu tragen, er kann diese nicht einfach auf seine „Handlanger“ abwälzen. Und geht dann einmal das Vibelwort in Erfüllung: Wer das Schwert zieht, soll durch das Schwert unkommen, so kann man vom Standpunkt dieses christlichen Absolutismus aus keine Einwendung erheben, sondern muß es in christlicher Ergebung hinnehmen als Willen des allmächtigen und allwissenden Gottes oder doch als seine Zulassung. Und ist es keine Frage der menschlichen Moral, sondern nur eine solche der politischen Macht, wenn der Zar und seine Regierung Verschwörer und Mörder dinge gegen den bulgarischen Fürsten, dann ist es eben auch bloß eine Rechtsfrage, wenn diese Verschwörungs- und Ermordungspläne sich einmal gegen den Zaren und seine Regierung richten. Aus diesem Dilemma kommen die Revolutionäre von oben, die solche Pläne ins Werk setzen, nicht heraus.

Das Buch enthält auch zahlreiche Derselben als Belegstücke dafür, mit welcher Verachtung die russischen Beamten von der deutschen Regierungspolitik reden; nachdem aber die deutsche Reichsregierung selber die Treuebedienstete gegen die russische Regierung und die Willfährigkeit gegen die Wünsche des Zaren als Aufgabe und Ziel ihrer Politik hingestellt hat, lohnt es sich nicht, darüber weiter zu reden. Nur wollen wir hervorheben: wenn die deutschen Weltkrieger vor russischer Gunst und die deutschen Stiefelputzer russischer Politik unfern Kampf gegen den zarischen Absolutismus verdächtigen und die nichtswürdigen Praktiken dieses Regiments ablehnen wollen, dann werden wir immer wieder auf diese amtlichen Dokumente zaristischer Richtwürdigkeiten hinweisen müssen.

vorher hatte eine Sammlung in Alldeutschland für den bedrängten Sänger der Lebensfreude und Lebensfrische wenig mehr als 1000 R. ergeben.

Nun aber feiert der in Gnaden aufgenommene Mann seinen 60. Geburtstag, und derselbe Reichskanzler, der zu jener früheren Sammlung wohl kaum etwas beigetragen hat, beglückwünscht den Unseligen aus der Tiefe seines Geistes mit einem Telegramm, in dem es heißt:

„Lassen Sie mich Ihnen danken für die vielen Gaben Ihrer schneidigen Muse, für manches tapfere Wort der Vaterlandsliebe, womit Sie deutschen Jünglingen, Mädchen und Männern ans Herz gegriffen haben.“

Schneidige Muse — wer denkt da nicht an eine Tritot-Metapher aus einem Circus-Ausstattungsstück! Deutschen Jünglingen, Mädchen und Männern ans Herz gegriffen — sieht es nicht so aus, als ob dieser derbe Landstörzer leder, kräftiger Sinnlichkeit Konfirmationsberze geschmachtet habe! Den Glückwunsch hat der arme Delleb wahrhaftig nicht verdient! —

Ein polnischer Aufreizungsprozeß. Am 6. Dezember 1903 fand in Köhlinghausen (Westfalen) eine polnische Versammlung statt. Unter anderem führte ein Redner, Herr Brzeslot, nach den Berichten der polnischen Presse aus, die Polen kämpften heute nicht, wie ihre Vorfahren, mit der Waffe in der Hand, sondern durch Aufklärung und Organisation. Der überwachende Polizeibeamte Kadler reichte dagegen eine Anzeige ein, in der gesagt wurde, Brzeslot habe die Polen angefordert, Senen und andre Waffen zu nehmen und auf die Deutschen loszuschlagen. Auf Grund dieser Aussage beantragte der Staatsanwalt im ersten Verhandlungstermin, der vor einer Woche stattfand, gegen den Angeklagten ein Jahr Gefängnis. Die Verhandlung wurde vertagt; in der zweiten Verhandlung wurden die vom Angeklagten benannten zwölf Entlastungszeugen vernommen. Hier von sagten neun Zeugen aus, der Redner habe sich gerade entgegengesetzt ausgedrückt, als der Polizeibeamte behauptete; die übrigen wußten nicht mehr, was Brzeslot gesagt hatte. Trotzdem hielt der Staatsanwalt die Anklage aufrecht und beantragte diesmal eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Der Verteidiger Dr. Wallach trat der Auffassung, daß man einem Polizisten mehr zu glauben habe, als der übereinstimmenden Aussage von neun andern Zeugen, scharf entgegen. Das Gericht sprach auch den Angeklagten frei.

Begnadigt. Rechtsanwalt Dr. Breit aus Leipzig wurde im Dezember 1901 zu dreieinhalb Jahren Zerstörung verurteilt, weil er am 16. August 1901 den zwanzigjährigen Studenten Ottinger aus Stuttgart erschossen hatte. Im Frühjahr 1902 trat Dr. Breit seine Strafe an. Nachdem er etwa die Hälfte seiner Strafe verbüßt, ist er jetzt begnadigt und der Rest ihm erlassen worden. So meldet die „Frankfurter Zeitung“.

Polizeimacht und Versammlungsrecht.

Ein für die Abhaltung von politischen Versammlungen besonders auf dem Lande wichtiges Urteil fällt am Mittwoch die Strafkammer zu Wehlar auf Grund einer Entscheidung des Kammergerichts vom 18. April. Am Abend des 30. Mai 1903, während der Reichstagswahlbewegung, fand in einem Wirtshaus in Weidenhausen, Kreis Wehlar, eine öffentliche Versammlung statt, die von einem Wehlarer Redakteur einberufen worden war. Als die Polizeistreife überfahrrten war, erhob sich plötzlich der Polizeidiener Köhl aus Großreuthenbach in seiner ganzen Würde und erklärte: „Die Versammlung löst sich auf!“ Auf die Frage nach dem Gesetzesparagrafen, auf den sich sein Vorgehen gründe, meinte der Mann ohne viel Federlesens: „Das Gesetz kenn ich net, aber die Versammlung löst sich auf.“ Die Leute gingen nach Hause. Der Redakteur aber erhielt später einen Strafbefehl über drei Mark wegen Uebertretung der Polizeistrafen. Er legte Berufung an das Schöffengericht und später ans Landgericht ein, beides ohne Erfolg. Nun kam die Sache ans Kammergericht in Berlin. Dieses hob in seiner Sitzung am 18. April das Urteil auf, und verwies die Sache zur nachmaligen Verhandlung an die Strafkammer Wehlar zurück. Es entschied, daß Beweis darüber zu erheben sei, ob der Redakteur das Lokal an dem betreffenden Abend, wie er behauptet, gemietet habe. In diesem Falle hätte das Lokal für den bestimmten Abend seine Eigenschaft als öffentliches Schanklokal im Sinne des § 365 Abs. 1 des St.-G.-B. verloren. Nicht mehr der Inhaber des Lokals, sondern der Mieter hätte das Verfügungsrecht darüber, und die Feierabendstunde hätte erst einzusetzen in dem Augenblick, in dem der Mieter und Einberufer der Versammlung diese für geschlossen erklärte. Die von den Vorinstanzen mit Recht verneinte Frage, ob die Versammlung eine geschlossene Gesellschaft gewesen sei, sei ganz ohne Bedeutung, da nicht die Versammlung, sondern die Einzelperson, nämlich der Redakteur, Mieter des Lokals gewesen war. Der Beweis, daß dem so war, wurde nun in der erneuten Strafammerung erbracht. Der angeklagte Redakteur wurde darauf, der Entscheidung des Kammergerichts gemäß, freigesprochen. Die Kosten, auch diejenigen des Angeklagten, wurden der Staatskasse aufgelegt.

Richtigstellung. Wir hatten in der Nummer vom 26. Mai erwähnt, daß der Erste Staatsanwalt Dr. Benedix in geistiger Unmüdigkeit gestorben sei.

Die Familie des Verstorbenen bittet uns nun um die Feststellung, daß Dr. Benedix bis in die letzten Tage seines Lebens geistig vollkommen gesund gewesen und den Folgen eines Schlaganfalls erlegen sei; auch habe er sich in keiner Heilanstalt befunden.

Ausland.

Der erste Kongreß der italienischen Radikalen.

Rom, 2. Juni. (Fig. Ber.) Die numerisch stärkste Fraktion der äußersten Linken, die heute 34 Abgeordnete zählende radikalere Partei, hat vom 27. bis 31. Mai in Rom ihren ersten Kongreß abgehalten und die formale Basis einer Parteiorganisation geschaffen. Dieser Kongreß, den die bürgerliche Presse nicht einmal einen Kommentar würdigt, ist in mehr als einer Hinsicht von Interesse.

Einberufen wurde er wohl in erster Linie, weil die Radikalen ein wenig auch unklare Verwirrung davon haben, daß sie im Lande an Boden verlieren. Sie spüren, daß sie an der — dank der fortschreitenden politischen Erziehung sich vollziehenden — engeren Verbindung zwischen Wählermasse und Partei keinen Anteil haben. Und sie versuchen, diesem Mangel durch klarere Formulierung ihres Programms abzuhelfen.

Es ist leicht a priori einzusehen — und der Kongreß hat es bestätigt —, daß dies ein vergebliches Bemühen ist. Denn die politische und bürgerlichen Radikalismus neigenden Schichten des Kleinbürgertums sind in Italien noch mehr als in andern Ländern ein politisch trübes Element, dem ein halbes Jahrhundert nie eingelöster Versprechungen nachgerade Vertrauen und Enthusiasmus gelähmt hat. Dazu kommt, daß das ökonomische Programm der Radikalen sich jeder Mittelstandstheorie, jeder spezifisch Kleinbürgerlichen Forderungen enthielt. Wie soll sich da unter Kleinbürgertum besonders für die Radikalen erwärmen, die in der Volkswirtschaft das typische Programm des reinen Liberalismus aufnehmen? Gewiß stehen auch hinter diesem Programm mächtige Interessenskräfte: die aufsteigende, moderne Bourgeoisie, die im Erwerbleben steht und schwer unter der Vergünstigung leidet, die den parasitären Schichten durch unfer Abgaben und Zollwesen zu teil wird. Aber einmal sind diese Schichten nicht radikal in der Politik, dann haben sie mit dem ganzen socialpolitischen Programm der radikalen Partei nichts gemein. Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Verstaatlichung der Eisenbahnen usw. gehören nicht zu den Forderungen eines jungen industriellen Bürgertums.

So legt sich die radikale Partei gewissermaßen zwischen mehreren Stühlen. Sie hat ein zweifelhafte oder dreifelhafte Programm. Und wenn sie damit bis heute vorwärts gekommen

russische Gesandtschaft in Bulgare nach Petersburg eine summarische Aufstellung der Ausgaben macht, die „zum Zweck, die nationale Bewegung in Bulgarien zu organisieren“, gemacht worden sind. Diese Aufstellung, die natürlich nur einen Teil der Ausgaben — nämlich die vom 15. Dezember 1896 bis 1. Juli 1897, also für ein Halbjahr — umfaßt, schließt mit der Kleinigkeit von 762 000 Frank ab. Einzelne besonders interessante Posten wollen wir hier herausheben. Da finden wir:

- 120 000 Fr. den Mitgliedern des bulgarischer revolutionären Komitees gemäß telegraphischer Anweisung des Ministers des Aeußeren vom 15. Dezember 1896.
- 75 000 Fr. dem Komitee in Giurgewo und Ruffischul.
- 60 000 Fr. zur Organisation der revolutionären Komitees in Bulgarien.
- 20 000 Fr. zu demselben Zweck.
- 40 000 Fr. für den Hauptmann Kristew in Silistria. (Kristew organisierte den Militäraufstand vom 3. März 1887 in Silistria, wurde aber von seinen eignen Truppen erschossen.)
- 45 000 Fr. an den Major Usnow. (Er inszenierte am 3. März 1887 den Militäraufstand in Ruffischul, wurde am 4. März zum Tode verurteilt; Major Petrov, der Herausgeber der „Geheimen Dokumente“, befähigte am 5. März dieses Todesurteil.)
- 15 000 Fr. dem Hauptmann Vollmann. (Dieser wurde als Komplotte Usnows mit diesem zum Tode verurteilt, auf Verlangen der russischen Regierung aber an den deutschen Konsul ausgeliefert.)
- 60 000 Fr. dem Major Grueto und Hauptmann Bendorer. (Die beiden organisierten den Staatsstreich gegen den Battenberger und entführten ihn nach Aeni am 21. August 1886, wurden dann verhaftet, aber auf Verlangen des russischen General Kaubars am 3. Oktober 1886 freigelassen.)
- 4000 Fr. dem Emigranten Pentcho Tscherkowski, als Mitglied des Ruffischer revolutionären Komitees.
- 8000 Fr. demselben in Sachen Mantow.
- 4000 Fr. dem Emigranten Maratow in Sachen Mantow (Mantow, ein russischer Agent, ist bekanntlich unter Beihilfe russischer Polizeispitzel erschossen worden).
- 62 000 Fr. an Offiziere und andre Emigranten zur Reise nach Anland.
- 75 000 Fr. behufs einmaliger Unterstützung an Freiwillige (laut Anweisung des Chefs der Asiatischen Abteilung vom 1. Juni 1887).

Mit solchen Summen konnte freilich die deutsche Polizei auch in der Mainblüte der Socialistengezeit nicht wirtschaften, kein Wunder also, daß die Krüger und Komoren der Glanz des russischen Rheingolds lode und sie ihre Spitzelkisten in Genuß usw. auch auf

— Sie zählt 1892 17, 1895 23, 1897 20 und bei den letzten Wahlen 84 Abgeordnete — so ist darum durchaus nicht gesagt, daß der Aufstieg fortwährend werde. Ihre inneren Widersprüche traten weniger zu Tage, je mehr die Partei Angriffs- und Oppositionspartei war. Auf diesem Gebiet hat ihr nun gerade die sozialistische Partei das Wasser abgegraben. Andererseits hat auch die seit 1900 unlegbar eingetretene Orientierung der Regierungspolitik nach links den oppositionellen Charakter der radikalen Partei notwendig geschwächt. Wir haben so die anscheinend paradoxe Erscheinung, daß die Radikalen an Bedeutung im Volke in demselben Maße verloren, als sie im Parlament an Regierungsfähigkeit gewannen.

Da nun aber eine Partei zwar im Parlamente lebt, aber im Lande geboren werden muß, so konnten die Radikalen natürlich nicht gleichgültig der Entfremdung ihrer Wählermassen zusehen, um so weniger, als die Wahlen, die dicht vor der Thür stehen, ihnen gewiß noch keine Regierungsmehrheit bringen werden.

Die Versuche des Kongresses, der Partei neue Kraft zu verleihen, waren ziemlich mannigfaltiger Art. Man schlug vor, den verfassungsfreudigen, antimonarchischen Charakter herauszulehren, blieb aber in der Minderheit. Eine bürgerliche intransigent antimonarchische Volkspartei besitzen wir in der rapid verfallenden republikanischen. Andere machten den Vorschlag, das praktische Reformprogramm auszubauen, sich auf Verminderung der Heeresausgaben, Abgabenreform usw. festzulegen. Auch hier zog man die allgemeinsten Erklärungen vor.

Hierbei war die radikale Partei wohl von einem gesunden Instinkt der Selbsterhaltung geleitet. Intransigenz der herrschenden Staatsform gegenüber — wenn diese, wie in Italien, die höchste Stufe bürgerlicher Entwicklung schon erreicht hat — ist für eine bürgerliche Partei ein Leind, so lange sie von den Republikanern gefordert bleiben will. Sie hat ein in bürgerlichen Regime erreichbares, den Interessen eines bedeutenden Teils der Bourgeoisie entsprechendes Programm und sollte nicht an der Regierung teilnehmen können? Das wäre doch Blödsinn. Und da ein Haupthindernis für eine solche Teilnahme in der Forderung der Verminderung der Heeresausgaben besteht — wie erinnerlich, ist daran Sachs' Eintritt ins Kabinett Kanardelli seiner Zeit gescheitert — so hat die Partei von ihrem Standpunkt aus recht, sich hier nicht festzulegen. Für sie gilt es jetzt, entweder verdoorn oder sich auf eine größere Fläche zu verpflanzen, zu einer Partei des aufsteigenden Bürgertums, zu einer Kampfpartei gegen das Schwarzerium im Lande, gegen die Auswüchse des bürgerlichen Regimes, nicht gegen dieses Regime selbst, zu werden.

Daß diese tiefgehende, die ganze innere Struktur der Partei betreffende Umwandlung, die meines Erachtens schon seit längerer Zeit begonnen hat, nicht durch einen Kongreßbeschluss sich selbst zuerst zum Bewußtsein kommen würde, lag wohl auf der Hand. Wer konnte den Mut finden, auf dem Kongreß die bedeutenden Teile des politischen und sozialpolitischen Programms preiszugeben, die dieser Umwandlung zum Opfer fallen müssen?

Trotzdem bleibt der radikalen Partei kein anderer Ausweg, als Erfüllung dessen, was einst die „historische Linke“ auf ihre Fahne schrieb, hat sie noch eine geschichtliche Mission, weil sie nur als solche noch die Vertreterin der Interessen einer lebens- und entwicklungs-fähigen Bevölkerungsschicht ist. Parteien, die das nicht sind, haben abgewirtschaftet. Bei einer mächtigen Partei hat man noch Jahrzehnte an den Ruinen abzutragen, mit einer kleinen Partei, wie der radikalen, wäre man dagegen, sobald sie einmal zu verfallen anfängt, sehr schnell fertig.

Der Kuriosität halber sei noch erwähnt, daß die Radikalen vier Tage lang sehr ernsthaft „Partei gespielt“ haben, wobei sie sich ganz wie die Sozialisten gebildeten: sie hatten ihre zwei Tendenzen, ihre autonomen Ziele, wählten eine Parteileitung nach unserem Muster und berieten über fast all das, was in Bologna auf der Tagesordnung stand: süditalienische Frage, Eisenbahnproblem, Abgabenreform, Unterrichtswesen, in allem einen durchaus fortschrittlichen, demokratischen und antimonarchischen Standpunkt einnehmend. Die Ausarbeitung eines Organisationsstatuts wurde dem Parteivorstande übertragen. Zu Anbetracht der allgemeinen Indolenz in dieser Frage ist lobend zu bemerken, daß ein Votum für die baldige Einführung der Entscheidung ausgesprochen wurde.

Außer den „zwei Tendenzen“, deren eine im Rahmen der bestehenden Staatseinrichtungen wirken will und die andre nicht, haben die Radikalen auch ihre dritte Tendenz, die sich die der sozialistischen Radikalen nennt, im Bereich des radikalen Programms wickeln will und in einer Sonderversammlung beschloß, für radikale wirtschaftliche Reformen einzutreten, „als Anknüpfung und äußerster Flügel der Partei, auf der Direktive, die sich aus der fortschreitenden Sozialisierung des modernen Lebens und dem Prinzip der Zusammenarbeit der Klassen ergibt, welches Prinzip unbeschadet der Thatsache des Klassenkampfes und neben dieser sich entfaltet.“

Oesterreich-Ungarn.

Die Heeresvorlage. Budapest, 4. Juni. Die ungarische Delegation begann die Beratung des Heeresbudgets.

Raszkary und Rakosszy (Volkspartei) erklärten, daß sie gegen dasselbe stimmen würden, da die wirtschaftliche Lage derart sei, daß das Land eine weitere Steigerung des Heeresbudgets nicht ertragen könne.

Rakosszy hob hervor, daß die noch vor 20 Jahren vorhandenen gewisene Popularität des Heeres in Ungarn stark gelitten habe infolge einer verfehlten inneren Politik und tadelte die Verwendung des Militärs bei Wahlen, bei dem letzten Zustand der Eisenbahnangelegenheiten und andern Gelegenheiten.

Olicsanji (Unabhängigkeitspartei) lehnt das Budget ab, weil die Souveränität Ungarns im Heere nicht zum Ausdruck komme.

Hierauf wird die Fortsetzung der Beratung auf Montag verlagert.

Belgien.

Ein sozialdemokratisch-liberales Aktionsbündnis gegen die Herrschaft hat nach einem Telegramm der bürgerlichen Presse der Generalrat unserer belgischen Bruderpartei beschlossen.

Rußland.

Kein Attentat. Petersburg, 4. Juni. Als Abfender des nach Berlin adressierten Wertpakets über angebliche 30 000 Rubel aus Odessa, das am 23. v. M. bei der Abstempelung auf dem dortigen Postamt explodierte, ist ein Beamter des Westrussischen Landpostamtes Namens Budalo festgestellt worden, der nach Odessa gebracht wurde. In dem Paket befand sich offenbar Schießbaumwolle, die nach einer Meldung aus Odessa dem Plane des Abfenders gemäß erst im Postwagen explodieren sollte. Der Verbrecher hoffte augenscheinlich, eine Entschädigung in Höhe des Wertes der Sendung zu erhalten.

Der Krieg in Ostasien.

Ueber die Lage von Port Arthur fehlt jede Nachricht. Für die Stimmung charakteristisch ist das in London aufgetauchte Gerücht, General Stöbel habe sich bereits unter gewissen Bedingungen zur Uebergabe von Port Arthur bereit erklärt. Andererseits laufen wieder Nachrichten von einem Entsehungsmarsch der russischen Hauptarmee nach Port Arthur ein.

Ueber die Kämpfe bei Antschou liegt jetzt auch ein russischer Bericht vor:

Petersburg, 3. Juni. Wie ein Telegramm des Generals Schilinski an den Kriegsminister von gestern meldet, hat General Stöbel unterm 28. Mai berichtet: Am Abend des 26. Mai gab ich nach einem erbitterten Kampfe, der zwei Tage gedauert hatte, Befehl, die Stellung bei Antschou zu räumen, da uns nicht weniger als drei Divisionen mit 120 Geschützen gegenüberstanden. Das Feuer des Feindes, vor allem das von vier Kanonenbooten und sechs Torpedo-

booten, vernichtete unsere Batterien auf der Stellung bei Antschou vollständig. Das fünfte Regiment, das sich auf der Stellung selbst befand, kämpfte heldenmütig. Durch das Feuer dieses Regiments, das Feuer unserer Batterien und das des Kanonenbootes „Bobr“, welches bei Hunesa lag, wurden den Japanern ungeheure Verluste zugefügt. Unsere Verluste an Toten und Verwundeten betragen gegen 30 Offiziere und etwa 800 Mann. Alle Geschütze wurden von uns, soweit sie nicht vernagelt wurden, gesprengt und unbrauchbar gemacht. Die auf der Stellung befindlichen Geschütze während des heftigen Kampfes wegzuführen, war natürlich ausgeschlossen; man hätte dies drei Tage vor dem Kampfe thun müssen. Der Kampf am 26. Mai selbst begann um 6 Uhr morgens und hatte bis 8 Uhr abends gedauert, als ich den Befehl erteilte, die Stellung allmählich zu räumen. Ein Teil der Minen und Platterminen wurde nicht gesprengt, da die Japaner unter dem Schutze des Feuers ihrer Schiffe unsere Stellung direkt von der Seeferse her umgingen. Der Geist der Truppen ist ausgezeichnet.

Saarabien vor Gericht.

II.

(Privat-Depeschen des „Vorwärts“.)

St. Johann, 3. Juni.

Erster Tag. Nachmittagsitzung.

Eine Reihe Zeugen werden vernommen. Das Gericht lehnt die Ladung von ca. 30 Entlastungszeugen ab. Die weitere Entschlebung wird vorbehalten. Die Zeugen Pfarrer Schüh und Küster Klärten bekunden grobe Wahlbeeinflussungen, scharfe Kontrolle der Arbeiterwähler.

Eine Anzahl Steiger, Lehrer und evangelische Arbeiter wissen nichts von Wahlbeeinflussung. Als der Pfarrer Schüh sagt: Arbeiter seien weinend zu ihm gekommen und hätten über Wahlterrorismus geredet, fordert Hilger Namensnennung. Pfarrer Schüh verweigert das mit Berufung auf sein Amt als Seelsorger. Der Staatsanwalt tritt dem entgegen, die Rechtsanwälte Hilgers ebenfalls.

Seine weist nach, daß Schüh ein Recht zur Zeugnisverweigerung habe, weil er fürchte, die betreffenden Leute würden von Seiten der Grubenverwaltung geschädigt. Schüh sei seelsorgerischer Vertrauensmann.

Das Gericht zieht sich unter großer Spannung zurück und beschließt: Schüh darf sein Zeugnis verweigern. Dagegen muß der Küster Klärten einige terrorisierte Vergleute nennen, die geladen werden.

Schluß 1/2 Uhr.

Zweiter Tag (Sonntag). Vormittagsitzung.

Beginn 9 1/2 Uhr.

Aufgerufen werden 63 Zeugen, viele Bechenbeamte und eine Anzahl Geistlicher.

Zeuge Krndt, Straßenbahndirektor in Saarbrücken, giebt zu, den pensionierten Bergarbeiter Klein nach einer Unterredung seitens Bergwerksbeamter entlassen zu haben, weil Klein sozialdemokratischer Agitator.

Bergassessor Fritsch sei extra zum Zeugen gekommen, um die Angaben über Klein zu machen. „Amtlich“ sei der Vergleich nicht vorgegangen.

Der entlassene Hilfsarbeiter, frühere Bergmann Klein bezeugt, er sei 1893 wegen eines Streiks gemahregelt und arbeite seither als Hilfsarbeiter, wo er könne. 1903 habe er bei der Saarbrücker Straßenbahn Beschäftigung gehabt, bis Direktor Krndt ihn entließ mit der Angabe, die Entlassung geschehe

„auf Veranlassung der königlichen Bergwerksdirektion“.

Der Bergassessor habe ihn (Klein) wieder um die Existenz gebracht. Zeuge Krndt schweigert dazu.

Eine Anzahl Grubenbeamte wissen nichts von Ungehörigkeiten. Zeuge Bergarbeiter Rämpfe, Schlafhauseinlieger, bekundet, es seien bei der Wahl keine Ungehörigkeiten vorgekommen. Inquiriert vom Rechtsanwalt Heine, gefehlt Zeuge ein, er sei gestern vom Bergwerksdirektor Fischer verhört worden und habe dabei erfahren, was gestern der Schlafhausmeister Bremer aussagte. Der Zeuge ist schließlich fast aus der Fassung, zuerst wollte er von gestern nichts wissen, nun macht er Bemerkungen, die sein Zeugnis erschüttern.

Bergwerksdirektor Fischer, der ständig, auch gestern, als Zuhörer im Saale weilt, wird vorgelesen und giebt zu, mit dem Vorzeugen gestern in seiner Wohnung

konferiert

zu haben. (Bewegung im Zuhörerraum.) Heine fragt den Gerichtshof, ob es gut sei, die zahlreichen Bergwerksbeamten im Saale als Zuhörer zu belassen, da sie eventuell wie Fischer als Zeugen vernommen würden.

Der Gerichtshof beanstandet die Anwesenheit der Beamten nicht. Der Staatsanwalt sagt:

Der „Vorwärts“

habe einen entstellten Bericht gebracht in seiner Freitagnummer (gemeint ist unser Vorbericht).

Heine bemerkt: der „Vorwärts“ stehe hier nicht zur Erörterung.

Zeuge Krman bleibt trotz sehr scharfen Kreuzverhörs dabei, daß die Vergleute

kolonnenweise zur Urne geführt

wurden, und daß keine Wahlfreiheit herrsche.

Bechenbeamte bestreiten dies. Der Steiger Wuh verweigert auf die Frage Heines, ob ihm durch Verleht mit Kollegen z. etwas von Wahlbeeinflussungen bekannt geworden, die Antwort mit Berufung auf das

Dienstgeheimnis.

Der Gerichtshof beschließt, die Frage Heines sei zulässig. Hilger will beim Ministerium anfragen, ob Wuh aussagen dürfe.

Zeugen Pfarrer Alberth und Kaplan Teusch berichten gräßliche Wahlbeeinflussungen.

Die Wähler sind scharf kontrolliert worden. Zeugen haben die Wahllokale und

die Kuspaffen photographiert.

Da seien die Kuspaffen „dabon gestoben“ (Weiterleit.) Zeuge Kuhn, Schneidermeister, bekundet ebenfalls Wahlbeeinflussungen.

Die Zeugen der Bechenverwaltung bestreiten das entschieden. Heine stellt dringliche Fragen.

Der Staatsanwalt will den

„Ton Heines“

gerügt wissen. Heine repliziert scharf und sagt, der Staatsanwalt solle sich nicht in Sachen mischen, die der Vorstehende zu beurteilen habe.

Kaplan Thomas konstatiert Wahlbeeinflussungen. Die Vergleute „störten vor den Beamten“.

Hilger verlangt erneut Namensnennung. Thomae lehnt das ab, weil er die Mahregelung der Leute fürchtet.

Die Sitzung wird stellenweise dramatisch bewegt.

Staatsanwalt, Hilger und seine Anwälte springen auf und verlangen nähere Angaben über terrorisierte Vergleute zc.

Seine bewahrt seine Ruhe und wehrt die Angriffe Wuh ab. Der Zuhörerraum ist überfüllt.

Der Vorsitzende verkündet, der Prozeß werde wohl länger als bis Donnerstag dauern. Die Entlastungszeugen, von der Verteidigung direkt geladen, sollen vernommen werden.

Hilger findet Gegenzeugen an. Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr.

Rachmittags-Sitzung.

Zeuge Bergmann Koster, Vertrauensmann der Belegschaft Dudweiler, fragt vor Abgabe seines Zeugnisses, wer ihm vor Mahregelung schütze, wenn er unter Eid die Wahrheit sage. (Große Sensation.)

Der Vorsitzende sagt, darauf könne er keine Antwort geben. Zeuge bekundet, die vereinigten Vertrauensleute der fiskalischen Gruben (Arbeiterausschuß laut Arbeitsordnung) hätten eine Sitzung abhalten wollen, um über die Bejrzeit der Schleppe zu beraten; die Sitzung sei von Hilger verboten.

Hilger entgegnet: Die Sitzung sei verboten, weil Streikgelüste geherrscht hätten; das Lied: „Alle Häder stehen still“ sei erklingen, da habe er die Pflicht gehabt, Versammlungen zu verbieten.

Koster erwidert, es habe keine Streikversammlung stattgefunden, sondern nur Sitzungen der Arbeiterausschüsse. Zeuge giebt weiter an, da sich die Bergbehörde um die Lohnbeschwerden nicht gekümmert habe, sich die Leute an Dasbach gewendet haben, der solle im Landtage für sie sprechen. Sozialdemokraten seien sie nicht, aber auch ihre Sitzungen würden verboten.

Zeuge Dohri, Bergarbeiter, ist von seinem Kameraden Anshüh dem Steiger Schmidt wegen Centrumsnäherkeit demüthigt worden. Der Steiger hat Dohri bedroht mit wirtschaftlicher Schädigung; knappschaftliche Unterstützung gäbe es nur an „brave“ Vergleute, d. h. die Prietze wählen.

Steiger Schmidt bestreitet dies zunächst, kann sich dann nicht mehr auf Einzelheiten bestimmen.

Bergarbeiter Kirsch hat nach der Wahl schlechteren Lohn erhalten. Der Steiger hat ihm gesagt, das läme von der „Fuchs-Wählerei“. Fuchs solle ihm mehr Lohn geben.

Der Steiger entnimmt sich nicht mehr genau.

Bergarbeiter Huiwig ist 22 Jahre fiskalischer Arbeiter, hat während einer Krankheit leichte Arbeit gemacht, ist auf Anraten des Arztes an die Luft gegangen, wurde demüthigt, er habe verbotswidrig gehandelt und sei darauf vom Bergassessor Römer entlassen. Zeuge führt diese große Strenge auf seine politische Gesinnung zurück.

Bergassessor Römer giebt zu, den Huiwig ohne peinliche Untersuchung entlassen zu haben.

Auf Vertragen Heines sagt Römer, Huiwig sei schon mal „wegen Nichtbefolgung eines gegebenen Befehls“ bestraft worden. Nähere Auskunft verweigert der Zeuge mit Berufung auf seinen Diensteid.

Heine verlangt gerichtliche Beschlußfassung.

Zeuge ist sehr verwirrt und stottert verlegen. Durch nochmalige Vernehmung Huiwigs stellt sich heraus, daß er sich 1903 weigerte, Ueberarbeit zu machen, die er nicht bezahlt erhalten sollte. Es ergiebt sich, daß die Bergarbeiter anscheinend gar nicht wissen, wie ihre Gebirge steht, und manche Arbeiten unsonst thun müssen.

Bergarbeiter Ladwein ist Mitglied eines Vereins gewesen, der die Anstellung eines neuen Knappschaftsarztes bezwecke. Hilger hat ihm gesagt: „Entweder den Verein oder die Grube“. Darauf hat er den Verein aufgegeben.

Heine fragt Hilger, wie er sich die Ausübung des Koalitionsrechtes denke.

Hilger antwortet, das könnten die Arbeiter machen, wie sie wollten.

Heine: Sie entlassen aber doch die betreffenden Arbeiter?

Hilger: Ich brauche doch die Leute nicht zu dulden, das schließt das Koalitionsrecht nicht ein. (Weiterleit.)

Heine schließt: Das genügt vollkommen.

Ebling, früherem Knappschafts-Arzt, ist die Arbeit gekündigt, weil er sich in Rüttlingen von der Luogerpartei als Gemeinderatsmitglied aufstellen ließ.

Hilger erklärt, Ebling habe einem Komitee angehört, das gegen die Bechenbeamten im Gemeinderat agitierte, deshalb sei er verwahrt und weil erfolglos, entlassen worden.

Heine stellt fest, daß also die Mahregelung erfolgte, weil der Arbeiter von seinem Bürgerrecht Gebrauch machte.

Die Sitzung wird auf Montag früh 9 Uhr vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Vom Kalimati wird dem „Vestl. General-Anzeiger“ gemeldet, daß die Verladungen des Syndikats im März noch hervorragend gute waren, im April bereits nachließen und im Mai ganz bedeutend zurückgeblieben sind. Das Geschäft steht jetzt vollständig, weil der Handel die Entscheidung über das Schicksal des Syndikats abwartet. Daraus geht hervor, daß mit einem Preissturz bei Auflösung des Syndikats bestimmt zu rechnen ist. Diese Wendung, die der Markt genommen hat, hat wesentlich dazu beigetragen, die jungen Werke syndikatsfeindlicher zu stimmen. Die Ausichten, daß die vom Markt demnächst einuberufende Versammlung den Fortbestand des Syndikats sichern werde, sollen gestiegen sein.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Niederländische Meheleien Eingeborener auf Sumatra. Amsterd., 4. Juni. (B. L. V.) Dem „Handelsblad“ wird aus Batavia gemeldet: Die befestigte Eingeborenen-Niederlassung Tamping in der Landschaft Gajoe (im nördlichen Teil von Sumatra) wurde von den niederländischen Truppen genommen. Auf niederländischer Seite ein Offizier tot, zwei Offiziere und 80 Soldaten verwundet; die Eingeborenen hatten 176 Tote.

Vom russisch-japanischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 4. Juni. (B. L. V.) Ein Telegramm des Generals Scharow an den Generalstab von gestern besagt: Am 31. Mai hatten transbaikalische Kosaken im Henschulin-Wald auf halbem Wege zwischen Riantschan und Saimadja ein Gefecht mit Japanern, die auf den Höhen eine starke Stellung besetzt hielten. Die Kosaken griffen zu Fuß den Gegner unter lebhaftem Feuer an und zwangen ihn, die Stellung zu räumen. Auf russischer Seite wurden sechs Kosaken getölet und der Oberstleutnant Sabotkin, ein Arzt und 22 Kosaken verwundet.

Sul., 4. Juni. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) Gestern früh fand zwischen kleinen Kosakenabteilungen und japanischen Patrouillen ein heftiger Kampf 12 Meilen nördlich von Senjan statt. Die Kosaken gerieten in einen Hinterhalt und zogen sich unter Zurücklassung von sechs Toten in der Richtung auf Samkung zurück.

Der Centralverband deutscher Brauerei-Arbeiter

Hält nächster Tage in Frankfurt a. M. seinen 14. Verbandstag ab, während der dreizehnte vor zwei Jahren in Hamburg stattfand.

Während der dreizehnte vor zwei Jahren in Hamburg stattfand, Soeben hat nun der Hauptvorstand den Rechenschaftsbericht über die verfloßene zweijährige Geschäftsperiode zur Verfügung gebracht.

Der Verband ist mit Abschluß des Geschäftsberichtes auf 17 600 zahlende Mitglieder angewachsen gegen 13 900 am 1. April 1902;

Der Bericht weist denn auch darauf hin, daß die Unterstützungs-Einrichtungen des Verbandes unter den Ausgaben der aufgeführten Jahresrechnungen die erste Stelle einnehmen.

Der Bericht über die Preise sagt, daß die Gesamtaufgabe der „Brauerei-Zeitung“ im Jahre 1902 ca. 802 000 Exemplare oder im Durchschnitt pro Nummer 15 420 betrug.

Der Bericht über die Preise sagt, daß die Gesamtaufgabe der „Brauerei-Zeitung“ im Jahre 1902 ca. 802 000 Exemplare oder im Durchschnitt pro Nummer 15 420 betrug.

Partei-Nachrichten.

Ein Opfer des Socialistengesetzes. Mitte vorigen Monats ist in Newark bei New York der Schuhmacher Heinrich Szimath im Alter von 32 Jahren an einem Herzleiden gestorben.

Das Opfer eines Betriebsunfalles ist der Vorsitzende des socialdemokratischen Vereins in Wüstenberg bei Erfangen, der Genosse Konrad Nagel, Maurer, geworden.

Polizelles, Gerichtliches usw.

Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz hatte sich der Arbeitersekretär Stoeffel am 3. Juni 1904 in Bromberg vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten.

Stoeffel hatte der Lokalwirth auf der Anklagebank Platz genommen — wurden somit freigesprochen. Der Anwaltschaft hatte 30 M. Geldstrafe für jeden Angeklagten in Vorschlag gebracht.

Somit ist der Entscheidung des Kammergerichts vom 14. Januar 1904 in einem weiteren Falle Geltung verschafft worden.

Soziales.

Fabrikinspektoren über Arbeiterwohnungen.

Während die Gewerbe-Inspektoren in den letzten Jahren einen erfreulichen Anfang damit machten, auch die Arbeiterwohnungen einer Inspektion zu unterziehen und an den mangelhaften Behausungen Kritik zu üben, zeichnen sich die diesjährigen Berichte der preussischen Gewerbeämter dadurch aus, daß sie es sorgfältig vermeiden, auf das Wohnungsproblem in Preußen näher einzugehen.

Ueber die Thätigkeit der Gemeinden auf dem Gebiete des Wohnungswezens wird herzlich wenig gesagt. In Forst haben die maßgebenden Körperschaften sich mit der Frage der Erbauung von Arbeiterwohnungen aus städtischen Mitteln beschäftigt.

Es ist bei der Ueberlastung der Gewerbe-Inspektoren mit ihrer Specialaufgabe nicht gut möglich, daß sie eine genaue Wohnungsinspektion ausüben. Hierzu bedarf es besonderer Wohnungsinspektoren für den ganzen Staat.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Für wenige Tage trennen uns noch vom 10. Juni, dem Tage der Erftwahl für die Stadtverordneten-Versammlung im zweiten Bezirk.

Parteilosen! Obwohl die Wahl nach den Listen vom Juli 1903 stattfand und seitdem ein zweimaliger Umzug stattgefunden hat, darf sich unsere Stimmenzahl nicht verringern.

Am Mittwoch, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus eine Volksversammlung statt, in welcher unser Genosse, Reichstags-Abgeordneter Dr. Sadeh um über „Die socialpolitischen Aufgaben der Gemeinden“ sprechen wird.

Karlshorst. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Kenntnis, daß umfänglich über der Jahlabend Montagabend 8 1/2 Uhr bei Ruppisch stattfindet. Da wichtige Vespresungen zu erledigen sind, werden die Mitglieder gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Mariendorf und Umgegend. Der Wahlverein hält seine nächste Mitgliederversammlung Dienstagabend 8 1/2 Uhr im Lokal des Genossen Hermann Reichardt, Mariendorf, Chausseestraße 16, ab.

Ober-Schöneweide. Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal des Genossen Ernst Kaufhold, Wilhelmshofstraße 18, statt.

Steglitz. Mittwochabend 8 Uhr bei Schellhase, Hornstraße 15a, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Es wird ein reger Besuch erwartet, da außer einem guten Vortrage noch mehr wichtige Dinge auf der Tagesordnung stehen.

Tempelhof. Dienstagabend Punkt 8 Uhr findet im Lokale von Martin Müller, Berlinerstraße 41/42, eine Volksversammlung statt, in der Genosse Stadtorbener Reinhold Käter einen Vortrag über den Klassenkampf der Arbeiter halten wird.

Wilmerdorf. Mittwochabend 9 Uhr findet im Volksgarten, Berlinerstraße 40, die regelmäßige Vereinsversammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Jubeil über: „Das preussische Junkertum und das allgemeine Wahlrecht“.

Lokales.

Die Berliner Gewerbeämter über die Rabatt-Sparvereine.

Die außerordentlich geringe das Verständnis vieler Gewerbe-Aufsichtsbeamten in Bezug auf wirtschaftliche Angelegenheiten der Arbeiter ist, zeigen von neuem wieder die Jahresberichte der Königl. Preussischen Regierungs- und Gewerbeämter für 1903.

„Eine große wirtschaftliche Bedeutung für die Arbeiterfamilien im Norden von Berlin hat der seit 1892 bestehende Rabatt-Sparverein „Norden“ gewonnen, seit er im Jahre 1898 das System der Klebmarken eingeführt hat.“

Der Verfasser dieser Stelle meint also, der Arbeiter habe einen wirtschaftlichen Vorteil, wenn er durch eine indirekte Steuer zum Zurücklegen eines Spargroschens von 30 Mark bis 50 M. in Jahre gezwungen würde, er tritt hier, vielleicht ohne es zu beabsichtigen und zu merken, für ein Zwangssparsystem ein, etwa in der Weise, daß in jeder Woche vom Lohne 1 bis 2 M. zurückgelegt und für den Jahresabschluss gespart werden.

Für unmißliche Kinder mag es nötig sein, sie auf solche verschleierte Weise zum Sparen zu bringen, selbständige Männer dagegen brauchen nicht einen Vormund, der eine indirekte Steuer für sie aufspart, und lassen sich auch nicht einreden, daß es für sie ein wirtschaftlicher Vorteil ist, das Jahr über Sparbeträge an einen Kaufmann in Form erhöhter Warenpreise einzuzahlen, um sie am Jahresabschluss auszubezahlen zu bekommen.

Bei dem Rabatt-Sparverein lautet die Lösung: Tüchtig und schlecht, beim Konsumverein dagegen: Willig und gut!

Die preussischen Gewerbeämter aber preisen die wirtschaftlichen Segnungen des Rabatt-Sparvereins und wissen von der Thätigkeit der Konsumvereine nichts zu berichten. Sie geben, vielleicht unbewußt, den mittelständischen, konsumvereinsfeindlichen Bestrebungen nach, die in den maßgebenden Kreisen der Regierung gegenwärtig die Herrschaft haben.

Die preussischen Gewerbeämter aber preisen die wirtschaftlichen Segnungen des Rabatt-Sparvereins und wissen von der Thätigkeit der Konsumvereine nichts zu berichten.

Familie oder Anstalt — eine Waisenkinderfrage. Sollen Waisenkinder in Familien oder in Anstalten untergebracht werden? Darüber wird in Deutschland seit mehr als 200 Jahren gestritten.

Die Gemeinde Berlin hat für die verwaisten Mädchen 1871 entschieden, daß sie grundsätzlich in Familien zu erziehen seien. Das ist seitdem auch geblieben, und nur bei chronisch kranken und bei verwahrlosten Mädchen ist von dieser Regel abgewichen worden.

Der Antrag wurde in der Sitzung vom 21. März abgelehnt, nachdem der Magistrat durch Stadtrat Strohmann erklärt hatte, die in Anstalten erzogenen Waisen seien nachher im Leben wenig zu gebrauchen. Diese Begründung hat unter den ehemaligen Kummelsburgern Verwunderung und Entrüstung hervorgerufen, und ihr „Friedrichsverein“ hat sich nun der Sache angenommen.

Das Referat hatte in dieser Versammlung ein ehemaliger Kummelsburger und jetziger Fabrikant Gössling übernommen, der

Leider aus mancherlei Gründen nicht als die geeignetste Person dazu erschieben. In der Diskussion sprach eine ganze Reihe von Personen, die als Waisenlinder teils in Nimmelsburg, teils in Kostpflege gewesen waren und dabei gute bzw. schlechte Erfahrungen gemacht hatten. Die Debatte wurde interessant durch die Beteiligung des freisinnigen Stadtverordneten Gombert, dem es nicht gefiel, daß der Berliner Gemeindeverwaltung bittere Wahrheiten gesagt wurden. Herr Gombert ist ehemaliger Jüngling des Potsdamer Militärwaisenhauses. Seit 36 Jahren ist er Mitglied des Vereins dieser Jünglinge, seit 25 Jahren Vorsitzender. Es verstand sich von selber, daß er der Anstalt den Vorzug vor der Familie gab. Er fügte aber hinzu, auch er werde dafür einstehen, daß die Anstaltspflege als die bessere erhalten bleibe — und hiermit hatte er sich bis in die Kesseln gesetzt. Der gleichfalls in der Versammlung anwesende sozialdemokratische Stadtverordnete Vernstein stellte fest, daß Herr Gombert in der Sitzung vom 21. März, als über den sozialdemokratischen Antrag verhandelt wurde, sein Wort zu Gunsten der Anstalten gesagt hat. Genosse Vernstein beleuchtete dann in eindringlichen Worten die hygienische Seite der zur Erörterung stehenden Frage und zeigte, daß eine nicht knausernde Verwaltung sogar in der Säuglingspflege mehr durch Anstalten als durch Familien erreichen kann. Herr Gombert erwiderte mit der Ausrede, er sei damals erst zu kurze Zeit Stadtverordneter gewesen, darum habe er geschwiegen. Dieser selbe Gombert hat aber — das wollen wir hier feststellen — in jener selben Sitzung, eine Viertelstunde vor Beratung des Waisenhausantrages, zum Armenrat das Wort ergriffen, um darüber zu klagen, daß manche Leute sich doppelte Unterstützung zu verschaffen wissen. Es ist ein Skandal, daß ein Stadtverordneter es wagt, einer öffentlichen Versammlung in dieser Weise über seine Tätigkeit bzw. Unfähigkeit in der Stadtverordneten-Versammlung etwas vorzuerzählen. Wir behaupten, daß der freisinnige Herr Gombert nicht einmal für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt hat; unfers Wissens stimmte dafür überhaupt kein Freisinniger.

Nach einer sehr langen Debatte, in die auch noch der sozialdemokratische Stadtverordnete Tolsdorf eingriff, nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, die die Anstaltspflege für die dienlichste erklärt und den Fortbestand der Anstalt Nimmelsburg sowie einen weiteren Ausbau der Anstaltspflege fordert.

Zelle-Denkmal. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner trat gestern das Komitee für die Errichtung eines Denkmals für den Oberbürgermeister Robert Zelle im Rathaus zusammen. Es wurde beschlossen, dem Bildhauer Otto Lessing die Ausführung zu übertragen und den Magistrat um die Vergabe eines geeigneten Platzes zur Aufstellung des Denkmals zu ersuchen. In Aussicht genommen ist der Victoriapark, der unter Zelle errichtet ist. Dort soll eine Wüste Zelles auf einem einfachen Postament aufgestellt werden.

Berliner Brücken. Die Adalbert-Brücke wird in einigen Wochen dem Verkehr übergeben werden. Die Kompananlagen konnten bis jetzt nicht fertig gestellt werden, weil die baulichen Veränderungen an den benachbarten Gebäuden noch nicht beendet waren. Die Museumsbrücken sollen am 18. Oktober d. J. mit dem Denkmal Kaiser Friedrichs dem Verkehr übergeben werden.

Der Magistrat hat dem Antrage des Polizeipräsidenten wegen Abänderung des § 133 der Berliner Straßenordnung leider zugestimmt. Danach können die Grundstücksbesitzer und Hauseigentümer auferlegten Verpflichtungen und die strafrechtliche Verantwortlichkeit für die Erfüllung derselben auf die für die Grundstücke bzw. Häuser bestellten Verwalter übergehen, wenn der Verleiher nicht auf dem betreffenden Grundstück wohnt und dieser den von ihm bestellten Verwalter unter dessen Zustimmung der Polizeibehörde als verantwortlichen Vertreter namhaft gemacht hat. Eine Abänderung war angeblich notwendig geworden, weil Gesellschaften, Banken etc. in einigen Fällen nicht verantwortlich gemacht werden konnten für Dinge, die zu den Obliegenheiten der Verwalter gehören.

Aus der Fürsorgeerziehung.

Die Gemeinde Berlin hat zur Unterbringung der Berliner Fürsorgezöglinge nur die eignen Erziehungsanstalten in Lichtenberg und Kleinbeeren. Sie denkt nicht daran, ihre Anstalten zu vermehren. Hierbei will sie, soweit sie nicht die Familienpflege, die billige, vorzieht, alle möglichen und unmöglichen privaten Anstalten mitbenutzen, die ihrer schwierigen Aufgabe manchmal sehr wenig oder gar nicht gewachsen sind. Aus Anlaß der sich häufigenden Entweichungen von Fürsorgemädchen, durch die gewisse Anstalten von sich reden gemacht haben, ist von uns die Frage erörtert worden, ob nicht solche Vorkommnisse hauptsächlich in dem dort geltenden Erziehungssystem ihre Ursache haben. Man hat erwidert, von Fürsorgemädchen sei nicht zu erwarten, daß sie die Wohlthaten der Fürsorgeerziehung zu würdigen wissen, und es sei leider begreiflich, daß sie eine jämmerliche Freiheit dem geordneten Leben der Anstalt vorziehen. Wir müssen aber gestehen, daß auch uns das „rechte Verständnis“ für die „Wohlthaten“ fehlt, die manche private Anstalten ihren Zöglingen bieten.

Die städtische Waisenverwaltung, der die Unterbringung der Fürsorgezöglinge obliegt, sollte bei jeder Entscheidung aus einer dieser Anstalten sorgfältig prüfen, wie weit die Anstalt selber daran schuld ist, daß deren „Wohlthaten“ von den Zöglingen verschmäht werden. Sie wird das hoffentlich auch bei dem folgenden Fall thun, der uns aus der religiösen Erziehungsanstalt Bethabara zu Neu-Wehensee gemeldet wird. Dort war von Berlin aus ein jetzt 15jähriges Mädchen H. untergebracht worden, weil es wiederholt seinen Angehörigen entlaufen war und sich umhergetrieben hatte. Am vorigen Dienstag fand sich die H. unerwartet in Berlin bei einer den Eltern bekannten Familie ein und bat um Aufnahme. Sie war aus Bethabara entflohen. Auf Befragen erzählte sie, sie habe am Sonnabend während der Andacht gelacht und sei dafür aus dem Saal verwiesen worden. Als sie dann zu Bett gehen wollte und sich bis auf das Hemd entkleidet hatte, sei sie von zwei „Helferinnen“ gepackt und mit einem Riemen geschlagen worden. Am Sonntag habe man ihr obendrein Arrest gegeben und am Dienstag sei sie dann entflohen. Was daran Wahres war, ließ sich nicht feststellen, doch zeigte die H. deutliche Spuren von Mißhandlung, blaue und braune Flecke und Striemen auf Arm und Rücken. Sie wurde am Mittwoch ihren Angehörigen zugeführt und machte diesen dieselben Angaben. Man ging mit ihr nach dem Fürsorgeerziehungsbureau des Waisenhauses und sie wiederholte dort am Donnerstag wie am Freitag ihre Angaben. Man nötigte zugleich einen der Bureaubeamten, selber die Spuren der Mißhandlung auf dem Körper des Mädchens anzusehen. Am Freitag wurde die H. dann im Waisenhaus zurückgehalten. Was nachher aus ihr geworden ist, wissen die Angehörigen vorläufig nicht. Hat man sie nach Bethabara zurückgebracht?

Wir wollen abwarten, was die Untersuchung ergeben wird. Die Spuren der Mißhandlung sind von neun Personen besichtigt worden, und denen gegenüber hat die H. die erste Darstellung aufrecht erhalten. Auf dem Bureau des Waisenhauses wurde es von einem Beamten über bemerkt, als er erfuhr, daß schon der „S o r t i s“ in Kenntnis gesetzt sei. Der Mann begreift nicht, daß die Veröffentlichung all solcher Vorkommnisse durch den „Vorwärts“ notwendig ist, weil sie eine viel wirksamere Kontrolle bildet als diejenige, die die Waisenverwaltung ausüben vermag. Will übrigens die Waisenverwaltung oder das Bethabarainstitut sich zu der Veröffentlichung der Sache durch den „Vorwärts“ äußern, so bitten wir im Voraus um eines. Man verhehle uns mit der Antwort, es handle sich hier um eine schlechte Person. Mit solchen Waffen hat bekanntlich die Obdachverwaltung durch Stadtrat Fischel sich gegen sozialdemokratische Kritik zu verteidigen gesucht, aber dieses Beispiel darf keine Nachahmung finden. Wir wissen es selber, daß das Mädchen nicht viel taugt, die Familie hat es und freiwillig und bedauernd mitgeteilt. Aber eben weil die H. nicht viel taugt, muß eine Behandlung, wie sie sie in Bethabara erlitten haben will, von ihr ferngehalten werden. Es kann doch niemand im Ernst glauben, daß ein 15jähriges Mädchen

mit solchen Mitteln gebessert wird. Eine der „Helferinnen“ soll selber erst 20 Jahre alt sein. Da mühen ja allerdings eigenartige Zustände in Bethabara sein, wenn es wirklich einem 20 Jahre alten Mädchen möglich gewesen sein sollte, sich in dieser Weise an einem 18 Jahre alten Mädchen erzieherisch zu betätigen. Wir erwarten, daß die Waisenverwaltung die Sache aufs strengste untersucht und, falls die Angaben der H. sich bestätigen, Bethabara ohne Gnade aus der Liste der Anstalten streicht, denen sie Fürsorgemädchen überwies.

Katholische Morallehre. Ein Sensationsprozess wird morgen, Montag, die ganze Sitzung der dritten Strafkammer des Landgerichts I in Anspruch nehmen. Seine Vorgeschichte ist kurz folgendermaßen zusammenzufassen: Liguori, ein Zeitgenosse Friedrichs des Großen und Begründer des Redemptoristen-Ordens, schrieb eine mehrbändige „Morallehre“. Er wurde nach seinem Tode heilig gesprochen, seine Werke wurden von den Päpsten Pius IX. und Leo XIII. zum Studium der katholischen Christenheit empfohlen und seine „Morallehre“ für die sichere Norm aller Fragen der Moral erklärt, mit der Aufgabe an die „Leiter des Bewusstseins“, sie für Lehr- und Beichtstuhl zu benutzen. Vor ungefähr zehn Jahren veröffentlichte der frühere Lehrer Grahmann zu Stettin eine Broschüre, in welcher er die Weideregeln des heiligen Liguori der gebildeten Welt bekanntgab und zum Ausgangspunkt einer heftigen Polemik gegen das heilige Sakrament der Beichte machte. Von Centralmuseen aus wurde Anzeige erstattet und darauf die Broschüre von Nürnberg aus im objektiven Verfahren eingezogen, während ein gleichartiger in Preußen unternehmener Versuch keinen Erfolg hatte, da Grahmann in seiner Vaterstadt Stettin freigesprochen wurde. Grahmann, dessen Broschüre die in Deutschland unerhörte Anzahl von 88 Auflagen erlebt hatte, fand u. a. in dem Leipziger Verleger Minde bald einen Nachahmer. Er veröffentlichte eine ihm anonym zugesandte Broschüre, die sich wiederum mit den Weideregeln des heiligen Liguori befaßte, nachdem er sie von Privatgelehrten Dr. Ernst Bischoff in Leipzig hatte begutachten lassen. Wiederum wurde Anzeige erstattet, der Leipziger Staatsanwaltschaft aber keine Folge gab, während sie in Berlin zu einer Anklage wegen Beschimpfung der katholischen Religion gegen Minde und Dr. Bischoff führte. Als Sachverständige sind die literarischen Räte in religiöser Streit, von der katholischen Seite Professor Keller aus Wiesbaden — von der protestantischen Professor Rippold aus Jena, bereits gutachtlich gehört. Die Anklage wird Staatsanwaltschaftsrat Schmidt, die Verteidigung werden Justizrat Dräger • Leipzig für Minde, Rechtsanwalt Dr. Halpert-Berlin für Dr. Bischoff führen.

Der „Fingerring.“ Die Sehnsucht nach der Kostbarkeit einer sozialdemokratischen Gewaltthat wird bei unsen konservativen Umstürzern um so krautbarer, je deutlicher die Arbeiterchaft erkennt, daß die Stillung solchen Verlangens eine bodenlose Dummheit wäre. Uns soll gar nicht wundern, wenn staatsverachtende Heißworte eine annehmbare Belohnung demjenigen anstrebten, der ein einwandfreies, gegen die Sozialdemokratie auszunehmendes Attentat in die Wege leitete. Da aber keiner auf solche Verbindung hineinfallen würde, so muß die Phantasie sich künstlich ihre Fälle schaffen. Wir haben vor acht Tagen schon darauf hingewiesen, wie von buddhistischer Seite der traurige Vorgang, dem der Stationsassistent Kühn auf dem Bahnhof Alexanderplatz zum Opfer fiel, zu einem leidenschaftigen sozialistischen Nord aufgetastet wurde, obgleich kein Mensch wissen konnte, ob die drei Maurer, auf deren Mißgeleit der Tod des Beamten zurückzuführen sein soll, überhaupt etwas mit der Sozialdemokratie zu thun haben und obgleich ferner, selbst wenn dies der Fall sein sollte, man die Sozialdemokratie ebensowenig für das von den Leuten verübte Mordverbrechen verantwortlich machen kann wie die konservativen Partei: etwa für die kürzlich in Hannover von Berliner Reserve-Offizieren verübten Ausschreitungen. Aber in der Not frist der Teufel Fliegen, und da ein sozialdemokratisches Blutvergießen vom konservativen Standpunkt aus ein Ziel auf's innigste zu wünschen ist, so schafft die geistige Krumm sich ihr Wankelgängerlied. Die Aberration des erwähnten Buddistenblattes wird von der vom Scharfmacherverband ausgehaltenen „Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ nachgeahmt. In einem beifühnartig von der „Post“, der „Kreuzzeitung“ usw. abgedruckten Artikel dieses Blattes markiert der erwähnte Vorfall leidenschaftig als Fingerring auf und wird von dem „Vorwärts“ lägenhaft behauptet, daß er das Mordverbrechen der Maurer als harmlose Streitigkeit bezeichnet habe. Das sind unsre politischen Gegner. Wenn sie beim Anblick solchen Gesindels nicht das draufische Wort ein, mit dem der alte Fritz nach der Schlacht bei Jorndorf seine Feinde charakterisierte?

Die Frauen an der Berliner Universität. Im gegenwärtigen Sommerhalbjahr sind bis jetzt 368 Frauen als Hörerinnen an der Universität Berlin zugelassen, gegen 293 im vorigen Sommer und 562 im letzten Winter. Bei der Zulassung wird noch strenger vorgefahren als früher, und es sind viele Ausländerinnen mit angeblich minderwertigen Zeugnissen abgewiesen. Immerhin beträgt die Zahl der hier studierenden Ausländerinnen noch 107, unter denen sich 60 Russinnen befinden. Die sehr eingehend geführten Listen geben manche Auskunft von allgemeinem Interesse. Unter den zugelassenen Damen sind 38 verheiratete, verwitwete und auch einige geschiedene Frauen. Viele der studierenden Frauen sind Lehrerinnen, und eine große Zahl gehört Professoren- und anderen gelehrten Kreisen an. Drei Töchter des Handelsministers Möller widmen sich der Theologie; die eine ist verheiratet und hört im besonderen Kirchengeschichte. Mehrere Damen besitzen schon das Doktordiplom, zum Teil aus Berlin, sowie andre akademische und sonstige Würden. Eine Studentin war kürzlich von einer englischen Gemeinde zur Seelsorgerin gewählt worden. Nach einer genauen Auszählung befinden sich unter den Zugelassenen 46 mit Reisezeugnissen von deutschen Vollanstalten; dazu kommen noch 4 mit Naturarztzeugnissen von sügnacht-Jurid. Die meisten Damen, insgesamt 256, studieren philologische, literarische, kunstgeschichtliche, historische und philosophische Fächer. 33 pflegen Naturwissenschaften, 26 Medizin, 22 Nationalökonomie, 15 Theologie, 11 Zahnheilkunde, 3 Mathematik und nur 2 Rechtswissenschaft.

Am Görlitzer Bahnhof wird die Straßenbahn-Abfahrtsstelle umgestaltet, die sich auf dem Spreewaldplatz vor dem Bahnhofgebäude befindet. Es wird eine Schleife gebaut, wie sie für einige andre Abfahrtsstellen der Straßenbahn bereits besteht. Die Gleise werden um die Anlagen des Spreewaldplatzes herumgeführt, so daß die ankommenden Wagen ohne Umleihen und ohne langen Aufenthalt wieder nach dem Innern der Stadt zurückfahren können. Am Görlitzer Bahnhof ist eine solche Schleifenanlage besonders notwendig, weil hier fünf Straßenbahnlinien beginnen. Schon bei gewöhnlichem Betrieb treffen auf dem Spreewaldplatz in der Stunde 28 Motorwagen — ungerechnet die Anhängewagen — ein, die bei der bisherigen Einrichtung der Abfahrtsstelle sämtlich umgeleitet werden müssen. Auf den vier neben einander liegenden Anknüpf- bzw. Abfahrtsgleisen, die hier zur Verfügung stehen, sieht man in der Zeit des stärksten Verkehrs eine städtische Wagenburg, in der nur der Kundige sich rasch zurechtzufinden vermag.

Bergleisches Mähen. Die Anti-Trinzel-Liga, die von Hamburg, ihrem Stammsitz, aus allerorten für die Einführung auskömmlicher Löhne in den Gewerben, in denen die Angestellten noch auf Trinzel angewiesen sind, Propaganda machen wollte, hat ihren löblichen Zweck nicht erreicht. Die Liga hat wegen nicht genügender Unterstützung und Teilnahme des großen Publikums ihre Auflösung beschlossen.

Der geheimnisvolle Leichensind in Charlottenburg scheint seiner Aufklärung näher zu rücken. Gestern, Sonnabend, nachmittags wurde ein neuer Fund gemacht, der wahrscheinlich mit dem Verbrechen im Zusammenhang steht. Vom Tegeler Weg führt ein Feldweg nach der Jungfernbende. An diesem Feldwege, der zum Teil von Gestrüpp umsaumt ist, liegen einige kleine Müllabladestellen. Eine dieser Stellen zwischen den Charlottenerger Wiesen und der Jungfernbende, in der Gegend des Hundelb.-Denkmals, liegt fast in derselben Höhe wie der Fundort des Rumpfes im Verbindungslanal bei der Knöfflerschen Fabrik. Sie bildet ein etwa zehn Meter im Geviert messendes Loch, das zum Teil mit Müll wieder ausgefüllt

ist. Die Oberfläche ist sehr uneben. An dieser Stelle wurde gestern nachmittags ein junger Schaustellergeselle Vetter, der in jener Gegend mit seinem Wagen steht, die Reste, aus denen er Schirme für seine Schaubudenlampen zurecht machen will. Er stieß auf allerhand Gerümpel, zerbrochene Blumentöpfe usw. Seine besondere Aufmerksamkeit erregte eine in der Mitte liegende hell emaillierte Müllschuppe. Bei dieser fand er dann wieder ein Gemisch von Blechbüchsen und zerbrochenen Töpfen, über die eine alte Blechschüssel gestülpt war. Als er diese heruntersah und den Trübel auseinander brachte, entdeckte er darunter frische Knochen, die zum Teil verbrannt, zum Teil aber noch mit Fleisch behaftet und mit Stoffresten überzogen sind. Aber über diesen Dingen lagen eine große Anzahl Korsettstangen, unter ihnen Reste eines verbrannten Korbes. Vetter teilte seine Entdeckung einem der Kriminalbeamten mit, die in der Gegend nach Spuren suchte, und es kamen darauf sofort Polizeipräsident Steinfand, Kriminalinspektor Krause und Kriminalkommissar Dr. Knoop, um den Befund aufzunehmen. Allem Anschein nach handelt es sich um die Reste der Arme und Beine, während vom Kopfe nichts gefunden wurde. Ein Herr von Kriminalbeamten begann sofort mit einer erneuten Abjuchung des ganzen Geländes.

Augenblicklich ist auch ein Kleiderfund, der in einem Berliner Hause gemacht wurde, Gegenstand näherer Untersuchung. Die Obduktion des Rumpfes begann Vormittag um 11 1/2 Uhr in der Friedrichshofhalle auf Westend. Daß es sich bei dem Fund um eine zu Studienzwecken benutzte und dann beiseite geschaffte Leiche handeln sollte, ist nicht gut anzunehmen. Der Arzt hätte dann seine Studien wohl nicht auf die Gliedmaßen beschränkt, der Rumpf zeigt aber keinerlei Spuren einer wissenschaftlichen Bearbeitung.

Die Mitteilungen und Entdeckungen Vettters wurden durch andre Beobachtungen noch in bemerkenswerter Weise ergänzt. Vetter ist angelehnt bei der Schaubudenbesitzerin Weidung. Am Donnerstag nachmittags besuchte er einen Bekannten in der Magstraße. Als er um 12 Uhr nachts noch nicht nach dem Wohnwagen der Truppe zurückgekehrt war, wurde Frau Weidung unruhig und machte sich Sorge um ihn. Hierbei sah sie zum Wagenfenster hinaus und bemerkte an der Stelle, wo der junge Mann gestern die Knochenreste fand, einen Feuerstein. Der Wagen steht an dieser Stelle etwa 300—400 Meter entfernt. Frau Weidung machte ihren Sohn darauf aufmerksam und sagte noch: Wenn Vetter hier wäre, so würden wir mal hingehen und sehen, was die da machen. Die Scheine etwas zu verbuddeln. Als nun Vetter weit nach 12 Uhr kam, erzählten ihm die Frau und ihr Sohn die Geschichte von dem Feuer, gingen aber nicht mehr hin, weil der Schein unterdessen erloschen war.

Bei der genaueren Untersuchung wurden an der Brandstelle auch noch ein tombalener Trauring und der Bügel eines Deutelporcellemonnaies gefunden. Der Ring hat kein Zeichen. Das Porcellemonnaie, von dem der Bügel stammt, muß erheblich größer gewesen sein, als Damen sie zu tragen pflegen. Er hatte einen überfallenden Verschluss.

Von den Knochenresten kann man nach näherer Betrachtung mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß sie die Reste der Arme und Beine der Getöteten sind. Die weniger fleischigen Armbknochen sind fast ganz verlohnt, die Schenkelknochen, die mehr Fleisch enthielten, besser erhalten. Vom Kopf wurde auch bis jetzt nichts entdeckt. Der verbrannte Korb muß ziemlich groß gewesen sein. Ob er ein Reises-, Wädel- oder Hentelkorb war, läßt sich nicht mehr feststellen. Die Stoffreste sind leider durch das ausgelaufene Fett so stark verfilzt, daß sie nicht ohne weiteres mehr ihrer Art nach erkannt werden können. Der Korb war in eine Vertiefung gestellt. Damit die Flammen nicht zu hoch aufloderten, hatte man ihn vor dem Ausschüppe usw. zugedeckt. Diese Dinge waren aber zugleich so geschichtet, daß das Feuer guten Zug haben mußte.

Nach der ganzen Sachlage ist jetzt anzunehmen, daß die Frau in einem geschlossenen Raum abgeschlachtet wurde. Der Mörder warf dann den Saß mit dem Rumpfe schon in der Nacht zum Donnerstag ins Wasser. Die Gliedmaßen packte er in einen mit Petroleum getränkten Saß, von dem noch Reste übrig sind, die Kleider in den Korb. Der Plan, die Sachen an dem abgelegenen Orte zu verbrennen, hätte wahrscheinlich zu dem beabsichtigten Zweck der Spurenverwischung geführt, wenn nicht zufällig Vetter an jener Stelle altes Blech gesucht hätte. Eine neue Fährte Müll hätte genügt, sie auf immer zu begraben.

Dringend wünschenswert ist es, von jedem weiteren Funde ebenfalls der Kriminalpolizei sofort Mitteilung zu machen.

Die Obduktion des Rumpfes, die, wie wir mitteilten, um 11 1/2 Uhr vormittags begann, dauerte bis um 7 1/2 Uhr abends. Sie ergab Spuren erheblicher Gewaltwirkungen, die sich in ausgedehnten Wundrückenrissen der Haut in den Weichteilen, der Brust, am Rücken und am Gesäß zeigen. Hiernach muß dem Tode ein harter Kampf vorausgegangen sein. Die Todesursache konnte mit Sicherheit nicht festgestellt werden. Die Abtrennung des Kopfes und der Arme und Beine ist höchst wahrscheinlich erst nach Eintritt des Todes vorgenommen worden. Die Getötete besaß sich im dritten Monate der Schwangerschaft. Für einen Lustmord hat die Obduktion keinerlei Anhaltspunkte ergeben. Bemerkenswert ist noch die Resistenz, daß die Getötete stark lungenkrank, tuberkulös, war. Mit diesen Feststellungen sind wiederum einige Fingerzeige für die Erkennung der Persönlichkeit gegeben.

Die Korbbeste und die Korsettstangen wurden von der Charlottenburger Kriminalpolizei gestern unverzüglich Sachverständigen zur Begutachtung übergeben. Der Korb, von dem die verlohnten Scharniere und Verschlußteile noch ziemlich gut zu erkennen waren, muß nach dem abgegebenen Gutachten ein etwa einen halben Meter langer, etwa 30 bis 40 Centimeter hoher und etwa 30 Centimeter breiter Reisehandkorb mit Deckel gewesen sein. Die 28 Korsettstangen sind ungewöhnlich lang. Ihre außerordentlich große Zahl läßt auch darauf schließen, daß sie sich nicht in einem eigentlichen Korsett, sondern in einer Taille befunden haben oder zur Absteifung eines Rockes dienten.

Nach dem tombalenen Ring zu urteilen gehörte die Getötete wohl nicht den bessergestellten, sondern eher den unbedeutenden Volksschichten an.

Pommernbank und Presse. Der Geh. Kommerzienrat Goldberger bittet uns, mitzuteilen, daß er an den Vorsitzenden des Pommernbankprozesses, Landgerichtsdirektor Heidrich, einen Brief gerichtet hat, worin er sich gegen die Auslassungen des Angeklagten Schulz wendet und u. a. erklärt: Ich habe für meine Person weder direkt und noch indirekt eine Befähigung von Herrn Schulz oder Herrn Romeid angeregt, veranlaßt oder angenommen. Ebenso wenig habe ich mit der Pommerschen Hypothekbank oder mit irgend einem ihrer Tochterinstitute, oder mit Herrn Schulz oder Herrn Romeid jemals eine geschäftliche Beziehung irgend welcher Art gehabt. Schließlich bin ich auch mit der Breslauer Diskontobank aus Anlaß der in Rede stehenden Pfandbriefe in keinerlei Verbindung getreten. Es ist mir völlig unbekannt und nach dem eben Gesagten durchaus unglaubwürdig, daß mein Bruder, der nicht mehr unter den Lebenden weilt, Herrn Schulz zu seiner Zuwendung an den Verein Berliner Kaufleute und Industrieller oder später Herrn Romeid zu seiner Zuwendung an den Berliner Presseklub durch Hinweis auf irgend eine Einflußnahme meinerseits bei Begebung oder Zulassung der Pfandbriefe veranlaßt haben könnte. Ich bitte den hohen Gerichtshof, mich über diese Punkte unter meinem Eide zu vernehmen.

Falls der Gerichtshof diesem nicht gut von der Hand zu weisen den Erlauchen nachkommt, wird das Verhältnis zwischen Pommernbank und Presseklub wohl noch zum drittenmal an Gerichtsstelle erörtert werden. Hoffentlich giebt der Gerichtshof dann auch der Öffentlichkeit noch eine andre Gemüthung. Es erregte lebhaftes Versehen, daß der Vorsitzende in einer der ersten diesjährigen Verhandlungen des Pommernbankprozesses über die Frage, wie die Bank zu dem Titel Hofbank der Kaiserin gekommen sei, keine Erörterung zuließ. Und doch wäre eine Aufklärung über diese sehr wichtige Frage ebenso notwendig, wie etwa die noch zu er-

wartenden Entfaltungen über den jetzt ja anscheinend mit seiner Schuldenlast in die Grube versenkten Pressklub.

Das vermisste Kind. Amlich wird gemeldet: Mitte Mai v. J., vielleicht am 24., will eine dem Arbeiterstande angehörige Frau D. in einem Hause Berlin - Straße und Nummer vermag sie nicht mehr anzugeben - einer jungen Frau, deren Ehemann in einer Brauerei arbeite, auf ihr Ersuchen ein zwei Monate altes Kind männlichen Geschlechts gefehlt haben. Die junge Frau habe sich erboten, sie wolle den Knaben an Kindesstatt annehmen und ihn bei der Polizei anmelden. Das Kind sei mit einer rotbunten Nachtjade und einem weiß- und rotbunten Widel bekleidet gewesen und habe in einem weiß- und rot- und blaufarbten Kissen gelegen. Die Arbeiterfrau will der andern Frau gegenüber ihren Mädchen-namen Auguste Stümmer, in Marzhausen wohnhaft, angegeben und ihren Sohn „Erich“ genannt haben, der am 20. März 1908 in Frankfurt a. O. geboren sei. Da die Arbeiterfrau in dem Verdacht steht, ihr Kind beiseite geschafft zu haben, so würde es für sie sehr wichtig sein, wenn sich diejenigen, die das Kind angenommen haben, oder andre Personen, welche zur Sache Angaben machen können, sich auf dem königlichen Polizeipräsidium, Kriminalabteilung, Zimmer 324, zu J.-Nr. 2008 IV. 8. 04 melden oder auf dem nächsten Polizeirevier Anzeige erstatteten.

Ein Straßenbrand, der einen großen Menschenauflauf zur Folge hatte, verursachte gestern gegen Abend eine Alarmierung der Feuerwehr nach der Ecke der Strelitzer- und Anklamerstraße. Dort war einer alten Frau beim Ueberschreiten des Straßendamms eine große Spiritusflasche entfallen, die dann ihren Inhalt auf das Pflaster ergoß. Vorwichtige Burken steckten nun die Flüssigkeit in Brand, so daß hohe Flammen emporschlugen. Passanten, die den Vorgang nicht weiter sahen, glaubten, daß die Flammen von einem defekten gewordenen Gasrohr herrührten und alarmierten kurzerhand die Feuerwehr. Diese fand bei ihrer Ankunft natürlich nichts mehr zu thun, da mittlerweile die Flammen längst von selbst erloschen waren.

Ein großer Brand kam in der Nacht zum Sonnabend in der Melchiorstr. 33 zum Ausbruch und beschaltigte die Wehr fast zwei Stunden. Im linken Seitenflügel befindet sich dort die Bäckerei von E. Kiebig. Als sich sämtliche Gefesse um 8 Uhr zu Bett legten, haben sie einen Brandgeruch noch nicht wahrgenommen. Aber schon eine Stunde später schlugen plötzlich helle Flammen aus den Fenstern des Backofens auf den Hof. Als die sofort alarmierte Wehr aus der Köpplerstraße eintraf, hatte das Feuer bereits die Dede zum Parterreraum ergriffen und war schon auf der einen Seite bis zur eigentlichen Backstube, auf der andern bis zu der angrenzenden Schlafstube der Gefesse vorgedrungen. Große Verge Holz, die zur Feuerung des Backofens dienten, sowie Mehlsäcke, Holzgestelle u. hatten überreiche Nahrung geboten. Obwohl die Wehr sofort tüchtig Wasser gab, dauerte es doch fast eine Stunde, bevor die Gefahr beseitigt war. Die Entstehungsurache ist noch nicht bestimmt ermittelt; man nimmt Selbstentzündung an.

In den dem Berliner Aquarium durch seine Tochteranstalt Nobigno jüngst zugegangenen Sendungen von allerhand Meeresbewohnern sind besonders die sogenannten niederen Tiere vertreten, namentlich die Krustler, und der Besucher gerät bei Betrachtung derselben in Verwunderung, da er eine solche Abweichung hinsichtlich der Größe und dabei eine derartige Mannigfaltigkeit der Gestalt und Formen innerhalb eines anscheinend so eng umgrenzten Kreises, wie ihn die „Kruste“ repräsentieren, nicht für möglich hält. Zu den Zwergen zählen unter den neuen Gästen ein Dutzend verschiedener, zum Teil noch nicht bestimmter Formen aus den Familien der Galatheen, Copepoden und Polychaeten und andre. Der Riese unter den Krabben oder Kurzschwänzen ist die zur Gruppe der Dreieckskrabben gehörende große Meerspinne oder Festschnecke, deren dreieckige, vorn zugespitzte, röhrlige Kopfbrust infolge der sie tragenden langen kräftigen Beine noch viel größer sich annimmt, als sie in Wirklichkeit schon ist. Die ihr verwandte, nur halb so große „warzige“ Meerspinne, gewinnt dagegen insofern ein merkwürdiges Aussehen, als die Körperoberseite meist dicht mit Algen, Moostierchen, Polypen u. bewachsen ist.

Die Vereinigung: Die Kunst im Leben des Kindes veranstaltet gelegentlich des Internationalen Frauenkongresses eine Ausstellung im Albrecht-Dürerhaus, Kronenstraße 18, die neue Bilderbücher, Wandbilder, wahrheitsgemäß auch Spielzeug und Möbel zeigen soll. Ein besonderes Interesse werden die Kinder-Modellier-Arbeiten erregen, die im Atelier des Bildhauers Albert Reimann angefertigt worden sind. Der Versuch, Kinder schon vom 4. Jahre an mit plastischen Arbeiten zu beschäftigen, hat zu sehr interessanten Ergebnissen geführt. Die Ausstellung wird den Juni über geöffnet sein. Es sollen an bestimmten Tagen Führungen veranstaltet werden, über die noch näheres bekannt gegeben wird.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Unterricht in National-Ökonomie muß an diesem Montag wiederum ausfallen, da der Lehrer Max Grundwald krank ist.

Sonntag, den 12. Juni: Ausflug nach Friedrichshagen - Schöneiche. Abfahrt: Vormittags 8.38 Friedrichstraße, 8.43 Alexanderplatz, 8.50 Schleifischer Bahnhof nach Friedrichshagen. Frühlich dafelbst im Restaurant W. Wilde, Friedrichstr. 74. Abmarsch nach Schöneiche 1/2 11 Uhr. Radfahrer fahren bis Station Bahndorf und gehen die Chaussee links vom Bahnhof entlang zum Restaurant Waldschloß (Inh. Clasen), 25 Minuten. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Aus den Nachbarorten.

Steglich. Die gestrige Gemeindevertreter-Sitzung gab ihre Einwilligung zur Errichtung einer neuen Lehrstelle an der Gemeindefchule III und bewilligte die dazu erforderlichen Mittel. Der Gemeindevorstand beantragt die Aufnahme einer Anleihe bei der Kreissparkasse in Höhe von 700 000 M., wovon 500 000 M. zur Erbauung der Ober-Realchule und 200 000 M. zu Straßenbauten verwendet werden sollen; die Versammlung erhob den Antrag zum Beschluß. Die rapide Entwicklung unresr Borortes kam in einem weiteren Antrag zum Ausdruck, in welchem abermals eine Vermehrung des Personals des Bauamtes um zwei Mann gefordert wurde; 6000 M. wurden zu diesem Zweck bereitgestellt. Der fast zum ständigen Tagesordnungspunkt gewordene Titel „Nachbewilligungen beziehungsweise Etats-Über-schreitungen“ forderte auch wieder sein Opfer; für diesmal war der hartnäckige Geselle mit rund 16 000 M. befriedigt. Da in dieser Summe auch 800 M. zur Bearbeitung der vor langer Zeit ausgenommenen und vor noch viel längerer Zeit schon beschlossenen Wohnungsstatistik einbezogen sind, so nahm Herr Gemeindevertreter Fischer Gelegenheit, sich einmal nach diesem Stiefkind zu erkundigen. Aus der Antwort war zu entnehmen, daß „das Bumm“ zwar noch lebt, aber in der Entwicklung etwas zurückgeblieben ist; es ist indes zu hoffen, daß das Unglücksgeköp noch vor Erreichung des biblischen Alters sich seinen Erzeugern präsentieren wird. - Ein interessantes Eingeständnis machte der Amt- und Gemeindevorsteher Buhrow. Auf die Beschwerde eines Gemeindevortreters über den sehr mangelhaften Zustand der Zufahrtsstraße zur neuen Friedhofskapelle antwortete Herr Buhrow, daß es wegen starker Inanspruchnahme der Gemeinde-Arbeiter für andre dringende Arbeiten bis jetzt nicht möglich gewesen sei, diesen Weg völlig zu regulieren; diese Leute seien häufig von morgens 4 Uhr bis spät abends angestrengt thätig, um die Arbeit zu bewältigen. Da scheint ja glücklicherweise die Gemeinde Steglich den 16 stündigen Normalarbeitstag erreicht zu haben. Und nun sage noch jemand, daß wir nicht an der Spitze marschieren in puncto Socialpolitik. - Vor einigen Tagen erschien eine amtliche Bekanntmachung, welche besagte, daß vom 1. Juni ab die Büroauf-stunden auf dem Rathaus in die Zeit von früh 7 Uhr bis nachmittags 2 Uhr fallen. Demnach wird den Gemeinde-beamten der Segen des 16 stündigen Arbeitstages vorenthalten. Uns erscheint dies bitter unredlich.

Aus Schöneberg wird uns geschrieben: Die bringend notwendige Regulierung der Sedan- und Zougauerstraße wird anscheinend auf die lange Bank geschoben, da die Hausbesitzer gar nicht daran denken, das Vorgartenland an die Stadt abzutreten. Die Herren meinen, daß die Stadt ihnen schon kommen müsse. Inzwischen möge die übrige Einwohnerschaft infolge des elenden Zustandes der Straßen weiter zu Schaden kommen. Einen Teil der Schuld an diesen Verhältnissen trägt auch der Magistrat, der sich dem von der Stadt-verordneten-Versammlung geforderten Enteignungsverfahren widersetzt. Der Magistrat „hofft“ zwar, die Asphyktierung der Straßen-strecken noch in dieser Winterperiode vornehmen zu können, aber wer unre Hausagrarien kennt, wird nach den gemachten Erfahrungen dieser „Hoffnung“ nicht beitreten.

Spandau. Eine höchst bedauerliche Entartung der besonders von den Hiesig-Dunderianern propagierten „Selbsthilfe“ hat sich im Laufe der Jahre in den hiesigen Staatsbetrieben herausgebildet, so daß sich neuerdings die Direktionen der verschiedenen militär-technischen Institute zu energischem Eingreifen genötigt gesehen haben.

In verschiedenen Betrieben hatten sich einzelne der besser situierten Arbeiter zu einer kleinen Gruppe vereinigt, die dann unter dem harmlosen Vorwand, die Sparjamkeit unter sich zu pflegen, durch Vermittlung der einzelnen Mitglieder mit Nichtmitgliedern - ausschließlich Arbeitkollegen - Darlehnsgefäfte betrieben. Für die Darlehne liehen sich diese Arbeiterbankiers für je vierzehn Tage 5 Pf. Entschädigung auf die Mark zahlen; man gebrauchte dabei die Vorsicht, diese Entschädigung nicht als „Zinsen“ zu bezeichnen, weil man fürchtete, dadurch um so leichter mit dem bekannten Wucherparagrafen in Konflikt zu kommen. Deshalb bezeichnete man das kuroser Weise als „Strafgeld“, welches das Mitglied des betreffenden Sparvereins dadurch verwirkt habe, daß es irgend einen Beitrag aus der gemeinsamen Kasse entnahm, um ihn zu verleihen. Diese „Strafgelder“ mußte der Darlehnsnehmer natürlich an das Mitglied resp. den Darlehnsgeber zurückzuerstatten, und sie stellten eben, in dürren Worten gesagt, eine Verzinsung des ausgeliehenen Kapitals um 120 Prozent im Jahre dar. Die eingemittelten „Strafgelder“ teilte dann der „Sparverein“ am Schluß des Jahres unter seine Mitglieder. Nachdem wiederholt die Klagen Geschädigter laut wurden, beschaltigte sich auch die Presse hiermit, und daraufhin ist in allen Spandauer Staatsbetrieben ein eingehendes Ermittlungs-verfahren angestellt worden, mit dem Resultat, daß einigen der Haupt-beteiligten ihre Arbeit gekündigt und beratige Arbeiterklassen allgemein verboten wurden.

Reinickendorf. Der Centralverein für Arbeitsnachweis wendete sich mit dem Ersuchen an die Gemeinde, einen Bureauaum für Arbeitsvermittlung zur Verfügung zu stellen. Die Gemeindevertretung bewilligte diesen Raum und außerdem noch 100 M. als jährliche Beihilfe zu den Unterhaltungskosten. Gleichfalls wurden der Berliner Rettungsgesellschaft 100 M. als laufenden Beitrag überwiesen. Die Breslauer Diskontobank hat die Gemeinde zur Zahlung von 63 000 M. als Restsumme für Kanalisationsarbeiten verurteilt; die Zahlung wird mit dem Vermerken abgelehnt, daß verschiedene Teile der Kanalisation unbrauchbar waren. Dann wurden die Wahlen der Mitglieder der verschiedenen Verwaltungskommissionen vorgenommen. Genosse Schilling wurde in die Finanz- und Revisions-Kommission sowie in den Steuerauswahlgewählt, der Genosse Prange in die Kanalisationskommission. Der Vlag an der Berliner- und Schrammbeckerstraße-Ecke soll vergrößert werden und gärtnerische Anlagen sowie eine Bedürfnisanstalt erhalten. Die Dampfheizungs-Anlagen für den Neubau der 3. Gemeindefchule werden 18 000 M. kosten.

Aus Neu-Weichensee schreibt man uns: Die Amtsperiode des bisherigen Gemeindevorstehers Feldmann ist abgelaufen und am Montag wird eine Neuwahl durch die Gemeindevertretung vorgenommen. Wenn man nun glaubt, daß diese für eine Gemeinde doch gewiß wichtige Angelegenheit in der Öffentlichkeit besprochen werden müßte, da das Wohl und Wehe einer Gemeinde in der Hauptsache ganz von der leitenden Person abhängt, so irrt man sich. Im Gegenteil, in einer sogenannten „vertraulichen“ Versprechung wurden sich die Herren Gemeindevertreter einig, ohne weiteres den bisherigen Gemeindevorsteher wiederzuwählen. Man will also einen Mann auf wiederum 12 Jahre an die Spitze setzen, der durch Krankheit seit Jahren schon gezwungen war, eine geraume Zeit des Jahres außerhalb des Ortes zuzubringen. Mit Rücksicht auf die Eingemeindung von Weichensee, „Beweise sind nicht zu erbringen, daß es mit einem andern besser würde“, und „Wir wollen ihm doch das 25jährige Jubiläum als Gemeindevorsteher feiern lassen“, das sind die Argumente, welche die Herren bestimmte, sich mit dieser Angelegenheit abzufinden. Die Öffentlichkeit, die nicht gerade sehr erbauet von einer Wiederwahl Feldmanns ist, da man ihn zum Teil für so manche Mädelitätigkeit des Ortes verantwortlich macht, wird nicht gefragt. In einer Viertelstunde wird am Montag das Schicksal des Ortes auf zwölf Jahre besiegelt. Ein weiterer Beitrag zur Chronik.

Lichtenberg. Zum Bericht aus der Gemeindevertretung in der Nr. 129 des „Vorwärts“ wird uns herichtigend mitgeteilt, daß nicht Herr Plonz das Grundstück angekauft hat, um es jetzt zum zwanzigfachen Preise der Gemeinde als Krankenhaus-Bauplatz anzubieten, sondern daß Herr Plonz im Auftrage des Besitzers Herrn Löper das Angebot gemacht hat. Herr Plonz motivierte sein persönliches Eingreifen - auf seine Anregung sei das Angebot zurückzuführen - damit, daß es Pflicht jedes einzelnen Gemeindevortreters sei, Anschau nach einem möglichst für die Gemeinde günstigen Angebote zu halten. Interessant ist übrigens die Preissteigerung des fraglichen Terrains an der unregulierten Ruckstraße, das sich jetzt 15 Jahre im Besitze des Herrn Löper, eines durch „seine Arbeit“ zum Millionär gewordenen Erbeingesehnen des Dorfes, befindet. Der Morgen ist angekauft für 1500 M. und kostet heute nach dem „billigen“ Angebote des Herrn Plonz 32 400 M.; also in jedem Falle hat der Morgen Land gewiß nur durch die „Arbeit“ seines Besitzers 2060 M. an Wert zugenommen! Das macht 138,8 Proz. des Anlagekapitals pro Jahr. Bei 20 Morgen handelt es sich also um einen jährlichen Wertzuwachs von mehr als 40 000 M.

Im Dienst verunmält. Von der Arbeit heimkehrende Arbeiter sahen am Sonnabend in der siebenten Stunde von der Siegfriedstraße in Rigdorf (in der Nähe der Schwarzen Brücke im Zuge der Gertha- und Kirchhoffstraße) auf dem Geleise der Bahn einen Beamten liegen, der kurz zuvor überfahren sein mußte. Erst durch lautes Rufen gelang es ihnen, einige Arbeiter von einem in der Nähe gelegenen Gütergruppen aufmerksam zu machen. Die Bahnarbeiter und ein herbeigeeilter Zugführer erkannten in dem Verunglückten den Eisenbahn-Assistenten Ridel. Dem Bedauernswerten, der bei der Auffindung noch Lebenszeichen von sich gab, war der rechte Arm vollständig vom Körper getrennt, der linke Unterarm sowie das linke Aniegeglied hingen nur noch an den Sehnen, während das rechte Bein von der Anie ebenfalls abgefahren war. Auf einer schnell herbeigeholten Bahre wurde der Verunglückte fortgeschafft. Wie es möglich war, daß von dem Bahnpersonal niemand den Unglücksfall wahrgenommen, wird hoffentlich die Untersuchung ergeben. Hätten die Arbeiter den Verunglückten nicht gesehen, wäre er jedenfalls bald darauf von einem andern Zuge bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden.

Aus Suddeß Reich. Wieder ist ein Rangierer im Dienste tödlich verunglückt. Der 37 Jahre alte Schaffner Johann Fischer aus der Margaretenstraße 2 zu Lichtenberg, der seit 12 Jahren auf der Ostbahn beschäftigt ist. Am vergangenen Montagmorgen hat er auf dem Bahnhof Frederdsdorf Rangierdienst. Als er einen Wrenserfzug besetzen wollte, fiel er, während der Güterzug sich in Bewegung setzte, von der vierten Stufe herab. Ein Rad ging ihm über Brust und Schulter. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus Verhanten gebracht. Er erlag dort seinen Verletzungen und hinterläßt seine Frau mit sechs Kindern im Alter von 1 bis 9 Jahren.

Bestialische Mißhandlungen seiner achtjährigen Stieftochter führten den Böttchermeister Julius Merzig aus Adlershof vor die erste Strafkammer des Landgerichts II. Die Frau des Angeklagten hat ein uneheliches Kind mit eingebracht, welches bis zum vorigen Jahre auswärts in Pflege gegeben war, dann aber vom Stiefvater nach Hause genommen wurde. Von jetzt ab begann für das Kind eine wahre Leidenszeit. Unter den ärmsten Verhältnissen in einer Kellerwohnung hausend, war es täglich den brutalsten Mißhandlungen seitens des Angeklagten ausgeleitet. Eines Tages schickte er das Mädchen zu einer Nachbarin, um 3 M. zu borgen. Es kam mit leeren Händen zurück und mußte dafür eine gewaltige Tracht Prügel einstecken. Dann mußte sie den Verluh bei der Nachbarin wiederholen. Als das Kind wieder keinen Erfolg hatte, getraute es sich aus Furcht vor Schlägen nicht nach Hause. Es wurde von Spaziergänger im Walde angegriffen und nach dem Gemeindehause gebracht, von wo es den Eltern wieder zugeführt wurde. Der Angeklagte züchtigte das Kind mit einem vierkantigen Stod bis es blutete. Nachbarn erstatteten Anzeige. Der Gerichtshof ließ den Unmensch mit einem Monat Gefängnis davonkommen, während der Staatsanwalt neun Monate beantragt hatte.

Vermischtes.

Solingen, 4. Juni. Ein Verbrechen, das schon Pfingsten verübt worden ist, wurde heute entdeckt. In der Remscheider Thalperre wurde die Leiche eines 26jährigen Mannes aufgefunden. Die Hirschsäle war zertrümmert, in den Taschen fand man Steine. Um den Körper war ein Riemen geschlungen, an dem sich ein Strick befand, an dem anscheinend mehrere größere Steine befestigt gewesen waren, so daß die Leiche längere Zeit unter Wasser blieb. Aus vorgefundenen Papieren geht hervor, daß der Ermordete ein Wäcker Goldberg aus Solingen ist; derselbe war zuletzt in Vonn beschäftigt und zu Pfingsten zum Besuche seiner Braut von dort nach Remscheid gefahren. Alsdann war er plötzlich verschwunden und dürfte, wie sich jetzt herausstellt, ermordet worden sein.

Katastrophe auf einem Dampfer. Das Memeler „Dampfsboot“ meldet: Als gestern der Schleppdampfer „Roland“ eine Anzahl Dorfschiffer auf die See begleitete, plökte auf demselben ein Dampfrohr. Sieben Fischer, welche sich wegen eines aufkommenden Sturmes an Bord des Dampfers begeben hatten, wurden verbrüht. Drei von ihnen wurden getötet, die vier andern schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Der Loffendampfer „Schludmann“ brachte heute mittag den manövrierunfähigen gewordenen „Roland“ ein.

Ein schweres Grubenunglück ereignete sich, wie man aus Waldenburg meldet, gestern im Bahnschacht der dem Fürsten von Pleh gehörigen Fürstensteiner Gruben. Drei Verghauer wurden verschüttet und getötet. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Ein gräßlicher Kindesmörder? Großes Aufsehen ruft in Dresden die Freitagmittag auf Anordnung der Staatsanwaltschaft erfolgte Verhaftung des aus Oesterreich (Wranau) gebürtigen Grafen Kossiquier de Miramont hervor. Er soll verdächtig sein, sein 4 1/2 Jahre altes, unehelich geborenes Kind am Pfingstoch durch Herunterstürzen von der Treppe mißhandelt und dadurch den Tod des Kindes absichtlich herbeigeführt zu haben. Der Graf bewohnte mit Dienerschaft mehrere Zimmer in einem Pensionat auf der Christianstraße. Dort kam, wie es anfangs hieß, das Mädchen des Grafen auf der Treppe zu Fall, stürzte herab und erlag nach wenigen Stunden seinen schweren Verletzungen. Jetzt soll der eigne Vater den Tod des Kindes herbeigeführt haben. Der Graf, ein stattlicher 34jähriger Mann mit großem Grundbesitz in Oesterreich, beteuert vor dem Untersuchungsrichter fortgesetzt seine Unschuld.

Von einem riesigen Walfischschwarm weiß Kapitän Contwell, der kürzlich in Philadelphia angekommen ist, zu erzählen. Was er mitteilt, übertrifft alle Erzählungen der ältesten Kapitäne über Walfische. An Bord seines Schiffes „Thomas Winsmore“ erspähte er auf dem 37. Grad nördlicher Breite und dem 74. Längengrad einen großen Schwarm von Walfischen jeglicher Größe. Dreißig englische Meilen fuhr das Schiff an vielen hundert Walfischen vorbei, so weit das Auge reichte, erstreckten sich die Schwärme zu beiden Seiten des Schiffes.

Danach scheinen die Walfische der nördlichen Meere auszuwandern zu wollen.

Einem furchtbaren Tod im Kampf mit einem Löwen fand in Somaliland der englische Major Ewing. Der Major hatte gehört, daß ein Mann und ein Pony von einem Löwen getötet worden waren, und ging ins Feld, um auf das Raubtier Jagd zu machen. Er folgte mit einem andern Offizier der Fährte des Löwen, als dieser plötzlich aus einem Gras- und Dornendickicht hervorkam und nur umgefähr zwanzig Meter entfernt von ihnen stand. Der den Major begleitende Offizier feuerte, vertumdete das Tier aber nur, das jetzt gerade auf die beiden Jäger losging. Diese versuchten dem Ansprung des Löwen seitwärts auszuweichen, Major Ewing verwickelte sich jedoch mit dem Fuß im Gras und fiel hin, wobei er sein Gewehr verlor. Im nächsten Augenblick stand der Löwe über ihm, riß ihm mit einem Schlage die Schenkel auf und zerfleischte ihn furchtbar. Der Begleiter des Majors feuerte mehrere Schüsse auf den Löwen ab, den er aber erst mit dem dritten Treffer tötete, jedoch zu spät, um den Major zu retten, der fünf Stunden später unter furchtbaren Schmerzen starb.

Das verschwundene Augenglas. Einen „unersehlichen Verluh“ hat die „deutsche Augenheilunde“ und mit ihr die gesamte wissenschaftliche Welt zu beklagen: das Augenglas des Kurpfuschers Schröder in Tilsit ist spurlos verschwunden. Man wird sich noch des Riesenprozesses gegen den Magnetopathe Max Schröder erinnern, der sich im März dieses Jahres vor der Strafkammer in Tilsit abspielte und mit der Verurteilung des streupfiosen Kurpfuschers zu einer empfindlichen Gefängnisstrafe endete. Zu gleicher Zeit wurde seitens des Gerichts auf Einziehung des von dem Angeklagten bei seinen Ruten zur Anwendung gebrachten „Augenpiegels“ erkannt. Dieser Augenpiegel bildete gewissermaßen das A und O der Schröderischen Heilmethode, die im übrigen noch psychologisch-physiologisch-physikalisch-diätetisch-hydro-terapeutisch-magnetisch-spiritistischen Grundfägen erfolgte. Mittels dieses Augenpiegels wollte Schröder bekanntlich in den Augen bestimmte „Reichen“ für das Leiden seiner Patienten entdecken haben, und zwar behauptete er, daß man durch dieses Glas im Auge bestimmte Krankheitslinien sehen könnte, und ebenso, daß die Ablagerung medizinischer Gifte im Körper des Kranken durch dieses Glas erkennbar sei. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nach dem Augenglas haben sich sogar bis nach Berlin erstreckt, wo gestern ein Journalist, der in der damaligen Verhandlung zugegen war, einem hochnotpeinlichen Verhör über den Verbleib des Glases unterworfen wurde. Natürlich konnte dieser ebensovientig wie die übrigen Prozeßbeteiligten eine Auskunft geben.

Einem verzweifelten Kampf mit Riesenschlangen hatten drei Wärter der Central-Park-Menagerie in New York. Die Wänner waren in einen großen Käfig gegangen, in dem sich elf Riesenschlangen, darunter einige bis 12 Fuß lang, befanden. Den Reptilien sollte mit einer Spritze Medizin zugeführt werden, aber drei der größten wurden plötzlich rasend und griffen die Wärter an. Sie sprangen auf die Männer zu und versuchten wiederholt, sie mit den Zähnen an den Hals zu packen, sich um sie zu winden, und sie dann zu zermalmen. Eine Schlange schlug ihre Zähne in den Daumen eines Wärters und brachte ihm schwere Wunden bei. Die Zähne mußten mit einem Sefel geöffnet werden, ehe der Mann befreit werden konnte. Ein anderer Wärter trug eine schwere Quetschung am Bein davon. Nachdem Hilfe herbeigerufen war, wurden die Schlangen überwältigt und ihnen die Medizin ausgezungen.

Extra-
Preise

Warenhaus

A. Wertheim

Montag
Dienstag
Mittwoch

soweit der Vorrat reicht:

Damen-Wäsche

Taghemden Vorderschluss mit Spitze 1.45	Taghemden mit Stickerei u. Durchbrucharbeit 2.40
Taghemden mit Spitze 1.65	Beinkleider dazu passend 2.75 Mk.
Taghemden mit Spitze 1.55	Taghemden mit weiss. u. farbigem Hohlbaum 2.25
Taghemden mit Stickerei-Ein- u. Ansatz 2.45	Beinkleider dazu passend 2.35 Mk.
Beinkleider dazu passend 2.75 Mk.	Nachthemden m. bunt. Borden 3.40
Taghemden mit handgestickten Madeira-Passen 2.50 u. 3 Mk.	Nachthemden mit Stickerei u. Volant 3.85
Beinkleider mit Stickerei-Volant 1.45, 1.65, 1.70, 2.10 Mk.	Spitzenröcke mit Valenc. Spitzen 6.75 Mk.
Nachtjacken Renforcé mit Stickerei-Volant 1.90, 2.45 Mk.	Barchentröcke mit Stickerei 2.25, 2.70 Mk.
	Renforcéröcke " 2.20 Mk.

Damen-Konfektion

Bluse aus gestreiften oder karierten Stoffen, mit Paspel und Falten aus bedrucktem Kattun mit Säumchen und Paspel 2.80	Piqué-Kleiderrock 7 teilig mit Blenden 3.90
Bluse 2.90	Leinen-Kleiderrock fussfrei mit Blend. u. Stepp. 4.90
Wollmusselin-Bluse mit Ziehung und Paspel, ganz gefüttert 5.75 Mk.	
Piqué-Kostüm spitze Jacke, Rock mit Blenden 11.75	Unterrock Säumchen und Einsatz 5.40
Kleid aus imitiert. Musselin, mit Paspel und Stickerei-Einsatz 12.25	Mohair-Unterrock Säumch.-Volant mit hohem aufgesetztem Volant reich gezogen 4.75
Unterrock Halbleinen, plüsiert Volant m. Einsatz 2.65	Mohair-Unterrock 7.50
Kinderkleider weiss Batist, Passe und Volant mit Stickerei	Länge ca. 50 55 60 cm 2.45 2.65 2.95

Ein grosser Posten

Abgepasster Roben

halbfertiger Rock und dazu passender Stoff nebst Spitzen-Einsätzen zur Taille bis zur Hälfte der regulären Preise

Reinwoll. Voile-Roben 18.50, 22.50, 25.50	Schantung-Roben (chinesische Rohseide) 22.50 u. 26 Mk.
---	--

Die während der Saison angesammelten

Reste und Coupons

in Seide, Wollstoffen und Waschstoffen für Blusen und Kleider werden an diesen Tagen zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft.

Ein Posten feiner Schweizer Stickereien zur Hälfte der regulären Preise

Herren-Lustrejackets

schwarz und farbig

4.60 Mk.

bedeutend unter dem regulären Werte

Damen-Waschkleider

Jacken- und Blusen-Façons, grösstenteils Drell u. Leinen

Serie I 10.50	II 13.75 Mk.
Wert 13-16	17-23 Mk.

Seiden-Blusen

elegante Streifen-, Karo- und Chiné-Muster, Vorderteil mit Falten oder gezogen, ganz gefüttert

9.85 u. 17 Mk.

Knaben-Waschanzüge

biau/weiss gestreift

ca. 3-4 3 Mk.	5-6 4.25 3.75 5 Mk.	7-8 Jahr 4.50 5.75
---------------	---------------------	--------------------

bedeutend unter dem regulären Wert.

54412*

Nach beendeter Saison Ausnahmepreise

Ein Partio imit. Smyrna-Teppiche

ein farbenprächtiges ganz neues Gewebe in echt orient. Mustern

90x165cm M.	4.65 (Wert 6.50)
130x195 "	7.85 " 11.50
160x230 "	12.25 " 17.50
200x300 "	17.50 " 24.00
250x350 "	25.00 " 33.00
300x400 "	33.00 " 46.00

Selten günstige Kaufgelegenheit für Hotels, Pensionate etc.

Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich - Specialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S., Oranienstr. 158.

Pracht-Katalog etwa 600 Abbildungen gratis und franco.

Der Inventur-Verkauf beginnt in allen Lager-Abteilungen Montag, den 6^{ten} Juni. Gelegenheits-Angebote. — Ermässigte Preise.

Berlin W. 25 Leipzigerstr.

J. V. Grünfeld Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberei.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden. Bestellungen n. Ref. tabell. Mus. Werkstoff im Hause. J. Kurzberg, Neue Königstr. 47. Direkt am Alexanderplatz.

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmässiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bade Berlin-Ost im: Bad Frankfurt Ritter-Bad

Gr. Frankfurterstrasse 138. Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstrasse.

Medizinische Bäder aller Art in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

2 Wannens-Bäder mit je 2 Handtüchern 0,75 Mk. (40 Minuten Badeseit.)

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Dampfer für Vereine u. Gesellschaften empfiehlt Robert Ried, Dampfheizbefeher, Caprivistrasse No. 4. 53512*

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Nichts ist einfacher als sich Cognac, Rum, Brantweine u. Liqueure etc. selbst zu bereiten, wenn Original-Reichel-Essenzen Marke „Lichterz“ kaufen. Sie sind die reinsten und im Gebrauch Billigste. Nachweislich Beste, Bewährteste und im Gebrauch Billigste. Keine Kunstprodukte, keine Imitationen, sondern natürliche Destillate und Extrakte in höchster Vollkommenheit. — Sie wissen was Sie trinken und Sparen bis um das Zehnfache!

Neu aufgenommen: Essenzen für „Alkoholfreie Liqueure“.

Reichel's Fruchtssyrup-Extrakte das Aroma frischer Früchte enthaltend, zum Selbst-einkochen feinsten Limonade-Syrups v. natürlich. Fruchtgeschmack. Ein Pfund stellt sich fix und fertig auf nur 30 Pf.

Vorzüglich zu Limonaden, Selters, Weissbier sowie Puddings u. Speisen. Vorrätig in Himbeer, Kirsch, Erdbeer, Ananas, Pfirsich usw. 1/2 Fl. 75 Pf. * 1/2 Fl. 50 Pf.

Reichel's Bowlen-Extrakte aus frischen Früchten bereitet, geben zu jeder Jahreszeit hochfeine Weinbowlen von unerreicht natürlichem Aroma u. zartem Wohlgeschmack, genau wie aus frischen Früchten. Vorrätig in: Ananas, Apfelsinen, Erdbeer, Pfirsich, Waldmeister etc. a. Flasche 50 Pf.

Reichel's Essig-Essenz von höchster Reinheit zur sofortigen Herstellung von billigstem u. bestem Speise- u. Einmach-Essig in bekannten Originalfl. M. 1.-, * 1/2 Fl. 50 Pf.

In hunderttausenden Haushaltungen im Gebrauch!

Wertvolle illustrierte Broschüre „Die Destillation im Haushalte“ gratis!

Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4. Grösste Spezialfabrik Deutschlands.

Es ist allein das Original-„Lichterz“ alles andere nur Nachahmung! Produkt mit Marke „Lichterz“ dero nur Niederlagen in ganz Deutschland, kenntlich durch meine Plakate, wo nicht erhältlich Versand ab Fabrik.

Kinderwagen-Bazar „Baby“ S. Kaliski.

Zentrale: Invalidenstr. 160.

Filialen: Beusselstr. 18. Frankfurter Str. 115. Potsdamer Str. 200. Reinickendorfer Tauenzienstr. 7a. Strasse 20. Oranienstr. 31. Belleallianenstr. 107. Brunnenstr. 92.

Zeitigung gefaltet, bel. größeren Ratea Aufpreiss. 12, 15, 00-100.00

ben 45.00 an.

Special-Abteilung für Nähmaschinen aller Systeme unt. spezieller Leitung d. Inhabers, welcher eine 25jähr. Erfahrung in dieser Branche besitzt. Lieferg. auch ohne Anzahlung 1.00 w. Unterricht im Nähen und Sticken gratis. Alte Maschinen nehmen in Zahlung. Eigene Reparaturwerkst.

8, 10.00-60.00.

Lieferant des Best-Spar-u. Fortschritts. 20, 27.50 bis 200.00.

Auf Wunsch kommt Vertreter mit Katalog.

Charlottenburg, Wallstr. 1. F. Kunstmann, 53402*

Uhren u. Goldwaren. Grosse Auswahl in modernen Zimmer-Uhren. Reparaturen sorgfältig, schnell, billigst.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 4. Juni 1904.

Reichs- und Staatsanleihen.

Kurschwankungen der deutschen Staatspapiere. — v. Rheinbaben's Ausfall gegen die Sparlaffen. — Ludwig Delbrück's Artikel „Reichs- und Staatsanleihen“ in den Preussischen Jahrbüchern. — Kursbewegung deutscher und ausländischer Staatspapiere. — Einfluss der wirtschaftlichen Konjunktur auf den Kurs der Rentenwerte. — Anlegung von Sparlaffengeldern in staatlichen Anleihepapieren. — Versicherungsgesellschaften und Anleihen. — Kapitalisten- und Arbeiterinteresse.

Die Frage, wie die starken Kurschwankungen der deutschen Reichs- und der preussischen Staatsanleihen verhindert oder zum wenigsten abgeschwächt werden könnten, gehört seit der letzten Reichsanleihe am 17. April 1903 und der bald nach der Emission einsetzenden rückläufigen Kursbewegung zu den stehenden Rubriken der kapitalistischen Presse. Und tatsächlich berührt diese Frage nicht nur die Interessen der Bankfinanz und der Rentenbesitzer, sondern sie hat über diesen Kreis der Rücksichtsbeteiligten hinaus eine gewisse allgemeine staatswirtschaftliche Bedeutung, da bei der trüblichen Finanzlage des Reichs und größtenteils auch der Einzelstaaten in nächster Zeit eine fortgesetzte Inanspruchnahme des Kredits durch neue Anleihen zu erwarten ist. Drohte zeitweilig die Diskussion einzuschlafen, fand sich stets aufs neue ein Anlaß, sie wieder anzufachen. Besonders hat die vom Finanzminister v. Rheinbaben am 21. April dieses Jahres im Preussischen Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede, die sich zu einem ganz unerwarteten Angriff auf das heutige Verwaltungssystem der Sparlaffen zuspitzte, neuen Stoff zu langen Ausführungen geliefert. Die liberale Handelspresse griff diese Rede sofort auf — meist am die von Herrn v. Rheinbaben geäußerten Bedenken gegen die massenhafte Anlegung der Sparlaffengelder in Hypotheken für gänzlich unbedeutend zu erklären und als Rezept zur Verbesserung des Kursniveaus der Anleihen die Gewährung „angemessener“ Provisionen an die Emissionsbanken und höherer Zinsen an die Käufer der Anleihepapiere zu empfehlen.

Und es muß zugegeben werden, in der Rede des Herrn Finanzministers findet sich mancher ansehnliche Passus, zumal wenn man die sonstige Haltung des Herrn v. Rheinbaben in wirtschaftlichen Fragen in Betracht zieht. Es macht einen seltsamen Eindruck, wenn ein Minister, der sich für die Freipolitik der Kartelle und das Scherliche Lotteriesparlaffensystem begeistert, plötzlich das Interesse der kleinen Sparer in den Vordergrund schiebt und sich von bungen Sorgen um die Liquidität der Sparlaffen plagt, anstatt einfach einzusehen — was ihm als Finanzminister niemand verdenken kann — daß es sich für ihn einfach um eine Kurssteigerung der Anleihewerte durch eine Vergrößerung der Nachfrage handelt.

Aber andererseits ist es genau ebenso absurd, wenn die kapitalistische Presse ihren Widerstand gegen das Eingreifen des Staates in die Verwaltung der Sparlaffen, Lebens- und Feuerversicherungs-Gesellschaften etc. mit ihrer Besorgnis um die Interessen der kleinen Leute motiviert, die ihre Ersparnisse in Sparlaffen anlegen, während sie gleichzeitig, wie ihre Vorkämpfer deutlich erkennen lassen, einestheils nur die bekannte Manchesteridee vertritt, daß die sogenannte „natürliche“ Entwicklung des Wirtschaftsgetriebes durch staatliche Eingriffe nicht gehindert werden darf, und andernteils nur die Interessen bestimmter Finanz- und Kapitalgruppen im Auge hat.

Einen interessanten Beitrag zu dieser Frage der Kursstabilisierung der Staatsanleihen liefert jetzt Herr Ludwig Delbrück, der Chef des Bankhauses Delbrück, Leo u. Co., in einem „Reichs- und Staatsanleihe“ überschriebenen Artikel der „Preussischen Jahrbücher“ (Juni-Heft). Herr Delbrück ist Großbankier, und vom Standpunkt des Bankfinanziers ist auch die Abhandlung geschrieben; aber sie bietet erstens ein außerordentlich umfangreiches, gut durchgearbeitetes statistisches Material und beweist ferner, daß der Verfasser nicht nur spezielle Fach-, sondern zugleich theoretisch-volkswirtschaftliche Kenntnisse besitzt; zudem aber hält sich die Arbeit von jener Interessenten-Einseitigkeit, die, wie in den Erörterungen über die Börsenreform, so auch jetzt wieder in der Diskussion der Vorlesung über die Anleihefrage hervortritt, im ganzen frei.

Der Verfasser stellt zunächst in übersichtlichen Tabellen fest, daß die dreiprozentige Reichsanleihe seit 1891 um nicht weniger als 17,55 Proz. gesunken hat, nämlich zwischen 82,75 und 100,80 Proz., während die dreieinhalbprozentigen Reichsanleihen von 106,70 Proz. im Jahre 1896 auf 92,75 Proz. im Jahre 1900 fielen, um dann im Jahre 1902 wieder auf 103,80 Proz. zu steigen, so daß sich die Kursdifferenz zwischen dem niedrigsten und höchsten Stand auf 12,95 Proz. stellte. Im vorigen Jahre betrug der Kursunterschied bei den dreiprozentigen Renten 3,55, bei den dreieinhalbprozentigen 1,9 Proz. Weiter weist Delbrück nach, daß sich seit 1890 die jährliche Zunahme des Umlaufs an Reichs- und preussischen Staatspapieren auf etwas über 300 Millionen Mark beläuft und sich der Zinsertrag der dreiprozentigen Papiere in den Jahren 1900/02 durchschnittlich auf 3,29 Proz., der dreieinhalbprozentigen auf 3,46 und der dreieinhalbprozentigen lombardierten Anleihe (1898—1902) auf 3,65 Proz. stellte. Dagegen hat im letzten Jahrzehnt bei dem beträchtlich niedrigeren durchschnittlichen Zinseszins von 2,97 Proz. die französischen dreiprozentigen Renten nur um 6,11 Proz. im Kurse gesunken, die englischen Konfols bei einem mittleren Zinseszins von 2,88 Proz. (wenn man die inzwischen erfolgte Verminderung des Zinsfußes um 1/2 Proz. in Anschlag bringt) nur um 11 Proz., obgleich in diesen Jahren das englische Budget mit den enormen Kosten des Boererkrieges, etwa vier Milliarden Mark, belastet wurde, und diese Belastung naturgemäß stark auf den Kursstand drückte.

Bei höherem Zinseszins sind also die deutschen Reichs- und preussischen Staatspapiere weit weniger stabil als die englischen und französischen Staatspapiere. Woher kommt das? Beruht dieser Unterschied allein auf dem größeren Kapitalreichtum Englands und Frankreichs oder kommen dabei gewisse zufällige Umstände oder bestimmte im Laufe der deutschen Wirtschaftsentwicklung entstandene historische Momente in Betracht?

Delbrück erörtert die Ursache der größeren Stabilität der englischen und französischen Staatspapiere in der besseren Organisation der dortigen Nachfrage nach solchen Werten. Gewisse Schwankungen, erklärt er, sind natürlich bei Staatsanleihen niemals ausgeschlossen, da die wirtschaftlichen, wie die politischen Verhältnisse fortwährend auf den Kurs einwirken, aber dafür, daß diese Schwankungen in Deutschland größer sind als in anderen hochentwickelten Kulturländern, liegt ein sachlicher Grund nicht vor; der Grund liegt vielmehr allein in gewissen Mängeln unserer Kreditorganisation. Mängel, die um so schädlicher sind und um so empfindlicher wirken, als sie gewissermaßen einen circulus vitiosus hervorrufen: weil der Käuferkreis zu klein ist, ist der Kurs sehr schwankend, weil der Kurs schwankt, ist das Papier unbeliebt und der Käuferkreis wird noch kleiner, als er ohnehin ist.

Daß absolut kein sachlicher Grund für die größeren Schwankungen der deutschen Staatspapiere vorhanden sei, ist denn doch vom Verfasser zu viel behauptet. Deutschland hat im letzten Jahrzehnt eine wirtschaftliche Aufschwungsperiode erlebt, wie sie England und Frankreich in gleicher Weise nicht hatten. Massenhaft wurden in Deutschland nicht nur neue industrielle Gründungen vorgenommen, sondern auch die Kapitalien der alten Unternehmungen vergrößert. Im Jahre 1895 betrug das Nominal-Kapital der im Deutschen Reich neugegründeten Aktiengesellschaften nur 251, 1897 aber schon 880, 1898 = 484 und 1899 = 544 Millionen Mark, und rechnet man zusammen, was allein an deutschen Industrie-Aktien und Obligationen, Bankaktien, Staatsanleihen und Pfandbriefen den Hypothekenbanken während der vier Jahre 1897/1900 dem deutschen Markt zugeführt worden ist, erhält man die respectable Summe von über elf

Milliarden Mark. Es ist aber selbstverständlich, daß in solchen Zeiten ein großer Teil des Kapitals, das sonst in Staats- resp. Rentenpapieren angelegt werden würde, angelockt durch den höheren Zinsfuß, in andere Wertgegenstände Anlage sucht und findet. Man braucht nur die Jahresdurchschnittskurse der Reichsanleihe und der preussischen Konfols während des letzten Jahrzehntes zu verfolgen, um sofort auf diesen Zusammenhang zu stoßen. Der Kurs der dreiprozentigen Reichsanleihe stellte sich z. B. im Jahresdurchschnitt 1895 auf 98,91 und 1896 auf 99,22 Proz. Als dann der Aufschwung sich ausbreitete fiel der Kurs mehr und mehr. Er stellte sich 1899 auf 90,71 und in 1900 gar nur auf 86,74 Proz. Nach Eintritt der Krise stieg er aber wieder und stellte sich 1902 auf 92,18 Proz. Auch noch einige andre Umstände: die Emission fremder Renten auf dem deutschen Markt; der Abfluß großer Summen nach dem Ausland etc. kommen in Betracht; aber selbst, wenn man alle diese Momente berücksichtigt, bleibt bestehen, daß in Frankreich und England die Kurse der Staatspapiere weit stabiler sind, als in Deutschland. Es ist ganz zweifellos, daß wenn die deutschen Finanzen in ähnlicher Weise durch einen Krieg erschüttert worden wären, wie die englischen durch den Boererkrieg, die Kurse der deutschen Reichsanleihen sich weit weniger widerstandsfähig erweisen haben würden. Und ebenso zweifellos ist, daß die größere Festigkeit der betreffenden englischen und französischen Kurse auf der ausgedehnteren, fester organisierten Nachfrage nach solchen Anlagewerten in diesen beiden Ländern beruht.

Delbrück stellt die Frage: Wie ist diese vermehrte, festere Nachfrage auch in Deutschland zu erreichen? Als Mittel zu diesem Ziel empfiehlt er, daß die Sparlaffen, Lebens- und Feuerversicherungen ihre Gelder in stärkerem Maße als bisher in deutschen Staatspapieren anlegen, und außerdem schlägt er vor, auch die großen Banken und industriellen Aktiengesellschaften sollten den überwiegenden Teil ihrer Reservefonds zu solchen Anlagen benutzen. Doch will er als Großbankier, der eine Scheu vor staatlichen Reglementierungen hat, von einem Eingriffe des Staates nichts wissen: Alles soll der freien Vereinbarung, der besseren Einsicht und dem Zwang der Sitte vorbehalten bleiben. Damit natürlich gar nichts geändert wird.

Delbrück weist unter Verdringung eines umfangreichen statistischen Materials nach, wie weit die Nachfrage nach Staatspapieren schon allein dadurch steigern würde, wenn die Sparlaffen nach dem Vorschlage des Finanzministers nur den sechsten Teil ihrer Gelder in Staatspapieren anlegen würden. Er weist nach, daß die preussischen Sparlaffen nur etwa den zehnten Teil des zu ihrer Verfügung stehenden Kapitals in Staats- und Reichsanleihen angelegt haben, während beinahe drei Fünftel in Hypotheken angelegt sind. Dagegen ist in Frankreich der weitaus größte Teil der Sparlaffen einlagen, nämlich fast 3/4 Milliarden Mark, in französischen Staatspapieren angelegt, und noch anschließlicher werden in England die Kapitalisten der Sparlaffen, auch der Privatbanklaffen, zum Ankauf britischer Staatspapiere verwendet, so daß 27 1/2 Proz. der gesamten englischen Staatspapiere im Besitz der Sparlaffen sind.

Daß es vielen Sparlaffen nicht schaden könnte, wenn ihre Anlagen in Hypotheken etwas beschnitten würden, ist sicher; ihre Liquidität würde dabei entschieden gewinnen. Sind auch die Angriffe, die der Finanzminister in seiner vorhin erwähnten Rede gegen die Hypothekenanlagen der Sparlaffen richtete, in ihrer Allgemeinheit übertrieben, so muß andererseits doch berücksichtigt werden, daß die sich gegen jene Auslassungen richtenden Kritiken der Handels- und Börsenpresse nicht von eigentlich sachlichen Motiven diktiert sind, sondern von der Befürchtung, daß die Aufnahme von Hypotheken durch eine größere Festlegung von Sparlaffengeldern in Staatspapieren erschwert werden könnte.

Allerdings einer ausschließlichen oder auch nur hauptsächlichlichen Anlage der Spargelder in Staatspapieren möchten wir nicht das Wort reden; erstens weil dadurch bei dem relativ niedrigen Zinseszins dieser Papiere die Zinsverzinsung, welche die Sparer erhalten, ziemlich herabgedrückt werden könnte, wie denn auch die englischen Sparlaffen durchschnittlich nur 2 1/2 Proz. Zins geben; zweitens aber, weil unter gewissen Umständen, z. B. im Fall eines Krieges, wenn eine starke Zurückziehung der Einlagen erfolgt, die Sparlaffen genötigt sein würden, einen großen Teil ihrer Staatspapiere entweder bei der Reichsbank zu lombardieren oder zum Verkauf auf den Markt zu werfen. Weit mehr würde es sich daher empfehlen, daß die Lebens- und Feuerversicherungs-Gesellschaften in der einen oder anderen Form gezwungen würden, einen Teil ihrer Gelder in deutschen Staatspapieren anzulegen. Im Jahre 1902 hatten 30 der größten deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften eine Prämienreserve von 2219 Millionen Mark, von denen nur 27,5 Millionen, also etwa 1 1/2 Proz., in deutschen Staatspapieren angelegt waren. Dagegen hatten nach einer Statistik der englischen Lebensversicherungs-Gesellschaften, die Delbrück heranzieht, diese 6 Proz. ihrer Prämienreserve in englischen Konfols angelegt, außerdem aber noch mehr als 6 Proz. in indischen und englisch-kolonialen Regierungssicherheiten und ferner etwa 4 1/2 Proz. in guten fremden Staatspapieren. Etwas größer als der Vermögensbestand der Lebensversicherungs-Gesellschaften ist jener der deutschen Feuerversicherungs-Gesellschaften an Staatspapieren, wieweil auch in dieser Beziehung England einen zweiten Vorsprung hat.

Schließlich konnten aber auch die großen Banken und industriellen Aktiengesellschaften angehalten werden, den größten Teil ihrer Reservefonds in Staatspapieren anzulegen. Das wäre noch immer äußerst wenig im Vergleich zu England. Dort hatten die Clearinghouse-Bankers, d. h. die Mitglieder der Abrechnungsgesellschaft, die unter den Londoner Banken den ersten Rang einnehmen, bei einem eingezahlten Kapital von 617 Millionen Mark und 401 Millionen Mark Reserven beinahe 1068 Millionen Mark in britischen Staatspapieren im Besitz, d. h. mehr, als ihr gesamtes eignes Kapital betrug. Dagegen berechnet Delbrück, daß damals die zwölf größten Berliner Banken mit einem Aktienkapital von 908 Millionen Mark und ca. 233 Millionen Mark Reserven nur 30 bis 40 Millionen Mark in Reichsanleihe-Werten und preussischen Staatspapieren angelegt hatten.

Alle Bedenken, die gegen eine stark vermehrte Anlegung von Sparlaffengeldern in Staatspapieren geltend gemacht werden könnten, treffen in bezug auf diese Gesellschaften nicht zu. Allerdings würden dadurch deren große Gewinnüberschüsse, wenn auch nur in geringem Maße, geschmälert werden, und diese Wirkung ist es, welche die kapitalistische Presse gegen allen Zwang in jener Richtung einnimmt. Aber das kapitalistische Interesse ist in diesem Falle ebenso wenig wie sonst mit dem der Gesamtheit oder dem der Arbeiterschaft identisch. Wird durch diese Maßnahmen der Gewinn der Versicherungsgesellschaften, Banken etc. vielleicht um ein geringes erniedrigt, so erhält andererseits bei neuen Anleihen der Staat einen höheren Geldwert und zahlt demnach auch einen entsprechend niedrigeren Zins für seine neuen Schulden; d. h. die großen Gesellschaften leisten gewissermaßen indirekt einen Beitrag zur Verzinsung der Staatspapiere.

Aus der Frauenbewegung.

Kommunale Tätigkeit der Frau.

Am die in der Partei tätigen Frauen eingehender über Kommunalangelegenheiten, zumal über Schulwesen, Waisen- und Armenpflege, zu informieren, hatten sich die Vertrauenspersonen der Berliner Genossinnen an den Stadtverordneten Genossen Heiman mit der Bitte gewandt, über einschlägige, an ihn gerichtete Fragen Aufklärung geben zu wollen. Genosse Heiman jagte bereitwillig zu und hat sein Verprechen in dankenswerter, belehrender Weise eingelöst. Er betonte dabei von vornherein, daß seinen Auskünften Schranken gezogen seien. Unsere Genossen im Stadtverordneten-

Kollegium erfahren nämlich von den inneren Schulangelegenheiten nur sehr wenig, da keiner von ihnen der Schulkommission angehört. Ihnen werden bloß von Zeit zu Zeit die Etats vorgelegt, und durch die Prüfung derselben erhalten sie nur einen teilweisen Einblick in die Schulangelegenheiten. Trotz wiederholter Anträge seitens unserer Genossen ist die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für alle Kinder noch nicht eingeführt, und es wird wohl auch noch geraume Zeit verstreichen, ehe das geschieht. Angesichts der traurigen Verhältnisse, in denen sehr viele kinderreiche Familien leben, sind es daher nur verschwindend kleine Summen, welche für die Schulbücher besonders bedürftiger Kinder von Seiten der Gemeinde verausgabt werden. In früheren Jahren rühmten sich unsere Gegner im Stadtparlament, reichlich für die arme Bevölkerung Berlins zu sorgen, und behaupteten auch, daß deren Not gar nicht so schlimm sei. Als Beweis dafür mußte herhalten, daß die für Lehrmittel ausgegebenen Summen nicht einmal aufgebraucht würden. Aber dieser Beweis ist nicht stichhaltig. Aus verschiedenen Ursachen verzichten viele bedürftige Familien darauf, für ihre Kinder unentgeltliche Lehrmittel in Anspruch zu nehmen. Wenn z. B. ein Gesuch beim Rektor eingeht, so werden zunächst alle möglichen Erkundigungen eingezogen. Sogar beim Hauswirt wird angefragt, ob die Leute mandamental mit der Miete in Rückstände bleiben, und darüber vergeht Zeit. Es dauert im Falle der Bewilligung der Lehrmittel 2—3 Wochen, ehe die Kinder in Besitz derselben gelangen. Wenn ihre Kameraden längst schon voll am Unterricht teilnehmen, können sie nicht recht mit fortkommen. Nicht genug daran, daß die betreffenden Schüler in der Folge von vornherein hinter der Klasse zurückbleiben, werden sie nicht selten auch von den Mitschülern über die Köpfe angesehen. Die Kinder sind meist noch zu unerfahren, um Mitleid zu fühlen, wissen auch oft nicht, unter welchen Entbehrungen ihnen die eignen Eltern häufig die Bücher beschafft haben. So ist es nur erklärlich, daß von dem für Lehrmittel ausgegebenen Gelde früher etwas übrig blieb. In den letzten Jahren ist dagegen gewöhnlich der ganze Betrag verbraucht worden, wohl ein Zeichen dafür, daß die Not unter der arbeitenden Bevölkerung nicht geringer geworden ist. Dringend nötig wäre es daher, daß armen Kindern Frühstück und Mittagbrot aus städtischen Mitteln bewilligt würde, heute überläßt man es wohlthätigen Vereinen, für die Speisung hungernder Schul Kinder zu sorgen! Wie wenig diese aber den vorliegenden Bedürfnissen genügen können, beweisen die Tatsachen. Im Laufe eines Jahres konnten in Berlin nicht mehr als 8000 M. verausgabt werden. Nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Kindern erhielt morgens etwas Milch und Gebäck. Bedürftigen Kindern Mittagessen zu verabreichen, wie es in Hamburg z. B. geschieht, daran war und ist bei der Mangelhaftigkeit der aufgewendeten Mittel gar nicht zu denken. — Die Frage der Schulspeisung führte zu einer lebhaften Diskussion der Genossinnen. Ebenso die andre der überfüllten Schulklassen. Es wurde berechtigter Klage darüber geführt, daß ein Lehrer bei 50—60, unter Umständen noch mehr Schülern in einer Klasse, den einzelnen nicht genügend im Auge behalten könne. Daß ihm dabei manchmal die Gasse überläuft und er dann zum Stod greift, ist kaum zu verurteilen. Unter der Ueberfüllung leiden Kinder wie Lehrer gleich viel. In gesundheitlicher Beziehung sind diese überfüllten Klassen besonders verderblich. So gibt es nach den Angaben einer Genossin im Osten Berlins eine Mietschule, in der beständig Anstaltskräfte tätig sein müssen, weil von den angestellten Lehrern gewöhnlich einer krank ist. Die Mietschulen lassen überhaupt sehr viel zu wünschen übrig. Die neueren oberentliehen Schulhäuser sind dagegen wirklich gut. Hier giebt es Brausebäder, welche die Kinder benutzen müssen, vorausgesetzt, daß sie einen Bade-Anzug besitzen. Wer keinen Anzug hat, dem wird die Wohlthat des Brausebades nicht zu teil. Es klingt das ungläublich, und doch wird von verschiedenen Frauen die feste Versicherung gegeben, daß dem so ist. Das Bad in der Schule ist unentgeltlich. In vielen Schulen, und wohl hauptsächlich in solchen, wo keine Bade-Einrichtung vorhanden ist, wird den Kindern eine Badekarte verabfolgt, welche ihnen an gewissen Tagen das Baden in öffentlichen Bade-Anstalten ermöglicht; ein Brausebad kostet jedoch in diesem Falle 5 Pf., ein Schwimmbad 10 Pf. Auch über das Umfahlen der Kinder konnte nichts Gutes berichtet werden; sind doch, von anderen Nachteilen desselben abgesehen, in den Schulen die Lehrmittel noch immer nicht einheitlich. In einer Schule schreiben z. B. die Kleinen noch auf der Tafel, in einer andern mit Blei ins Buch, in einer dritten, was wohl das Beste ist, wird gleich mit Tinte und Feder geschrieben. Ebenso mangelt auch in anderen Fächern und für größere Schüler die Einheitlichkeit. Hat ein Kind das Buch, durch Umzug oder dergleichen oft die Schule wechseln zu müssen, so kommt es sehr häufig, obgleich es vom selbigen Lehrer für reich zum Versehen erklärt wurde, wieder in dieselbe Klasse zurück. Einer Kritik unterzog man ferner den Handarbeitsunterricht der Mädchen. Was da alles zusammengekratzt und genäht wird, ist kaum zu sagen. Heute, wo kein Mensch mehr daran denkt, ein Hemd mit der Hand zu nähen, müssen z. B. die Mädchen ein Hemd zuschneiden und nähen, genau so, wie zu Großmutter's Zeiten. Gewiß ist es gut, daß ein Mädchen in Handarbeiten unterrichtet wird. Aber man soll es vor allem in dem unterweisen, was es im praktischen Leben gebrauchen kann. Statt diesen Grundsatz für den Handarbeitsunterricht zu berücksichtigen, geht es nach der Schablone. Ueber die Schulärzte konnte im großen ganzen nur Wünschliches gesagt werden. Gleich nach der Einschulung untersuchen sie die Kleinen, und zwar thun sie das, nach der Bekundung der Mütter, in sehr gründlicher Weise. Die größeren Schüler werden dann und wann einer Untersuchung unterworfen. Medizin und dergleichen dürfen die Schulärzte den Kindern jedoch nicht verschreiben, weil sonst die andern, im selben Viertel wohnenden Aerzte benachteiligt würden.

Die Aussprache über die Schulverhältnisse zeigte, daß in dieser Beziehung sehr viel getan werden muß. Leider sind die Eltern selbst noch gleichgültig den bestehenden Mängeln gegenüber. Das rührt wohl mit davon her, daß sie selbst in ihrer Jugend noch viel schlechtere Schulverhältnisse gehabt haben, andererseits fehlt es ihnen an Zeit, sich eingehend um das Schulwesen zu kümmern. Trotz alledem ist es die Aufgabe der Genossinnen, wieder und wieder den Eltern zuzurufen, sich viel mehr mit den Schulangelegenheiten zu beschäftigen, als es der Fall ist. Sie sollten nicht verabsäumen, einschlägiges Material zu sammeln, damit es den Genossen im Stadtparlament zugeführt und von diesen verwendet werden kann für den Nachweis, wie viel noch im Argen liegt. Die weiblichen Vertrauenspersonen nehmen jegliche Klage auf diesem Gebiete entgegen und übermitteln sie den sozialdemokratischen Stadtverordneten. Wenn in breiter Ausführlichkeit immer aufs neue die Uebelstände und Mängel des kommunalen Schulwesens und die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung an der Hand von Tatsachen nachgewiesen werden, deren etwaige Beseitigung auch von den Gegnern nicht gelehnet werden kann, so trägt dies dazu bei, daß allmählich ein Wandel zum Besseren kommen muß.

Bei der Besprechung über Armenpflege führte Genosse Heiman an, daß seit einiger Zeit neben den männlichen Armenpflegern auch weibliche getätigt werden können, und zwar mit ganz gleichen Rechten wie die Männer. Es wäre daher sehr wünschenswert, wenn sich in den Kreisen der Genossinnen Frauen fänden, die bereit wären, das Amt anzunehmen. Gerade in diesem Amte kann eine Frau, welche mit den Bedürfnissen der bedürftigen Bevölkerung gründlich vertraut ist, außerordentlich segensreich wirken! Die Herren aus den „besseren“ Kreisen, denen bis jetzt fast jedes Amt angefallen ist, füllen ihren Wirkungskreis durchaus nicht immer in befriedigender Weise aus, besonders über ihre Behandlung der Frauen wird häufig bittere Klage geführt. Sollte es gelingen, Frauen aus unserer Mitte zur Übernahme des Amtes als Armenpflegerin zu gewinnen, ein Amt, das allerdings viel Zeit erfordert und unbefodert ist, so ließe sich gewiß auch hier manches Gute schaffen.

Als vollberechtigte Amtspersonen können die Armenpflegerinnen mehr Bedeutung erlangen, als die Waisenpflegerinnen, welche ei-

seit längerer Zeit schon giebt. Letztere sind nämlich den männlichen Pflegern nicht gleichberechtigt, sondern ihnen untergeordnet, so daß ihrem Wirken besonders enge Schranken gezogen sind. Die gleichberechtigte Stellung der Armenpflegerin ist ein Grund mehr, daß die Genossinnen dem Amte ihre Aufmerksamkeit zuwenden sollten.

Friedenan. Dienstag, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, hält der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein von Steglitz und Ullengegend bei Grube, Kaiser-Allee, eine Wanderversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. Pünktlichen und zahlreichen Besuch aller Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Mit Hilfe des Gerichts suchen die Bäckermeister, welche die Bewilligung zurückgezogen haben, die Veröffentlichung ihrer Namen im „Vorwärts“ zu verhindern. Die Bäckermeister Dürr, Lurmsstraße 82, Neumann, Oldenburgerstraße 19, und Giesmann, Oldenburgerstraße 8, haben eine einstweilige Verfügung des Amtsgerichts erwirkt, welche dem Genossen Heischold sowie der Verlagsanstalt „Vorwärts“ bei Vermeidung einer Geldstrafe von 30 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung aufgiebt, die Namen der drei genannten Bäckermeister nicht mehr im „Vorwärts“ mit der Aufforderung, bei ihnen nicht zu kaufen, zu veröffentlichen und Behauptungen, daß ihr Verhalten ein provokatorischer Schlag sei ins Gesicht der Bevölkerung, zu unterlassen. — Die Verfügung stützt sich auf die Annahme, daß durch die bezeichnete Veröffentlichung der § 153 der Gewerbe-Ordnung sowie der § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches verletzt seien. — Da diese Annahme in keiner Hinsicht zutrifft, so ist die einstweilige Verfügung sowohl seitens des Genossen Heischold, wie seitens des „Vorwärts“-Verlages angefochten worden.

Dem in Aussicht stehenden Prozeß, den die Herren Dürr, Neumann und Giesmann, vertreten durch den juristischen Beirat der Innung, Rechtsanwalt Fritz Voette, gegen Heischold und den „Vorwärts“-Verlag angestrengt haben, kann man mit vollkommener Ruhe entgegensehen, denn die Voraussetzungen des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches, welcher denjenigen zum Schadenersatz verpflichtet, der einem andern in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise vorfalschlich Schaden zufügt, sind durch die bloße Mitteilung, daß der und der seine Bewilligung zurückgezogen hat, natürlich nicht erfüllt. Ebensovienig kann der § 153 der Gewerbe-Ordnung hier Anwendung finden.

Uebrigens haben die Bäckermeister am allerwenigsten Ursache, den § 153 der Gewerbe-Ordnung heranzuziehen. Wenn während des Bäckerstreiks Verträge gegen den genannten Paragrafen abgeschlossen sind, dann war es niemand anders als eine Anzahl von Bäckermeistern, die solche Verträge in großer Zahl begangen haben und noch täglich begangen. Hierfür wollen wir nur ein Beispiel aus den letzten Tagen anführen.

Im Laden eines Schöneberger Bäckermeisters erschienen fünf seiner Kollegen aus der Nachbarschaft, um ihn zur Entfernung des Plakates zu veranlassen. Als Zureden und Drohungen nicht halfen, griff einer der Eiferer nach dem Plakat, um es mit Gewalt abzureißen. — § 153 der Gewerbe-Ordnung! — Ein kräftiger Schlag, den der bedrohte Meister seinem eifrigen Kollegen auf die Finger versetzte, verhinderte die unerlaubte Abfuhr. Nun zogen die Scharfmacher andre Seiten auf. Sie boten dem standhaften Bäckermeister zunächst 3, dann 10 M., wenn er ihnen das Plakat ausliefern. Das half natürlich auch nicht, denn für ein Trinkgeld von 10 M. wollte der Meister seine Kundschaft nicht opfern, und soweit ging die Solidarität der Innungsgenossen nicht, daß sie den Meister für alle Nachteile, die ihm der Wortbruch bringen könnte, schadlos gehalten hätten.

Man stellt, daß der Kleintrieb um die Erhaltung der Ertragschaften des Bäckerstreiks noch fortgesetzt geführt werden muß und daß die Bäcker-Arbeiter dabei der Unterstützung des Publikums bedürfen.

Zur Moral der Bäckermeister. In den Flugblättern des Wohlthätigkeits-Ausschusses der Bäckermeister wird mit lösslicher Entschiedenheit über die Unmoralität und Unanständigkeit der „socialdemokratischen Verheer“ der Bäckergehilfen rasonniert. Wie es um die Moral und zugleich um die Intelligenz der sich als höhere Wesen fühlenden Innungsmeister bestellt ist, zeigt folgender Brief, den wir genau in der Orthographie des Originals zum Abdruck bringen: Berlin, 3. 6. 04.

Herrn Matthes Bäckermeister in Berlin Wilhelmshav. 17.
Da es heute in der Bäckermeisterversammlung des Roabiters Vereins zur Sprache gebracht wurde, daß Sie für Millimeter liefern indem Sie eine Kasern Lieferung haben und daß es unvereinbar ist, daß Sie für unser Millimeter liefern, indem Sie mit den Socialdemokraten gemeinsame Sache machen, und das rote Plakat im Fenster haben, wo schon so wie so kein anstentiger Mensch kauft, und die Beamten angewiesen worden sind, nur da zu laufen wo kein Plakat im Fenster ist, so haben mehrere Bäckermeister angetragen daß Ihnen die Kasernlieferung entzogen wird. Dies Ihnen hiermit zur Kenntnis, damit Sie schließlich das Plakat und die Zurückziehung schon gemacht haben, indem Sie den Kasernwirt zuvor kommen.
Hochachtung
mehrere Bäckermeister von Roabit.

Zum Streik der Kammer. Wie bereits berichtet, war die Lohnkommission der Kammer von dem Obermeister der Berliner Steinseher-Innung am Donnerstag zu einer Versammlung eingeladen worden, die auch am selben Abend stattgefunden hat. In der gestrigen Streikversammlung gab nun der Obmann der Lohnkommission folgenden Bericht von der Versammlung: Der Obermeister Dellös ersuchte um eine Begründung der Lohnforderung. Ihm wurde geantwortet, es sei den Meistern ja hinlänglich bekannt, daß die Kammer im Durchschnitt nur etwa 32—35 Wochen im Jahre reguläre Arbeit hätten. Wenn sie auch hernach hier und da in unregelmäßiger Beschäftigung noch ein geringes mit Eishauen, Schneeschuppen usw. verdienen, so reiche der ganze Arbeitsdienst doch nicht aus, um eine Familie unter den Berliner Leuerungsverhältnissen halbwegs anständig zu ernähren, umsondeniger als hier fast der dritte Teil des Jahresverdienstes für die Wohnungsmiete ausgegeben werden müsse. Infolgedessen sei die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes von 55 auf 60 Pf. fraglos durchaus berechtigt. In der darauf folgenden Aussprache stellten sich die Innungsmeister nun ganz unerwartet auf den denkbar profigsten Herzensstandpunkt. Herr Lauer sagte ganz unverblümt, die Kammer hätten einfach zu den Bedingungen zu arbeiten, die von den Meistern für gut befunden würden; es wäre noch schöner, wenn die Arbeiter sich den Lohnzumessungen der Meister nicht fügen wollten! Als ein Kommissionsmitglied u. a. darauf hinwies, daß ein Arbeiter heutzutage doch auch seine Zeitung lesen wolle, da meinte Herr Heber, das Zeitungslesen sei für Arbeiter ein ganz unnötiger Luxus! Und aus dem Chorus der andern Meister klang es ironisch: Natürlich, die Arbeiter müssen ja ihr Blatt lesen!

Die schaurigste Auffassung vom Dasein eines Arbeiters, die in der marxistischen Weise den verhöhrten Innungsstrauer-Standpunkt charakterisiert, brachte jedoch der Obermeister Dellös selber zum Ausdruck. Er belehrte die Kommission etwa folgendermaßen: Es könne doch niemand die Arbeitgeber dafür verantwortlich machen, daß die Arbeiter nicht so viel verdienen um ihre Familien zu ernähren. Die Arbeiter seien eben zur Arbeit geboren, und daher sei es auch ihre Pflicht, ihre Frauen und Kinder mit auf Arbeit zu schicken, wenn der Mann allein nicht genügend verdienen könne! — Meister A. Baumann rief alsdann pathetisch aus: Es wäre ja eine Sünde, den Kammer auch nur einen Pfennig mehr zu zahlen! — Angesichts eines derartigen Verhaltens der Meister wurde es bald jedem Kommissionsmitgliede klar, daß die Verhandlungen resultatlos verlaufen müßten. Die Innungsherren erklärten dem auch schließlich rund heraus, daß sie nichts bewilligen würden, sondern sie verlangten, die Kammer

sollten am Montag bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen. Um diesem Verlangen auch gleich den richtigen Nachdruck zu geben, riefen einige Meister der Kommission noch im Gehe die Worte zu: Wenn Ihr die Arbeit nicht wieder aufnehmt, dann streikt innerhalb bis Ihr umkommt. —

Daß das Resultat dieser Verhandlungen bei den Streikenden nicht gerade Freudegefühle für die Innungsgrößen hervorrief, dürfte begreiflich erscheinen. Die Versammlung beschloß denn auch einstimmig, den Streik mit aller Energie weiter zu führen. — Bekannt gegeben wurde sodann, daß 11 Firmen die Forderungen bewilligt haben. Eine weitere Anzahl Arbeitgeber hat sich zwar bereit erklärt, die geforderten Löhne zu zahlen, weigert sich jedoch, die Forderungen unterschriftlich anzuerkennen.

An die Berliner Straßenhändler. Der neue Erdrosselungsversuch, als den sich die jetzt wieder geplante „Reuordnung des Straßenhandels“ charakterisiert, hat endlich die Geduld der lange genug gequälten Straßenhändler erschöpft. Durch unsere Agitation ist es gelungen, die sofortige Annahme der Vorlage zu verhindern. Aber damit ist es noch nicht gethan. Wir müssen uns vor allem selbst helfen, wenn uns geholfen werden soll. Wir müssen eine kräftige Organisation haben, die unser Recht fordern und verfechten kann!

Kollegen und Kolleginnen! Wir befinden uns in einem und aufgegebenen Kampf um unsere Existenz. Wohl haben unsere Flugblätter und Versammlungen kräftig gewirkt, sind doch allein am gestrigen Tage 115 neue Mitglieder unserer Organisation beigetreten; aber Tausende stehen noch draußen, und keiner darf fehlen. Deshalb richten wir an Euch die dringende Aufforderung, dem Verband beizutreten. Anmeldungen sind zu richten an die Schriftführerin Frau Böse, Alexanderstr. 25. Sie werden jedoch auch im Verbandslokal von Koch, Neue Friedrichstr. 20, entgegenkommen. Freiwillige Beiträge für unsern Verzweigungskampf werden auch weiterhin von dem Vereinskassierer Otto Schulze, N.W., Wandelstr. 1, entgegengenommen und auf Wunsch öffentlich quittiert.

Am Montag und Dienstag finden je zwei, am Mittwoch drei Gruppen- (Bezirks-) Versammlungen statt, zu welcher namentlich noch unorganisierte Händler und Händlerinnen dringend eingeladen sind. Montag in Roabit bei Göge, Wandelstr. 45, und bei Wille, Brunnenstr. 188. — Eine große Mitgliederversammlung findet Donnerstag, 9. Juni, im Englischen Garten statt. Tagesordnung: 1. Ausfertigung der Bücher an die neuen Mitglieder. 2. Bericht der Kommissionen über das Ergebnis der Bemühungen bei den Mitgliedern des Stadtverordneten-Ausschusses. 3. Vortrag des Herrn Redakteurs Sema Hoy: Ruhen der Organisation. Gäste willkommen.

Deutsches Reich.

Streikende Arbeiter — streikende Aerzte. Das Amtsgericht in Leipzig hat einen Leiter der Schriftgießergehilfen-Organisation und einen andern Schriftgießer wegen Vergehens nach § 153 der Gewerbe-Ordnung zu Gefängnisstrafe verurteilt, weil sie einen Kollegen darauf hingewiesen hatten, daß er aus dem Verbandsausgeschlossen werden könne, wenn er trotz des Streiks weiterarbeite, und weil diese „Vereinbarung eine Beschränkung der gesetzlich garantierten Arbeitsfreiheit involviert“. Daß eine solche Beurteilung jetzt in Leipzig erfolgt, ist besonders bemerkenswert. Zwar sind derartige Verurteilungen schon oft erfolgt. Aber nicht immer wird dem Volke so deutlich vor Augen geführt, wie sehr es heute Rechtsgrundlagen geworden ist, wenn zwei dasselbe thun, es doch nicht dasselbe ist. Es werden streikende Arbeiter für Handlungen bestraft, die nur mit größter Interpretationskunst dehnbarer Strafvorschriften bestraft werden können, während streikende Aerzte bis jetzt selbst für Handlungen nicht bestraft wurden, die schon nach dem klaren Wortlaut und dem Sinne der Gewerbe-Ordnung bei Arbeitern strafbar sind. Aber noch mehr. Selbst für Handlungen, die nach den allgemeinen Strafvorschriften zu sassen sind, haben die Aerzestreiker bisher nicht zu büßen brauchen. Das ist freilich nicht verwunderlich, da sich die Regierung des Massenstaates auf die Seite der Aerzestreiker gestellt hat.

Buchbindereibewegung in Nürnberg. Die Buchbindereiarbeiter und -Arbeiterinnen in den Nürnberger Kunstanstalten sind in eine Bewegung für Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und Festsetzung eines bestimmten Minimallohnes eingetreten. Nachdem die Unternehmer, die bis auf wenige im Fachverein der Besitzer chromolithographischer Anstalten organisiert sind, anfangs jedes Zugeständnis verweigert hatten, erklärten sich die Vorstandsmitglieder jüngst in einer Sitzung mit der Lohnkommission der Arbeiter, an der auch der Centralvorstand der Buchbinder, Dietrich, teilnahm, bereit, in der nächsten Versammlung des Unternehmervereins dafür einzutreten, daß die neunstündige Arbeitszeit eingeführt wird. Eine Versammlung der Arbeiter behauptete, daß die Unternehmer keine weiteren Zugeständnisse machen wollen, beschloß aber, im Interesse des Friedens auf die übrigen Forderungen zu verzichten, wenn bis spätestens 1. Oktober die neunstündige Arbeitszeit durchgeführt ist.

Verfammlungen.

In der Versammlung des Arbeitervertreter-Vereins, die am 2. Juni im Gewerkschaftshause tagte, berichtete A. Stumpe über die Thätigkeit der unteren Verwaltungsbehörde bei der staatlichen Invalidenversicherung, die in Zweifelsfällen sich zu den Rentenansprüchen zu äußern haben. Den Bericht ergänzten einige andre Arbeitnehmerbesitzer; unter andern sprachen außerdem noch Bauer und Simanowski dazu. Im allgemeinen ergab die Berichterstattung das selbe Bild, wie in früheren Jahren. Die ärztlichen Gutachten fordern immer wieder in sehr vielen Fällen das Mißtrauen der Arbeitnehmerbesitzer heraus. Ein Redner meinte, es müsse jemand schon halbtot sein, bevor erklärt werde, daß er nicht mehr ein Drittel des früheren Arbeitsverdienstes verdienen könne, und somit die Voraussetzung der Rente gegeben sei. Die neuen Vorstehenden der unteren Verwaltungsbehörde, junge Assessoren, richteten sich leider mit dem gerade amtierenden Arbeitgeber nach dem ungünstigen Gutachten. Befragt wurde, daß häufig Arbeiter und Arbeiterinnen selbst schuld daran seien, wenn ihnen eine Invalidenrente verweigert werden müsse, nämlich in den Fällen, wo die Parteizeit nicht erfüllt, die nötige Anzahl von Marken noch nicht geliefert sei. Das liege vielfach nur daran, daß einerseits das Neben während der Unterbrechung versicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse nicht fortgesetzt und andererseits hummeligen Arbeitgebern gegenüber nicht darauf gedrungen wird, daß sie leben. Das Mandat der unteren Verwaltungsbehörde läuft mit dem 31. Dezember dieses Jahres ab.

Sattler gab den Bericht der Kommission in Sachen der geplanten Auskunftsstelle beim Schiedsgericht. Die Kommission ist nach einer Rücksprache mit dem Schiedsgerichts-Vorsitzenden zu der Meinung gekommen, daß man der Einrichtung der Auskunftsstelle nicht entgegenwirken solle. Jost äußerte sich im selben Sinne. Man könne ruhig zustimmen. Simanowski hatte dagegen immer noch Bedenken gegen die geplante Einrichtung beim Schiedsgericht. Der Vorsitzende Piechel befragte die Zustimmung. Weeling wünscht überhaupt keine direkte Stellungnahme. Wolderich ist ebenfalls der Meinung, daß man die Sache ihren Gang gehen lasse und advorte, ob der Vorsitzende alle ihm unterbreiteten Bedenken beachte. Stiegelmeier teilt die Befürchtungen Simanowskis, daß den Arbeiterskretariaten durch solche Einrichtungen bei den Schiedsgerichten schließlich Abbruch gehen werde und daß andererseits den Arbeitern dort nicht genügend Gewähr für eine wirksame Rechtsstüge geboten sei. Weitere Redner, darunter Bauer und Link, sind für ein passives Verhalten. Die Versammlung beschloß gegen wenige Stimmen einfache Kenntnisnahme des Berichtes der Kommission und Uebergang zur Tagesordnung.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen (Zentrale Berlin) hielt am 1. Juni in den Arminhallen eine gut besuchte Mitglieder-versammlung ab. Ritter gab zunächst in einem Vortrage einen

interessanten Ueberblick über die Berliner Gewerkschaftsbewegung des Jahres 1903. — Dann nahm die Versammlung Stellung zu dem am 1. August in Dresden beginnenden achten Verbandstag. Es liegen mehrere Anträge der Ortsverwaltung vor, die Ritter namens dieser begründet und die Annahme finden. So soll dem Verbandtage eine anderweite Regelung der Diätenfrage im § 24 des Statuts vorgeschlagen werden. An Stelle eines einheitlichen Diätenjahres von 9 M. soll bei Delegationen sowie bei Agitationsreisen gewährt werden der Erfolg eines entgangenen Tagesverdienstes in Höhe von 5 M. u. d. dazu 6 M. Diäten. Gemäß einem Antrage Gerhard wird beschlossen, daß erst auf 400 Mitglieder (jetzt 300) ein Delegierter und auf weitere 250 Mitglieder ein weiterer Delegierter kommen soll. Ein Antrag, die Geschäftsordnung betreffend, verlangt vom Verbandstage eine Aenderung der Bestimmung, wonach die örtlichen Verwaltungen möglichst Einrichtungen zum regelmäßigen Einlassieren der Beiträge zu schaffen haben. Nach dem zum Beschluß erhabenen Antrage sollen von den örtlichen Verwaltungen dagegen nur Einrichtungen verlangt werden, die den Mitgliedern Gelegenheit geben, möglichst wöchentlich ihre Beiträge zu zahlen. Maßgebend für diesen Beschluß war, daß Kollegen mit Rücksicht auf die bisherige Bestimmung verlangt haben, daß das Geld von ihnen abgeholt werde, was in der Großstadt nicht gut durchführbar ist. Unter Allgemeinem soll im Statut ferner ein neuer Absatz vordringen: „Mitglieder, die noch keine drei Monate Beiträge bezahlt haben, erhalten nur acht Wochen die Zeitung.“ — Einstimmig angenommen wird folgende Resolution: „Der Verbandstag wolle beschließen: Der Hauptvorstand wird beauftragt, den Reichstag und Bundesrat in Kenntnis zu setzen, daß § 4 der Bundesratsverordnung vom 31. Mai 1897 (§ 137 der Gewerbe-Ordnung) von den Unternehmern der Konfektionsindustrie betragt umgangen wird, daß sie die ihnen im § 6 (bezüglich der Arbeitszeit) gewährten 60 Ausnahmestage auf die Sonnabende verlegen, wo nach der Gewerbe-Ordnung die Beschäftigung von Arbeiterinnen nach 5 1/2 Uhr nachmittags überhaupt nicht gestattet ist. Reichstag und Bundesrat sollen ersucht werden, ihren Einfluß auf die unteren Verwaltungsorgane, auf die ausführenden Behörden geltend zu machen, damit der zweifelsfreien Absicht des Gesetzgebers (Sonnabende Längerarbeit nicht zu gestatten), Rechnung getragen wird.“ — Nach längerer Debatte, in der lebhaft für und gegen gesprochen wurde, beschloß die Versammlung gegen 8 Stimmen, dem Verbandstage folgenden Antrag zu unterbreiten: „Der Vorstand wird beauftragt, bei zukünftigen Lohnbewegungen, gleichviel in welcher Branche, die einzuwickelnden Forderungen genau zu prüfen und denjenigen die Zustimmung zu verweigern, die das Lohnverhältnis der Heimarbeiter mit prozentual höheren Lohnfällen gegenüber den Werkstattarbeitern regeln wollen. Die zweierlei Art der Entlohnung ist geeignet, unreife im § 2 des Statuts genannte Grundsätze: „Erziehung von Betriebsverhältnissen“, nicht nur nicht zu fördern, sondern im Gegenteil ihre Erfüllung länger als notwendig hinauszuverschieben.“ — Die Wahl der Delegierten zum Verbandstage fand noch nicht statt. Es wurde nur nach Vorschlägen der Ortsverwaltung und aus der Versammlung eine Kandidatenliste aufgestellt. Die Stimmzettel mit den gedruckten Namen sämtlicher Kandidaten werden in der nächsten Mitgliederversammlung am 7. Juni (Arminhallen) an jeden Eintretenden gegeben. Die nicht beliebten Namen sind zu streichen. Mehr Namen, als Delegierte zu wählen sind, dürfen nicht auf dem Zettel verbleiben. Eine Wahlkommission soll die Auszählung vornehmen.

Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin des Deutschen Kürschnerverbandes am 30. Mai im „Mühlhaus“, Landbergerstr. 89. Zu Punkt 1 der Tagesordnung berichtete der Bevollmächtigte, Kollege Dittmann, daß in Hamburg bei der Firma Wachtel Lohn-differenzen ausgebrochen sind. Am Streik sind beteiligt außer den organisierten Kollegen 22 unorganisierte. Da die Firma Wachtel in Berlin eine Filiale unterhält, fordert Kollege Dittmann die Kollegen auf, diese sowie Hamburg zu meiden. Des weiteren sind in Brüssel Differenzen ausgebrochen; es ist notwendig, daß jeder Kürschner Brüssel meidet. Zu Punkt 2 giebt Kollege Krause die Abrechnung vom 1. Quartal 1904. Einnahme waren 712,76 M., Ausgabe 504,13 M., bleibt ein Bestand von 208,63 M. Zu Punkt 3 wird der Kollege Rudolf Normes wegen Streifens bei der Firma Gerpich Söhne aus der Organisation ausgeschlossen. Begehertens der Beiträge werden die Kollegen Jos. Gallia, Gebert Stenison, Magnus Anderson, Tobias Horawitz, Walter Ronger und Karl Blaser ausgeschlossen. Kollege Müller giebt bekannt, daß die Filiale am 13. August im Wöhmischen Brauhaus einen Ball veranstaltet und ersucht die Kollegen, sich rege daran zu beteiligen. Kollege Fried berichtet vom Innungs-Schiedsgericht und zeigt, welche Angst unter den Innungsbrüder herrscht, seitdem im Gesellenausfluß organisierte Kollegen sitzen.

Socialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstags-Wahlkreis Straßburg-Nagen. Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Kamion, Schönbauer Allee 135: Versammlung. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Vorstand.

Arbeiter-Zamariterkolonne. Morgen, Montag, abends 9 Uhr: Fortsetzung des Kurus in der Centrale, Dresdenstr. 45. Vortrag über: Verletzungen, Bundesbehandlung, Statistiken. Nachher praktische Uebungen. Neue Mitglieder können noch eintreten. Eintrittsgeld sowie Monatsbeitrag 25 Pf. Bibliothek steht zur Verfügung.

Gesellschaft der Graveure, Glaser und verwandten Berufsgruppen Berlin tagt jeden 1. Montag im Monat im Restaurant Elze, Luisen-Platz 1, abends 8—10 Uhr.

Witterungsüberblick vom 4. Juni 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F	
Schwabm.	764 R	N	3	wolkig	15	59	Haparanda	763 R	N	4	wolkig	6	43	
Hamburg	766 R	N	2	wolkig	12	54	Betersburg	750 ED	—	—	1	wolkig	12	54
Berlin	764 R	N	2	wolkig	13	55	Gort	—	—	—	—	—	—	
Kranf. a. M.	765 RD	NO	4	wolkig	16	61	Alberden	772 RD	—	—	1	wolkig	14	57
München	765 RD	NO	2	wolkig	15	59	Paris	766 RD	—	—	3	halb bb.	13	55
Wien	763 RH	—	—	wolkig	19	66	—	—	—	—	—	—	—	

Weiter-Prognose für Sonntag, den 5. Juni 1904.
Vorwiegend heiter und trocken, nachts kühl, am Mittag warm bei gleichmäßig nördlichen Winden.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

G. N. Sie können sich an das Kriegsministerium wenden. Auskunft auf Erfolg ist kaum vorhanden. — **G. W.** Antrag auf gerichtliche Entscheidung würde Ihnen vorzugsweise nur Kosten verursachen. — **G. B. 78.** Kammer Sie mit dem Birt dahin überein, daß die Sachen freihändig verkauft werden, oder verbieten Sie ihm unter Hinweis auf seine eventuelle Strafbarkeit ausdrücklich, ohne vorangegangene Klage Ihre Sachen zu verkaufen. — **00.000.** 1. und 2. Ja. — **W. M. 100.** 1. bis 3. Ja. — **Wochhaus 14.** Eine Enterbung Ihres Mannes wäre nicht gültig gewesen. Da er aber vor Ihrem Schwiegervater gestorben ist, so ist ein Erbschaft nicht eingetreten. Sie treten nicht an die Stelle Ihres Mannes, sind also nicht erbberechtigt. — **G. R. 10.** 1. und 2. Ja. 3. Eine angemessene Zeit muß Ihnen gewährt werden. Das angemessene Zeit muß Aufsuchen einer andren Stelle ist, hat im Streitfall unter Berücksichtigung aller Umstände der Richter zu entscheiden. — **W. 1904.** Rein. — **G. M. Ackerstraße.** Rein. — **Potteriepfeil.** 1. Die Justizkommission des Abgeordnetenhauses ist eine vom Abgeordnetenhaus zur Vorbereitung von Gesetzentwürfen wesentlich juristisch Inhalt eingeleitete Kommission. Schon heute droht das Gesetz einen Preußen, der durch lässliche Lese sein Geld los wird, mit Strafe. — **N. D. 6.** 17. Sie sind zur Zahlung verpflichtet, können aber, wenn Ihr Einkommen zu hoch veranschlagt ist, reklamieren. Verjährung liegt nicht vor. — **G. Rein.** — **W. 26.** Liegt die Sachlage so wie Sie sie schildern, so steht Ihrer Freundin keinerlei Anspruch gegen Sie zu. — **P. G. 41.** 1. und 3. Rein. 2. Ja. — **W. 99.** Solange Sie die Konzeption für die betreffenden Räume nicht haben, dürfen Sie die Räume zu Wohnzwecken nicht benutzen. Die Räume können Sie an geschlossene Vereine vermieten, dürfen aber in denselben nicht schlafen. — **N. 26. 100.** Die Möbel der Mutter des Noters hatten nicht für dessen Nachlass. Indessen kann gegen den Sohn eine Unternehmung wegen Betruges eingeleitet werden, wenn er etwa der Wahrheit zuwider im Vertrau behauptet hat, die Möbel gehörten ihm.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 5. Juni.
Freie Volkshöhne. Nachmittags 2 1/2 Uhr:
14.15. Uebell. Metropol-Theater:
Die Schmetterlingsflucht.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Cyberhaus. Bajazet. Cavalleria rusticana.
Montag: Carmen.

Neues Opern-Theater. Die Puppe.
Nachm. 3 Uhr: Die Hebermaus.
Montag: Das Schwalbennest.

Deutsches. Der Weiser.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Romma Banna.
Montag: Kofe Bernd.

Berliner. Der jüngste Leutnant.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Leitung. Kapfenstreich.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Welken. Im bunten Hof. Anfang 8 Uhr.

Nachm. 2 1/2 Uhr: Mt. Heidelberg.
Montag: Im bunten Hof.

Welle-Alliance. Kam'rad Lehmann.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Schiller O. (Ballner-Theater.)
Ein unbeschriebenes Blatt.
Nachm. 3 Uhr: Heimat.
Montag: Der Compagnon.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Der Compagnon.
Nachm. 3 Uhr: Die Räuber.
Montag: Ein unbeschriebenes Blatt.

Neues. Einen Zug will er sich machen.
Montag: Kabale und Liebe.

Kleines. Wärtner. Liebessträume zc.
Montag: Nachtschl.

Reißens. Die 300 Tage.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Tranon. Geflossen.
Central. Madame Bonivard.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Carl Weich. Die Zauberin am Stein.
Nachm. 3 Uhr: Die jährlichen Verwandten.

Montag: Dieselbe Vorstellung.

Gedr. Herrfeld. Gastspiel der Tegernseer. Der Musterhof.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Metropol. Ein tolles Jahr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Winter-Garten. Specialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Specialitäten.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Reichshallen. Steifener Säng. Poffage-Theater. Specialitäten.
Urania. Laubentruhe 48/49.
Um 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Zwischenruhe 57/62. Sternmarie. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Einer... sich machen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Kabale und Liebe.

Central-Theater.
Heute Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Josefina Dora.
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akten v. Bisson u. Bard.
Montag: Madame Bonivard.
Dienstag und Mittwoch: Gastspiel Josefina Dora und Emil Richard: Der Raub der Sabinerinnen.

Residenz-Theater
Heute und folgende Tage:
Abends 8 Uhr:
Die 300 Tage.

Belle-Alliance-Theater.
Im Theater:
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Kam'rad Lehmann
mit Guido Thielscher in der Titelrolle.
Nachmittags im Sommergarten:
Grosses Max Schmidt-Konzert.
Von 8 Uhr an:
Grosse Specialitäten-Vorstellung
u. a. Rheingold-Trio. Miss Alex mit ihrer Automobil-Schleifenfahrt.
Ringkämpfe: 1. Enthüllungen über Heim-Ringkämpfe. 2. Entscheidungskämpfe.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.

Märtyrer.
Liebesträume. Don Carlos-Parodie.
Serenissimus-Zwischenspiele.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Nachtschl.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Täglich:
Theater und Specialitäten.
Im Ehr' und Liebe.
Der Oufel aus Ostpreußen.
Karl Groth. — Klara Segall.
Oskar Dücker. Salvador u. Selma.
Mr. Houston etc. etc.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Bei schlechtem Wetter: Verstellung im Saal.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Sonntagmittag 3 Uhr:
Heimat.

Sonntagabend 8 Uhr:
Ein unbeschriebenes Blatt.

Montagabend 8 Uhr:
Der Compagnon.

Dienstagabend 8 Uhr:
Ein unbeschriebenes Blatt.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte
invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 105.
Die vielbewunderten
zusammengewachsenen
Schwestern
Rosa und Joseta:
!! einzig dastehend in
der Welt!!

Passage-Panoptikum.
Der phänomenale Riesenknabe:
Der lange Joseph.
16 Jahre alt, 217 cm hoch.
Aga, die schwebende Jungfrau.

Berliner Aquarium
Unter den Linden 88a
Eingang Schadow-Strasse No. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis:
50 Pfg.

Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren.
Reptilien etc. 8/10

Metropol-Theater
Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.

Gr. dramatisch-satirische Revue
in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Ranchen überall gestattet.

Wald-Theater.
7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.
8-9 1/2 Uhr: Das erstklassige Juni-Specialitäten-Programm.
Hierauf:
Liebesgötter.
Im zweiten Bild:
Götterzug
und die Sensations-Apotheose:
Im Tempel der Glückseligkeit.

Gehr. Herrfeld-Theater.
Gastspiel der Tegernseer.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Musterhof.

Bayr. Volksstück mit Gesang u. Tanz
in 5 Bildern von R. Ranz.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen. Badstr. 58.
Heute:
Die Tochter des Heimkehrten.
Außerdem d. Attraktions-Programm.
Paul Coradini. X Loro-Quartett.

Im Saal:
Gr. Ball.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30, numerierter Platz 50 Pf.,
Sperre 75 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Heute:
Grosses Garten-Konzert.
Theater und Specialitäten.
Gr. Extratanz. Tanzleitung Hoppe.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf. Sperre 50 Pf.

Schweizer-Garten
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und
Specialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Im Saal: BALL.
Zum Schluss:
Berliner Konfektionseisen.
Grosse Gefangnisse in 2 Bildern.
Entree 30 Pf.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer
Königsplatz 1.

Schiller-Theater N.

(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Sonntagmittag 3 Uhr:
Die Räuber.

Sonntagabend 8 Uhr:
Der Compagnon.

Montagabend 8 Uhr:
Ein unbeschriebenes Blatt.

Dienstagabend 8 Uhr:
Das Heiratsnest.

Im Garten täglich gr. Militär-Konzert.

Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Nachmittags 3 Uhr (Parkett 60 Pf.):
Die jährlichen Verwandten.
Abends 8 Uhr:
Die Zauberin am Stein.
Morgen: Die Zauberin am Stein.
Im Garten: Specialitäten, Konzert
und Theater-Vorstellung. Auto-Atlas
hebt ein 16 Centner schweres Auto-
mobil mit den Zähnen. Anf. 4 Uhr.

Passage-Theater.
Anf. Sonntag 3, Wochentags
5 Uhr, Anfang der Abend-
vorstellung 8 Uhr.
Fredri Charwenka
in ihrem Repertoire.
14 erstklassige Nummern.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Goldene Herzen.
Bantom: Im Nachtschl.
Harris, Kraftjüngler. The
Jarroy. — Ullis. — Langos.
Ball, Konzert, Specialität.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf. Rum. Pl. 50 Pf.

WINTERGARTEN
Neues Programm.

Mason u. Forbes, amerik. Excentrics
Clement Lion, Zauberkünstler.
Lydia Dobranow, Feuerkünstlerin.
Professor Mahoul, kom. Jongleur.
Perzinas dressierte Affen.
Gehrader Schwarz, Parodisten.
Will Mora, Reckkünstler.
Heloise Titcomb, Sängerin.
Die 4 Milans, Kraftnummer.
Neiss-Familie, akrobatischer Akt.
Caster Watt, Verwandlungskünstler.
„Carnovalegeister“, Ballett.
Biograph.

Victoria-Brauerei
Bützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder
Saal:
Korsts
Norddeutsche
Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Sanssouci.
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche
Sänger.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Nach der Soiree: Tanz.
Wochentags haben Vor-
ausgärtner, auch die zu den Theater-
abenden ausgegebenen, Gültigkeit.

Reichshallen
Stettiner Säng.
Neu! Vieffe bei
Water Philipp.
Anfang: 8 Uhr.
Wochentags 7 Uhr.

Gesellschaftshaus.
Inh.: Richard Felsch.
RIXDORF, Knesebeckstr. 48/49.
Heute, Sonntag, den 5. Juni 1904:
Gr. Theater-, Specialitäten-Vorstell.
Konzert.
Im Saal: TANZ.
Zwei elegante Kegelbahnen. — Die
Kaffeeküche steht den geehrten
Damen von 2 Uhr ab zur Ver-
fügung. — Bei ungünstiger
Witterung findet die Vorstellung
im Saal statt. — NB. Den Vereinen
und Gewerkschaften stehen meine
Räume jederzeit zur Verfügung.
5486L Der Wirt.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Heute am ersten Sonntag im Monat
Eintritt 25 Pf. die Person

Nachm. Gr. Militär-Konzert 3 Ka-
4 Uhr: 4 Uhr: 4 Uhr: 4 Uhr: 4 Uhr:
Som. 7. bis 11.: Gastspiel der
Kapelle d. 2. Thüring. Infanterie-
Regiments, Dirigent Liede.

Raubtier-Schule: 12, 4, 1/2, 6
u. 7 Uhr.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und Specialitäten-
Vorstellung.

Gossmanns
Konzert-Garten,
SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Sonntag:
Frei-Konzert
und Ball.
Montag:
Eiehlers Quartettsänger.
Mittwoch: Militär-Konzert.

Germania-Prachtsäle
Arnold Scholz.
Chausseestr. 103. Chausseestr. 103.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball
bei stark besetztem Orchester.
Anfang 5 Uhr.

Club-Haus
72. Kommandanten-Strasse No. 72.
Jeden Sonntag: 54892*
Grosser Ball.
Empfehle meine drei Feistsäle zu
Versammlungen u. Feilschfeiten.
Gabe noch Sonnabend und
Sonntage frei. H. Ebert.

Urania.
Wrangelstrasse 10/11.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Versammlungen.
46992* C. F. Walter.

Alhambra
Wallnertheater-Str. 15.
Jeden Sonntag:
Großer Extra-Ball.
Entree inkl. Tanz: Herren 50 Pf.,
Damen 25 Pf.
Anf. 5 Uhr. Empfehle mein Lokal für
Bereine und Versammlungen.
47002* A. Zameitat.

Schlosspark Wilhelminenhof
Oberspree.
Station Nieder-Schöneweide.
Jeden Sonntag, Mittwoch,
Donnerstag:
Grosser Elite-Ball.
Kaffeeküche v. 2 Uhr an geöffnet.
Ausspannung Volksbelustigungen
aller Art. Chr. Fennel. 49122*

Sandpartie-
Vereins-Vorlesungsgegenstände,
Lampens-, Papiermützen, Radau-
instrumente in hervorragender Aus-
wahl. Aussergewöhnlich billig 3/8.
Transparente, Stockinternon
Dugend 45 Pf.

Bernhard Keilich,
Größt. Spielwarengeschäft Deutschl.
Gr. Hamburgerstr. 21/23
Ecke Oranienburgerstrasse.
19 Schaufenster.

Groß-Destillation
Schleissdamm 16, Ecke Oberbaumstr.
Prima Weich, Lager u. Gasse-
frier, Glas 10 Pf. Kaffee u. warme
Speisen bis 12 Uhr nachts. Gieß-
Ordnung. R. B.: Karl Pietzner.

Trinken Sie überall
Sana-Brause!
Angenehmstes alkoholfreies
Getränk. Sehr billig! Erfrischend!
Bekömmlich! Unübertroffen in
Wohlgeschmack. Engros durch
die Mineralwasserfabriken.
Fabr. Max Dinkler, Berlin N.W. 5.

Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut-, Horn- und
Frauenleiden, Seydelstr. 9.
Wochentags 12-2, 3, 4, 6-1/2, 8.

Neue Welt.

Jeden Sonntag:
Gala-Specialitäten-Vorstellung.
Auftreten von Kunstkräften allerersten Ranges.
Sensations-Programm!
Im Saal: Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.
Diese Vorstellungen finden täglich statt.

Max Klien's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Kritische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten
Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Kegelbahnen, Büchereien, Konditorei, Blumenstand zc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Kloster-Garten
am Spandauer Schiffsfahrtskanal, direkt am Jungfernsteg,
Stadt- und Ringbahn-Station Bahnhof Beusselstraße, elektrische
Straßenbahn Nr. 12 (Wörlitzer Bahnhof) — Wörlitzsee.
Heute
Sonntag
Grosses Militär-Konzert
bei jedem Entree.
Jeden Mittwoch: Grosses Kinder-Freudenfest.
Im Riesen-
Parkett-Saal:
Ball
unter Leitung des Tanzmeisters Herrn
Max Fuss.
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an
geöffnet. 16845
Grosse verdeckte Hallen.
Zwei Kegelbahnen.
Volksbelustigungs-Platz.
W. Pasternacki.
Hmt 2 Nr. 2694.

Diez' Specialitäten-Theater
Landsberger Allee 76-79
direkt Ringbahn-Station. Bequemste Verbindung nach allen Richtungen.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
im herrlichen Garten oder großen Saal:
Das konfurrenzlose Juni-Programm.
40 erstklassige Nummern!
mit köstlichem Beisatz, u. a.:
Neu für Berlin: Marco et Tatjana. Die Berliner Lieblinge
Jackson-Troupe, Akrobaten, 5 Pers. Orig.: Mita Roselli, Tana-Soubri.
Mstr. Brown in 1. Bunderhunden. Orig.: Fritz Brand, Humorist.
The Orig.-Beirots, Burd. eccentric. Walter Carlson, das Phänomen usw.
Kaffeeküche, Warme Küche, Kegelbahn, Volksbelustigungen.
Jeden Sonntag, Montag und Sonnabend bis 2 Uhr: Ball.
Entree Wochenlats 20 Pf. Sonntags 30 Pf.

Papier-Gewerbe-Ausstellung
Jubiläums-Ausstellung
des Papier-Vereins Berlin und Provinz Brandenburg 1904
vom 2. bis 15. Juni im Ausstellungs-Gebäude
Berlin S. 14,
Luisenhof, Dresdener-Strasse 34-35.
Geöffnet: 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends.
Eintrittspreis 50 Pf.

Mente's Volksgarten
Lichtenberg, Roederstr. 35-36. Eingang auch
Landsberger Chaussee.
Heute sowie jeden Sonntag:
Grosses Konzert und Harburger Säng.
3. Böhne: Specialitäten-Theater. 1259b*
Im Riesensaal: Ball. Tanzmeister
Wilhelm Bauer.
3 Kegelbahnen ♦ Kaffeeküche ♦ Volksbelustigungen aller Art.

Ernst
Konzert-Garten
Friedrichsherg
Jeden Sonntag: Konzert u. Specialitäten-Vorstellung.
Im Saal: Grosser Ball. 53982*
Jeden Mittwoch: Tanz-Reunion.
Küche und Keller in bekannter Güte.
Hierzu ladet freundlichst ein
Ernst Höflich.

Höflich's
Ball-Salon
Frankfurter Chaussee 120
Jeden Sonntag: Konzert u. Specialitäten-Vorstellung.
Im Saal: Grosser Ball. 53982*
Jeden Mittwoch: Tanz-Reunion.
Küche und Keller in bekannter Güte.
Hierzu ladet freundlichst ein
Ernst Höflich.

Treptow. Bade's Volksgarten
Parkstraße. Haltestelle d. elektrischen
Strassenbahn (Siemens)
Jeden
Sonntag: Gr. Specialitäten-Vorstellung. Entree frei.
Im Saal: Gr. Ball. — Vereinen bestens empfohlen. Amt IV 1278.

Treptow Ludwigs Parkrestaurant
Köpnicker Landstraße 25/26
Haltestelle d. Strassenbahn Siemens u. Galtze
Jeden
Sonntag: Gr. Freikonzert. Im Saal: Gr. Ball.
Jeden
Donnerstag: Großes Kinderfest und Ball.
Kaffeeküche täglich geöffnet.
Zu Sommer- und Winterfesten halte meine Lokalitäten bestens empfohlen.
Im Garten 6000 Sitzplätze. Im Saal und Nebenzimmern Platz für
1000 Personen. 53162*

NEU-TIVOLI
Neue Krug-Allee 59
Jeden Sonntag:
Grosser Ball
wozu ergebenst einladet
Fritz Preuss. 5176L*

Sportpark Friedenau.

Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 4 Uhr:

Friedenauer Goldpokal

75 Kilometer-Rennen mit Motor-Schrittmachern
Es starten: Robl, Dangla, Dickentmann, Demke, Salzmann.

Seeterrasse Lichtenberg

Röderstrasse 6.

Heute, Sonntag, den 5. Juni 1904:

Grosses Garten-Konzert,

Brillant-Land- und Wasser-Feuerwerk, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

In beiden Sälen: **Grosser Ball.**

Kaffeeplätzchen, Regelmässige, Ruderboote, Vergnügungs-Part.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Inhaber: Komm.-Ges. Alfred Walter.

Wilmersdorf. Restaurant Selke.

Brandenburgische Strasse 100.

Angenehmer Familien-Aufenthalt. ♦ Musikalische Unterhaltung.
Vereinszimmer (80 Personen). ♦ Billardzimmer.
♦ Warme Küche zu soliden Preisen. 49212*

Hasselwerder

an der Oberspree.

Billigste Dampfer-Extrafahrten (Kesselfahrer-Dampfer)
von Reichelsbrücke ab nachmittags 2 Uhr circa halbstündlich nach Hasselwerder.
Wochentags 10 Pf., Sonntags 30 Pf.
Jeden Sonntag:

Grosses Garten-Konzert u. Ball.

Wochentags: 53232*

Frei-Konzert u. Tanzkränzchen. Volkabelustigungen.
Wein Lokal, 10000 Personen fassend, empfehle Gewerkschaften, Vereinen,
Fabriken etc. zur gefälligen Benutzung. Einige Sommerabende noch frei. Um
geneigten Zuspruch bittet **Gustav Hempel.**

Nieder-Schöneweide.

Restaurant „Kleine Fischerhütte“.

Empfehle mein herrlich gelegenes Lokal zu den bevorstehenden Partien.
Kamillen können Kaffee kochen. Gut gepflegte Tiere. Gute Küche.
Billige Preise. Motorboot-Fahrt und Uebersehbühnen. 49082*
Um geneigten Zuspruch bittet **Julius Fischer.**

SPREE-HAVEL-GESELLSCHAFT
DAMPFSCHIFFFAHRT
Den verehel. Vereinen, Gesellschaften etc. empfehlen wir unsere
44 Dampfer und 5 Schnell-Motorboote, je nach Größe 60-400 Personen
fassend, zu Ausflügen nach der Oberspree und Havel, zu den billigsten
Preisen. Durch den Neubau von 5 grossen Salon-Doppelschrauben-
Dampfern und 2 Motorbooten, die mit allem Komfort der Neuzeit ein-
gerichtet und mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet werden, sind wir
in der Lage, allen Anforderungen gerecht zu werden. 48942*
Bei dieser Gelegenheit dürfen wir mit Recht noch besonders auch
auf unsere geräumigen elektrisch beleuchteten Brückenanlagen hin-
weisen, die jeder Zeit selbst den größten Vereinen eine bequeme und
schnelle Expedition, namentlich bei der Rückfahrt ermöglichen.
Jede Auskunft erteilen bereitwilligst unsere Bureau's:
Berlin SO. 16, Brückenstr. 6b, II. Potsdam, Lange Brücke
Telephon-Nr. 4 Nr. 2419. Telephon Nr. 124.

Diese Woche. 25 000 Meter Seide!

Das Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Spandauer-
strasse 33/35, I., stellt nach beendeter Engros-Saison grosse
Posten Seiden zu enorm billigen Preisen zum direkten
Verkauf an Private.
Reinseidene Bluse, 4 Meter prima Seide 3,50, 5,00, 7,50
Reinseidene Hochzeits-Robe, 12 Meter prima Seide
15,00, 20,00, 25,00
Reinseidene Braut-Robe, 16 Meter prima Seide
17,50, 22,50, 25,00
Reinseidene Strassen-Robe, 12 Meter prima Seide
12,00, 15,00, 20,00
Reinseidener Kostümrock, 7 Meter prima Seide
10,50, 15,00, 17,50
Reinseidener Jupon, 6 Mtr. prima Seide 9,00, 12,00, 14,50
Elegante Sommer-Solden, Foulards, Libertys, Basto Louisines für die
Reise 1,00, 1,25, 1,50. Einzelne reinseidene schwere Damast-
Roben 15,00, 20,00, 25,00. Futter-Seiden jeder Art 60 Pf., 75 Pf., 1,00.
Bevor Sie Seide kaufen, prüfen Sie ohne Kaufzwang
dieses Angebot. Bitte genau auf Engros-Firma und Adresse
zu achten.
Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin, jetzt nur
Spandauerstr. 33/35, 1 Treppe links, Ecke Simons-Apothek.

Komplette
Küchen-Einrichtungen
130 Teile für 35 Mark
200 " " 75 "
800 " " 150 "
Alle Artikel auch einzeln sehr billig.
L. Katz & Co.,
Spandauer-Strasse 45
und 56.

Central-Verband der Maurer.

Zweigverein Berlin.

Sektion Putzer.

Am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstrasse 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Welche Folgen hat bis jetzt die Einführung der achtstündigen
Arbeitszeit gezeitigt? 2. Beschlußfassung über den Antrag der Comanten, Annulierung des letzten Ver-
sammlungsbeschlusses, das Stimmrecht betreffend. 3. Verschiedenes Vereinsangelegenheiten. 133/19*
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die örtliche Verwaltung. J. H. H. Neumann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: SO., Engel-Ufer 15. — Fernsprecher: IV, 3578.

Montag, den 6. Juni 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlungen.

Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe,
Tagesordnung: 1. Bericht des Kollegen R. Fendel über den Verbands-
tag. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
bei Wernau, Schwedischerstr. 23/24.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Georg Davidsohn über:
Englische Revolution. 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung über die neue Zahl-
stelle und Wahl zweier Beitragsammler. 4. Verbands-Angelegenheiten.
5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Besuch wird gebeten.

Osten u. Nordosten: bei Mann, Strahbergerstr. 3.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Schütte über: Vulkan
und Erdbeben. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten (Wahl eines
Beitragsammlers). 4. Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch wird erwartet. 85/2

Süden und Süd-Osten: im „Märkischen Hof“,
Admiralstr. 18c, abends 8 Uhr.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Pawlowitsch über: Leben
und Leiden im Zuchthaus und Straßgefängnis. 2. Diskussion. 3. Verbands-
Angelegenheiten.
Nichtmitglieder und Frauen haben als Gäste freien Zutritt.

Westen und Süd-Westen: in Habels Brauerei, Berg-
mannstr. 5-7, abends 8 Uhr.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Bierthaler über Prostitution.
2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.
Nichtmitglieder und Frauen haben Zutritt.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Achtung! Parkettbodenleger! Achtung!
Montag, den 6. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15:
Kommissions-Sitzung mit Vertrauensleuten.
Jede Firma muß vertreten sein. Der Obmann.

Montag, den 6. Juni, abends 5 1/2 Uhr:
Bezirk Friedrichsberg bei Lutterbasse, Friedrich
Karlsruhe Nr. 11:
Bautischler-Verammlung.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Steinarbeiter.

Donnerstag, den 9. Juni cr., abends 8 Uhr, im „Englischen
Garten“, Alexanderstr. 27c:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Die Kasparierung in Schweden. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht (172/11) Der Vorstand.

Charlottenburg.

Mittwoch, den 8. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause,
Koslowstr. 3:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die sozialpolitischen Aufgaben der Gemeinden. Referent: Reichs-
tags-Abgeordneter Genosse Dr. Südekum. 2. Ansprache des Kandidaten
zur Stadtverordneten-Versammlung, Großfabrikanten Paul Liebe.
3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 203/7
Wir erwarten zahlreiches Besuch, der für die Genossen dringende
Pflicht ist.
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen

Filiale Berlin.
Dienstag, den 7. Juni 1904, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung: 1. Wahl von zwölf Delegierten zu dem am
1. August und folgende Tage in Dresden stattfindenden 8. Verbandstage.
2. Vortrag des Herrn R. D. Baer über: Die Entstehung und Ab-
kündigung des Weichens. 3. Mitteilungen der Ortsverwaltung.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Das Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe oder mit über
13 wöchentlichem Rückstande erhält niemand Zutritt. Auch demjenigen,
der sein Mitgliedsbuch verliert, wird ohne Ansehen der Person der Zutritt nicht
gestattet. Die Neuzugeworbenen sind angehalten, streng darauf zu achten.
163/1 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3363.

Achtung! Schlosser!

Montag, den 6. Juni 1904, abends 8 1/2 Uhr, bei Engenbagen,
Cranienstr. 147 (am Moritzplatz), großer Saal:
Allgemeine Versammlung
der Schlosser Berlins u. Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ed. Bernstein über:
„Arbeitszeit und Arbeitslohn“. 2. Stellungnahme zu dem projektualen
Stufschlag für Ueberstunden. 3. Was gilt als Ueberstunde? 4. Bericht der
Kommission. 116/4
Um zahlreiches Besuch bittet
Die Ortsverwaltung.

Reichels Special-Mittel

töten unfehlbar
Wanzen, Schwaben, Motten
und jede Brut.
Verstärktes „Wanzenfluid“
Fl. 50 Pf., 1.-, 2.-, Ltr. 5.- M.
Special-Schwabenspulver
„Poudre Martial“ 50 Pf., 1.-,
2.-, Pfd. 4 M. Special-Motten-
pulver 50 Pf., 1.-, 2.-, Pfd. 3 M.
Mottenvertilgungs-Tinktur
Fl. 75 Pf., 1.50 und 2.50 M.
Anerkennungen aus aller Welt.
Echt und
garantiert
wirksam nur,
wenn in Origina-
lpackung,
mit dieser
Marke ver-
schlossen.
Erhältlich in
Drogerien
mit Piktanten Tod u. Teufel.
Berlin SO.,
Eisenbahnstr. 4.
Lieferant für Armee und Marine.



Verlag M. Richter, Berlin SO. 10.
Soeben erschienen. II. Aufl.
Die Farnleiden,
ihre Verhütung, Behandlung
und Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
Berlin, Königgrätzerstr. 27. Preis 1 Mk.

Die wöchentliche Zeitung „Der Arbeiter“
abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
Bericht des Genossen Molkenbaur über: „Unsere politische Lage“.
Diskussion. Bericht des Vertrauensmannes. Verschiedenes.
Um zahlreiches Besuch ersucht
Der Vorstand.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 6. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr,
bei Graumann, Nauenstrasse 27:
Werkstatt-Delegierten-Versammlung.
Die wichtige Tagesordnung wird in der Versammlung
bekannt gemacht.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
146/14 Der Vorstand.

Rummelsburg.

Socialdemokratischer Wahlverein.
Dienstag, den 7. Juni, abends 8 Uhr,
im Lokale der Witwe Weigel, Lü
Nr. 37:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
Vortrag des Genossen Molkenbaur über: „Unsere politische Lage“.
Diskussion. Bericht des Vertrauensmannes. Verschiedenes.
Um zahlreiches Besuch ersucht
Der Vorstand.

Vergolder Berlins!

Dienstag, den 7. Juni 1904, abends 8 Uhr:
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 4.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Verhandlungs-Kommission. 2. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller ist dringend notwendig.
226/8 Der Vorstand.

Centralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter

Deutschlands. — Ortsverwaltung Berlin I.
Bureau und Arbeitsnachweis: „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, II.
Zimmer 13-16, öffentl. mocht. 8-6 Uhr. — Telephon: Amt 4 Nr. 3348.

Großes Volks-Sommerfest

Sonntag, den 12. Juni, in „Meines Volksgarten“,
Lichtenberg, Röderrstraße 35/36.
(Eingang auch Landsberger Chaussee.)
25 000 Personen fassend. Bei ungenügender Bitterung ist genügend
Schnap unter den Kleingeldern.

Großes Konzert * Vorstellung auf zwei Bühnen:

1. Harburger Sänger, 2. Specialitäten-Theater *
Großer Saal * Preis-Regelschieben.
Puppen- und Kasperle-Theater. Fackel-Polonaise,
wogu jedes Kind am Eingang eine Stocklaterne gratis erhält.
Zum Schluss: **Gr. Brillant-Feuerwerk.**
Billets a 20 Pf. sind im Vorverkauf im Bureau, in allen Zahl-
stellen, bei den Bezirksführern sowie bei sämtlichen Betriebs-Vertrauensleuten
zu haben. In der Kasse 25 Pf. Kinder frei. 68/6
Kasseneröffnung 2 Uhr nachmittags. Anfang des Konzerts 4 Uhr.
Das Komitee.

Das Neue Montagsblatt

Herausgeber:
Ed. Bernstein.
No. 6, Montag, den 6. Juni:
Inhalt u. a.: Zweierlei Kulturkampf. (Leitartikel) — Glossen. —
Frankreich und der Papst. — Ein Zeugs (Buch der Woche) — Ver-
tröstung und Ausbeutung im Spiritusgeschäft. II. —
Ein Brief aus dem Schlesischen Busch. — Kritische Wochenschau. —
Gewerkschaftliche Wochenschau. — Feuilleton. — Theater. — Kunst. —
Depeschen. — Lokales. — Sport.
Ausgabe von 7 1/2 Uhr morgens ab. Expedition: Schützenstr. 14.

„Fides.“

Um die Geschäftspraxis eines Defektiv-Bureau's handelte es sich bei einer Anklage, deren Verhandlung gestern vor der achten Straf-

träge mit Honorarsummen von 1000 bis 1500 M. Die Anklage wirft ihm vor, daß er trotz dieser hohen Einnahmen seine Gläubiger be-

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königliches Opernhaus. Sonntag: Bajazz. Cavalleria rusticana. Montag: Carmen. Dienstag: Die weiße Dame. Mittwoch: Der Barbier von Sevilla.

Deutsches Theater. Sonntagnachmittag: Roma Barba. (Anfang 2 1/2 Uhr.) Sonntagsabend: Der Meister. Montag: Rose Bernd. Dienstag: Rosenmontag.

Eingegangene Druckschriften.

Dr. G. Th. Jörjier. Keinen Tisch in Südwestafrika. Lose Blätter zur Geschichte der Besiedelung. 48 Seiten. Verlag W. B. Köhler, Berlin W. 30, Golzstr. 24.

Marktpreise von Berlin am 3. Juni 1904

Table with 4 columns: Commodity, Unit, Price, and another Price. Includes items like Weizen, Roggen, Butter, Eier, etc.

Paletots u. Mäntel. Loden-Havelocks. Sommer-Paletots. Regen-Mäntel. Includes illustrations of men in coats.

Mass-Anfertigung. Sommer-Jacketts. Sommer-Joppen. Lüster-Jacketts. Sommer-Pikee-Westen. Strand-Anzüge. Papierfaser-Anzüge. Strohhüte. Includes illustration of a man in a jacket.

Moderne Anzüge. Includes illustrations of men in suits and text describing modern suits.

Schul- und Ferien-Anzüge. Solide, praktische Waschestoffe in bequemen, kleidsamen Fassons. Includes illustration of a schoolboy.

Stoff-Hosen. 3000 Knaben-Anzüge. Includes illustration of a boy in a suit.

BAER SOHN. SPECIAL-HAUS GRÖSSTEN MASSSTABES. Chausseestrasse 24a-25. 11 Brückenstrasse 11. Gr. Frankfurterstr. 20. Größte Auswahl. — Feste, billigste Preise. — Bar-Verkauf.

Socialdemokratischer Wahlverein im 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Den Genossen zur Nachricht, daß das Mitglied **Friedrich Keilhack**, Breiterstraße 10, nach kurzem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, Sonntagmorgen 4 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Jacobifriedhofes, Hermannstraße (Nigborf) aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand**.

Am 1. Juni verstarb unser Kollege, der Metallarbeiter **Franz Kaczmarek** nach langem Leiden. Ehre seinem Andenken! Die Arbeiter der Firma Biedermann & Czarnikow. Beerdigung: Heute um 3 1/2 Uhr auf dem katholischen Kirchhof in Mariendorf. 17546

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. **Todes-Anzeige.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Franz Kaczmarek** am 1. d. Mts. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des katholischen Kirchhofes in Mariendorf aus statt. Nege Beteiligung erwartet 116/3 **Die Ortsverwaltung.**

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Ortsverwaltung Berlin). Unseren Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß Kollege **Wilhelm Schönbeck** nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Montag, den 6. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes Friedrichstraße aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 200/7

Todesanzeige. Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Tischler **Herm. Bartels** am 2. Juni cr., abends 11 Uhr, sanft entschlafen ist. Die trauernde Witwe. Die Beerdigung findet Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Charlottenburg, Steiner Friedhofstraße 60, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die betrübende Nachricht, daß unser Vereinsgenosse **Georg Gerechter** am 27. Mai durch den Tod aus unserm Kreise gerissen worden ist. Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm der **Ruder-Verein „Vorwärts“**. Die Beerdigung findet heute, Sonntagmorgen 4 1/2 Uhr, auf dem Friedhofe der jüdischen Gemeinde in Neu-Weißensee, Solthringersstraße, statt. 17016

Todes-Anzeige. Den Parteigenossen von **Johannichal und Rudow** zur Nachricht, daß der Genosse **Urban** in Rudow, Widmarstraße 45, am Donnerstagmorgen im Krankenhanse zu Brich gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus statt. 203/6 Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand des socialdemokr. Wahlvereins.**

Dankfagung. Für die Beweise herzlichster Teilnahme sowie die reichen Kranzsendungen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines guten Vaters **Rudolf Seydel** sagen wir allen Bewandten und Bekannten sowie den Kollegen der v. F.-G. Braunerstraße, unseren innigsten Dank. 17796 **Wwe. Seydel nebst Kindern.**

Dankfagung. Für die herzlichste Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und meines guten Vaters, des Schriftsetzers **Rudolf Freese** sagen wir allen Teilnehmern unsern herzlichsten Dank. 54842 **Krau Ida Freese nebst Kindern.**



Pereat (gesetzlich geschützt) wirkungskräftigstes Insektenpulver. Bestes Mittel zur Vertilgung von Schwaben, Fliegen, Motten, Wanzen, Ameisen usw. Nur echt in Original-Blechdosen und Papierbeuteln, die den Namen **Pereat** tragen.

Fritz Kratz, Drogen Berlin N. 39, **Reinickendorferstr. 70,** Ecke der Fennstraße. Fernsprecher: „Amt II. 2631.“

29 Gardinenhaus Bernhard Schwarz Ballstr. 29 Plur.-Eing.

Lächerlich!! billig verkaufen wir unsere eleganten **Herren-Anzüge, Frühjahrs-Paletots, Hosen** etc. in neu, getragene Garderobe zu Preisen von **8.-, 10.-, 12.- bis 25 Mk.** **Monats-Abonnementssachen** (an feinste Herrenschaften vertilgen), für jede Figur (bzw. Bauch) passend, zu sportbilligen Preisen. Hauptgeschäft **J. Wand, Prinzenstr. 17,** a. d. Wasserthorstr. 2. Gesch. **Gr. Franzfurterstr. 116.** Sonntags 7-10, 12-2 Uhr.

Stephdecken kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wandstraße 72, wo auch alle **Stephdecken** aufgearbeitet werden. **W. Strohwandel, Berlin 14,** Mühlentor Friedhofstraße gratis.

Reste modernster Herren-Anzug-Stoffe spottbillig **Zuch-Niederlage, Weinbergsweg 11A, A. Störbeck.** Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr. Auf Wunsch Anfertigung nach Maß unter Garantie für taubelosen Sitz. Anzüge nach Mass von **38 Mark an.**

RHEINWEIN MARKE **Fuchssprung** 75-100 CABINET 152 **edle Blume, garant. rein überall „haulich“** General-Depot: Sommer, Bergstr. 34

Wanzen, Schwaben und Ungeziefer mit allem Detail verliert man totlicher u. schnell nur allein mit **Noas** unerreichbar, unerschütterlichen Spezialmitteln. Preis pro Bortion in Umh. -50, 1.-, 1.75 u. 3.-. Einzlg. u. alleinst. mit nur beim Erfinder u. Fabrikanten **Elmsasserstrasse 5, Max Noa, 2. Hans v. Kelenstr. 23a.** Lieferant f. Militär u. städt. Behörden.

Singer Nähmaschinen. Einfache Handhabung! 46072* **Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!** Weltausstellung **Grand Prix** höchster Preis der Ausstellung. Paris 1900: **Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäherlei.** Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb. **Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.** Berlin W., Leipzigerstrasse 92.

Achtung! Gewerkschaften und Vereine. Tanzlehrerverein „Solidarität“ (gegründet 1892) empfiehlt sich hierdurch bei vorstehenden Festlichkeiten. Bestellungen sind zu richten nach dem **Vereinslokal, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, am Büffet.** Tagung: Jeden Freitag, abends 9 Uhr. 200/2 **Der Vorstand.**

Berliner Arbeiter-Ruder-Verein „Jalk“. Bootshaus: Stralau, Tunnest. 30. 17425 **Ausnahme neuer Mitglieder Mittwochabends 9 Uhr bei Kaufold, Marktstr. 47.** Bothenbeitrag: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.

Achtung! Vereine! Achtung! Für Sommer- u. Kinderfeste empfehlen: 54752* **Stadtlaternen, Fackeln, Schürpen, Kopfbedeckungen, Lampions, Dekorations-Guirlandes, Verlosungsartikel in großer Auswahl.** Garten, Senjen, Reglerpreise, Tur- und Scherzartikel, Feuerwerk, Festabendchen. **Gr. Auswahl, bill. Preise, coolantestes Entgegenkommen.** **Pohl & Weber Nachf.** 1. Geschäft: Berlin S., Neue Jakobstraße 8. 2. Geschäft: Berlin C., Alexanderstraße 51/52, I. Etage. Kataloge gratis und franco. — Versand nach ausserhalb prompt.

Staubmäntel - Waschkleider werden unter Engrospreis direkt aus der Fabrik im Einzelverkauf abgegeben. 9/1* **Kleine Jäger-Strasse 6/7, Nähe Hausvogteiplatz.** Geöffnet 10-6 Uhr.

Willy Trapps 54592* **Restaurant zur Untergrundbahn, Treptow.** **Grosses Familien-Restaurant** mit herrlichem schattigen Garten und großen verdeckten Hallen, ca. 2000 Personen fassend, vis-à-vis d. Spretelunnel **Familien-Kaffeeküche.** **Vorzügl. Speisen u. Getränke zu soliden Preisen.** ff. Weidbier, helles Lagerbier d. Berl. Bodbrauerei, echt. **Kulmbacher, Volksbier,** aller Art. Schlingstand, Schaufel, Würfelbuden etc. **Willy Trapp.**

Wissen Sie es schon? **Arconafahrräder** sind die besten & billigsten sind. **Neue elegante Halbrenner 57, 60, 65, 68 M.** mit einjähriger Garantie; mit Freilauf 2,90 M. mehr. Laufdecken 3,00, 3,50, 4,50. Luftschläuche 1,75, 2,50. Pedale 0,90. Ketten 1,00. Acetylenlaternen 1,00. Oellaternen 0,50. Achsen 0,50. Schlösser 0,10. Fusspumpen 0,50, 0,75. Gesp. Räder 4,50. Radständer 0,30, 0,50. Zahnkränze 0,30, 0,50. Kettensrüder 2,50. Schalene 0,30 etc. — Vertreter überall gesucht. Angenehmer Nebenverdienst. — Nähmaschinen 37 M., 5 Jahre Garantie. **Ernst Machnow, Arconafahrräderwerke, Berlin N., Arconaplats 1.** 53808*

Das Zahnatelier von **Emil Schäfer** befindet sich **nur allein Urban-Strasse 133 II,** vis-à-vis der Fichtestrasse.

Hocheleg. stabiler Halbrenner (taubellos) billig zu verkaufen **Kürassierstrasse 15, III r.**

Tadelloser Sitz. Beste Verarbeitung. **Versandhaus Germania** 4558L* **Unter den Linden 21 II. Fahrstuhl** Wir verkaufen von der vorjährigen Saison hochvernehme **Herren-Anzüge und Paletots** aus feinsten Massstoffen **25 bis 40 Mk., hoch-elegante Beinkleider 9 bis 12 Mk.** **Zurückgesetzte Paletots, Anzüge, Havelocks, Gummimäntel, Joppen** für **die Hälfte der bisherigen Preise.** **Sonntag von 8-10 und von 12-2 Uhr geöffnet.** **Gediegene Stoffe. Vornehme Façons.**

Rohtabak Beste Qualität. Billigste Preise. **Unter Brand! Vorzügliche Qualität.** **Sämtliche Fabrikations-Artikeln** Neue Formen, sehr große Auswahl zu Original-Fabrikpreisen. **Reinrich Franck,** 185 Brunnenstr. 185.

Roh-Tabak **Carl G. Zahmann,** Berlin N., Brunnenstr. 195 offeriert billigst: 4679L* **Sumatra-Decken** von 140-500 Pf. **Java-Umbblatt** 105-135 **Java Einlage m. Umbll. v. 80-100** **Brasil** 85-150 **Mexiko, gran. fl. Br. u. Arb.** 260-400 **Loquat, blattig, rein am.** 80-85 **Cuba, Domingo, Carmen, Märker, Rebut, in best. Ware, sehr preiswert.** Auf diese meine Originalpreise gewöhre, damit sich **jeder** von meiner Preiswürdigkeit überzeugen kann, folgenden **Extra-Rabatt:** 5/10 a. Decken am 1. Montag } jed. 3/10 a. Umbblatt 2 " } Mo- 3/10 a. Einlage 3 " } nats.

Roh-Tabak. Große Auswahl, billigste Preise. Formen: Original-Fabrikpreise. **5. J. Fränkel,** Neue 5. 11. Kottbuser Strasse 11. 181. Brunnenstrasse 181. **Roh-Tabak.** **8. Nauen,** n. d. Schmiedestraße Tempelinerstr. 3

Mexiko 3 Pfund deckend & 2 M. **Edm. Lindenstädt,** 16. Brunnenstrasse 16. **Brinkmeier & Co.,** Filiale Berlin N., Brunnenstrasse 182. Wir offerieren eine Partie **grauen Mexico** neuester Ernte, St. Andre's Gewächs, zum Preise per Pfund **400 Pf.** bezogll. 50112*

Achtung! **Mexiko, ff. Brand und Geschmack,** per Pfund bezahlt 1,20 R., 1,80 R., 2 R. bis 6 R. **Carmen la** gute Qualität, per Pfund 0,85 R., 1 R. **Großes Blattiges Gewächs,** sehr zu empfehlen, per Pfund 1,20 R. **Berlin O., Keibelstr. 34.** !! Von 36 M. an !! Anzug nach Maß, neueste Frühjahrs-Modell, feinste Zuthaten, 2 Anpr., für guten Sitz belam gold. Red. **Ludwig Engel, Prinzauerstrasse 23, II.** (Alexanderpl.) Geogr. 1892. 112/13

Roh-Tabak **Decke Nr. 5194** hell, gepfeilt, schönweich brennend, l. Länge Rollblatt 38282* **a Mk. 2.80 verzollt.** **W. Hermann Müller,** Berlin O., Alexanderstr. 22.

Billigste Uhr-Reparatur. Werkstatt Ritterstrasse 125. **Taschenuhr reinigen 75 Pf.** **Neue Feder 75** **Regulator reinigen 1,50 R.** **Weder do. 60 Pf.**

Rohtabak **Max Otto,** Filiale: 46882* **152 Brunnenstr. 152.** Billige Preise. Reiche Auswahl. **Künstliche Zähne, Plomben** etc. **Karl Goeringer, Dentist,** N., Eichendorffstr. 21, früher Brunnenstr. **Baustellen** **10 Mark an,** im fertigen von 20 Pf. an. **Stell. Bahn** 20 Pf. Tour, 10 Minuten von Bahn, zu verkaufen. **Näheres A. Joers,** Schlächtermeister, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 125. 17686 **O. Joers, Garow** bei Berlin.

F. Bergmann & Sohn, Stadendstr. 53. **Ferretalerstr. 42.** **Kinderwagen 8.-** **Sportwagen 8.75** **Mit Verdeck 9.50** **Kinderballstollen 7.-** **Großartige Auswahl** **Best. Fab. 800. Breite.** **Wulstb. gr. u. franco.** **Verwand ab Fabrik.** Auf Wunsch Katalog. **Preise** **beliebige Teil-** **zahlung.** **Invaliden-** **u. Moabit, Emdenerstr. 22.**

J. Baer Ecke **Badstr. 26, Prinz-Allee** Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Elegante Paletots und Havelocks. **Grosses Lager in- und ausländischer Stoffe** zur Anfertigung nach Mass. **Allerbilligste, streng feste Preise.**

Kredit. **Monatlich** **10 Mark** — **liebere Anzüge** **Paletots** nach Maß. **Per Kasse auch billigste Preise.** **Schneiderrst.,** **J. Tomporowski, Prinzenstr. 55.**

Wer Stoff hat! fertige bei gutem Sitz und guten Zuthaten **Jackettanzen** von **18 M. an.** 44202* **Alexander Schmidt,** Wienerstr. 1-6, I. 1. Kaufgang. **Mit Stoff Anzug von 27 M. an.**

Wer in Berlin billig u. gut wohnen will, ist das **City-Hotel,** gelegen, bestens empfohlen. 85 Zimmer mit 100 Betten von 1 1/2 Mark an. — **Neue Verwaltung.** 5198L*

Sie kaufen am Besten!!! auf **Teilzahlung** bei **Juhre & König,** Warschauerstr. 72. (Wöchentlich nur 1 Mk.) Herren-, Damen- u. Wecker-Uhren, Regulateure, Broschen Ringe, Ketten. 49562*

Das bekannte Berliner Uhren-Versandhaus **Charlottenstr. 15** **Geegründet 1848** verkauft nebenstehenden **Jugendstil-Fröschwinger** hochmodern, 3jährige schriftliche Garantie u. d. billigen Preise von **12,50 Rf.** **Bestandung frei Porto extra.** **Nachn. ob. Boreinfendung.**

Kranz- und Blumenbinderei von **Robert Meyer,** nur **Mariannen-Strasse 2.** **Bereits-Stränge, Palmen- u. Blumen-** **Arrangements, Bouquets, Guirlandes** usw. werden sein u. preiswert geliefert.

Kranz- und Blumenbinderei von **H. Rodewald,** **Alexandrinonstrasse 1a.** **Kranze mit Bindungsgeschleifen,** **Kranz zu Festlichkeiten, Bouquets,** **Topfgewächse jeder Art u. preiswert.**

Kranz- u. Blumenbinderei von **H. Eckert,** 98. Kottbuser Damm 98.

Brauerei Germania **Aktion-Gesellschaft** **Frankfurter Allee 53.** **Flaschenbiere** **M. 1,50** **frei Haus.** **Fernsprecher VII. 2645.** **Fernsprecher VII. 2646.**



WAARENHAUS HERMANN TIETZ

Leipzigerstrasse 46-49 — Krausenstrasse 46-49.

Montag, Dienstag, Mittwoch

Soweit der Vorrath reicht

Bei Schluss der Saison

bringen wir

ca. 6000 Stück Seiden-, Kleider-, Waschstoffe

welche wir in ersten Fabriken sehr preiswerth erstanden haben,

theilweise zur Hälfte des Werthes zum Verkauf.

Waschseide imitirt in vielen Farben u. Dessins Mtr. **20 25 Pf.**

Blusenstoffe imitirt Leinen, mit Seidenglanzstreifen Mtr. **30 35 Pf.**

Blusenzephyr sehr grosse Musterauswahl, 70 cm breit **33 Pf.**

Batist Percal bedruckt, für Blusen u. Kleider Mtr. **27 Pf.**

Weisse Batiste durchbrochene Stoffe in vielen Mustern Mtr. **40 50 Pf.**

Knaben-Anzug-Stoffe einfarbig u. gestreift Mtr. **65, 75, 90 Pf.**

Organdystoffe Bedr. Batiste Piqué-Brocato Stoffe } Wert bis 1⁸⁰ Mtr. **40 Pf.**

Organdystoffe Satin bedr. Leinenstoffe, Fourladine etc. } Wert bis 1⁴⁵ Mtr. **60 Pf.**

Organdystoffe Leinenstoffe Fantasiestoffe etc. } Wert bis 2⁰⁰ Mtr. **1⁰⁰**

Seidenstoffe und Kleiderstoffe

Japanische Waschseide Blusenseide blau-grün Foulards bedruckt } durchweg Mtr. **95 Pf.**

Schottische Seidenstoffe Bastseide (Shantung) Foulards (Peau de gant) } durchweg Mtr. **1 25**

Satin Messaline Reine Seide, hochmodernes Gewebe für Kleider und Blusen, regul. Preis 2,85, Mtr. **1 95**

Wollmousseline Mtr. **65 85 Pf.** Bedruckt Reinwoll. Voile teilweise nicht ganz klar im Druck Mtr. **75 Pf. 1⁰⁰**

Sämmtliche angesammelten **Waschstoff-, Seiden-, Voile-Reste u. Coupons** kommen bedeutend ermässigt zum Verkauf.

Darunter Blusenstoffe Batist Percal, Coupon 2 1/2 Mtr. 65 Pf. • Glatte Voile-Reste u. Coupons, regulärer Preis bis 3,40, durchweg Mtr. 1⁰⁰

Katalog gratis.



Metzner's

Korbwaren. **Kinderwagen.** Beststellen.

Berlin O., Andreasstr. 23, gegenüber Andreasplatz.

II. Brunnenstr. 95, gegenüber dem Humboldthain.

III. Heusselstr. 67, Moabit, Hausnummer achten.

IV. Leipzigerstr. 54-55, unter den Kolonnaden.

Verkauf Hof in Fabrikgebäuden.

Billige Preise.

Grösstes Spezial-Geschäft.

1000 Mark zahle jedem, der mir in Berlin ein grösseres Special-Geschäft in der Branche als das meinige nachweist.

Geschäftsgründung 1873.

Raucher Haas-Tabak



Specialität:
Anerkannt beste Qualitäten
in 10, 20 u. 30 Pfg.-Packeten
für kurze und lange Pfeifen
zu haben in den Cigarren-Specialgeschäften.

Engros-Niederlagen für Wiederverkäufer:

Carl Roecker, Berlin O., Grüner Weg 112.
H. Saltzmann, Berlin S., Luisen-Ufer 3.
F. August Schmidt, Berlin SO., Köpenickerstr. 116.
H. & P. Uder, Berlin SO., Engel-Ufer 5.
A. Capelle, Charlottenburg, Kanistr. 115.

Max Zuckermanns Special-Haus
für Kinderwagen, Sportwagen, Betten und Metall-
bettstellen

(für Kinder u. Erwachsene)
Niefenanzwahl, bestes Fabrikat.
Billigste Preise.
Teilszahlung gestattet, bei größeren
Raten Cassapreise.

Auf Wunsch kommt Vertreter ins Haus.

von 8, 10—75 bis **186 Brunnenstr. 186, I. Etage.** v. 12, 18—100 Pf.

Hermann Wicht Cigarren-Fabrik
früher Dresdenerstr. 16.
jetzt **Gross-Görsechen-, Ecke Steinmetzstrasse**
und **Gr. Frankfurter-, Ecke Markusstrasse**
empfiehlt Cigarren — Cigaretten — Tabak
in bestbekannter Güte und reichlicher Auswahl.



Branche wirkt das Erscheinen der

„Salamander-Stiefel“

auf dem Markt. Nicht nur für das Auge, sondern auch für den strengen Fachmann leistet der „Salamander-Stiefel“ bei dem Einheitspreis von Mk. 12,50 ausserordentliches. Denn zum ersten Mal ist das neue Prinzip von uns verwirklicht, elegante, qualitäts-
reiche u. bildschöne Stiefel für Damen u. Herren zu einem Preis von

Mark 12,50

herauszubringen. Wir haben es gewagt, weil wir mit Hilfe einer neuen Verkaufsorganisation nur einen Preis haben, folglich die endlosen Sortimente über und unter diesem Preis entbehren können und daher das Risiko, Zinsverlust, Lageräume und Personal für ein kolossales Lager für Nummern und Qualitäten, die dann oft liegen bleiben, ersparen. Kommen Sie zu uns und Sie lernen eine grosse Sache kennen.

Verlangen Sie Preisliste.

Rudolf Moos, Berlin C.,

Königstrasse 47, Ecke Hoher Steinweg.

Stammhaus: Friedrichstrasse 221.

Rote + Lotterie.

Ziehung schon 15., 16., 17. Juni. — 6023 Gewinne i. W. v.

170,000 Mark.

Hauptgewinn i. W. v. Mark

50,000, 20,000, 15,000, 10,000 etc.

Originallose à 3 Mk. Porto und Liste 30 Pf.

Oscar Bräuer & Co. Nachf., S. & H.

Bankgeschäft, BERLIN W., Friedrichstrasse 181.
Filialen: NW., Wilmsackerstr. 63. — O., Andreasstr. 46a. — SO., Oranienstr. 177.

Anzüge nach Mass von 24—30 M.

Liefert unter Garantie für guten Sitz [4830L*]

Aug. Löther

Restehandlung Prinzenstrasse 38 I, am Moritzplatz
und **Belle-Alliance-Str. 98 I.**

Mass-Anzüge

4928L*

24 und 30 Mark.

Unter Garantie des tadellosen Sitzes bei peinlichst gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima Partiestoffen mit guten Zuthaten Anzüge nach Mass zu obigen Preisen.

Indem gewesene Angestellte sich speciell auf mein gutes Renomme stützen, mache ich darauf aufmerksam im Interesse des werten Publikums sich direkt zu wenden an

Sonnenschein's Herren-Moden
nach Mass
Chaussee-Str. 54 I — Lindenstr. 95 I.

Von der Bellealliancestrasse 98 verzogen.

Litterarische Rundschau.

Radikalismus und Socialismus in Frankreich.

Mehr und mehr wird die Geschichte der Staaten zu einer Geschichte ihrer politischen Parteien. Das Ausbleiben großer Kriegsereignisse auf dem europäischen Kontinent und das unauffällige Vordringen neuer Ideen auf dem Gebiete der inneren Politik — zwei Erscheinungen, die miteinander in innigem Zusammenhange stehen — lenkt die Aufmerksamkeit der Geschichtsschreiber auf die Entwicklung des politischen Parteiwesens, die alle Reime einer künftigen möglichen Gestaltung der Staatswesen in sich birgt. Und während ein an der Oberfläche hastender „Patriotismus“ sich über den inneren Parteikampf beklagt, der das Land zerreiße, sieht tiefere Einsicht in der aufstrebenden Kette moderner Tagesläufe den wahren Krieg unserer Tage, der die Geschichte der Völker und Staaten vorbereitet.

Die Geschichte der politischen Parteien ist weder für Deutschland noch für Frankreich geschrieben worden. Als zeitlich abgegrenzten Teil einer französischen Parteigeschichte aber möchten wir die umfangreiche Vorrede betrachten, die Jean Jaurès dem jüngst erschienenen ersten Bande seiner gesammelten Kammerreden vorausgeschickt hat. Sie behandelt den Radikalismus und den Socialismus im Jahre 1885, und giebt nicht nur wertvolle Aufschlüsse über die Entstehung jener Richtung des französischen Socialismus, die man jetzt die „jaurèsistische“ heißt, sondern sie giebt dem deutschen Leser auch Gelegenheit, manches zu begreifen, was ihm unverständlich bleibt, wenn er die Voraussetzungen seiner eignen politischen Verhältnisse auf französisches Land willkürlich überträgt. Es mag sich darum rechtfertigen, wenn wir in folgendem den Inhalt jener ausführlichen 178 Druckseiten umfassenden Vorrede in kurzer Zusammenfassung wiedergeben versuchen.

Im Jahre 1881 hatte die „Partei der Konterrevolution“ — Monarchisten und Clerikale — bei den Kammerwahlen eine schwere Niederlage erlitten. Der Hoffnung aber, daß die Herrschaft der gemäßigten Republikaner (Opportunisten) nunmehr gesichert sei, bereiteten die Wahlen von 1885 ein schmachvolles Ende. Damals, als Jaurès zum erstenmal in die Kammer einzog, hatten die Reaktionen mehr als ein Drittel der Kammereritze erobert. Nur ein eifertig geschlossenes Bündnis zwischen Opportunisten und Radikalen, die sich im Wahlkampfe heftig bekämpften, konnte ein weiteres Vordringen der Reaktion bei den Stichwahlen verhindern.

Klerikal-monarchistisch-nationalistische Konterrevolution, opportunistischer Republikanismus und bürgerlicher Radikalismus waren die drei großen politischen Faktoren der damaligen Zeit. Der Socialismus, in Gruppen gespalten, hatte seinen bedeutenden Wahlerfolg erzielt. In seiner Hauptstadt, in Paris, hatte eine sozialistische Koalition (Revolutionsäre und Possibilisten) nur 45 000 Stimmen aufgebracht gegen 180 000 radikale, 60 000 ultra-radikale, 130 000 opportunistische und 90 000 nationalisistische. So beherrschten die Kämpfe zwischen Opportunismus und Radikalismus, zwischen Republik und Reaktion, das politische Feld nahezu ausschließlich.

Was die Opportunisten unter Jules Ferry's Führung und die Radikalen, die vornehmlich Clemenceau repräsentierten, von einander schied, waren hauptsächlich Fragen der Verfassung und der Kolonialpolitik. Die Opportunisten blieben bei der Verfassung von 1875 stehen und verteidigten vor allem die Erste Kammer, den Senat, gegen die Angriffe der Radikalen, die eine Umgestaltung der Verfassung zur möglichst vollkommenen Demokratie verlangten. Die opportunistischen Beherrscher der Republik, die Verteidiger des Bestehenden, suchten die Aufmerksamkeit auf auswärtige Fragen, namentlich auf die Fragen der Kolonialpolitik zu richten. Die Einverleibung Kongo's in den französischen Kolonialbereich bildete den Gegenstand erbitterter Kämpfe, in denen sowohl Clemenceau wie die Monarchisten gegen die Regierung standen: der erstere im Namen der großen Revolution und der von ihr proklamierten Menschenrechte, die keine Unterjochung fremder Völker dulde; die Letzteren, um Mißerfolge und Enttäuschungen, wie sie sich im Verfolg dieser Weltpolitik reichlich einstellten, zur Erschlüpfung der republikanischen Regierung auszunutzen. Seinen Gegenpart zu allen Programmen auswärtiger Machtentfaltung und sein eignes Programm der inneren Entwicklung hatte Clemenceau in wenig Worten geprägt, als er 1885 in einer Versammlung zu Vorbeugung auf den Zwischenruf „Und Elshah-Pöhringen?“ erwiderte: „Es ist nicht unser Wunsch, den Krieg in Europa zu entfesseln. Wenn uns der Krieg erklärt wird, werden wir ihn zu führen wissen. Aber eine bessere Bedanke als die militärische ist die Revanche der Republik, die durch ihre Wiedererwerbung, ihre weise Regierung, die Entwicklung ihrer politischen, wirtschaftlichen, sozialen Institutionen, durch die Entwicklungskraft, die in ihr steckt — ohne daß sie einer andern Propaganda bedürfte als der ihres Beispiels — ... dafür sorgen wird, daß dem französischen Volke wieder sein Recht wird.“

Für Ferry und die Opportunisten war die Politik einfach die Frage der Erhaltung, der rein technischen Regierungsführung. Den Bestand eines sozialen Problems vermochten sie durchaus nicht anzuerkennen, und alle Richtungen des Socialismus standen für ihre bürgerliche Eintagspolitik außer aller Debatte. „Was ist ihr Ideal?“ fragt Jaurès eines Tages den führenden Politiker der regierenden Partei, und er erhält die Antwort: „Lassen Sie das sein: eine Regierung ist keine Trompete der Zukunft!“ Und erst allmählich entringt er dem jähem Schweiger die Antwort: „Mein Ziel ist eine Organisation der Menschheit ohne Gott und ohne König.“ „Hätte er“, bemerkt Jaurès, „noch hinzugefügt: und ohne Kapitalisten“, so hätte er die vollständige Formel des Socialismus gegeben.“

Ganz anders, wie schon gesagt, Clemenceau. Sein Radikalismus war nicht ohne weite Ziele. Während Ferry in der Revolution eine vollendete Erscheinung sah und den bestehenden Zustand der Republik als das erstarrte Produkt vulkanischer Kräfte betrachtete, nahm Clemenceau die Revolution als eine fortwirkende Kraft, die Demokratie als unerschöpfliche Gebärerin immer neuer, besserer Formen, von denen ihm allerdings alle Vorstellungen fehlten. Den revolutionären Socialismus Jules Guesde's bekämpfte er sowohl in seinem Ziel wie in seinen Mitteln. In einer Versammlung im Circus Fernando (1884) bezeichnet er den sozialistischen Staat als den Staat der Missethäter und der Rasernen, und macht sein Verhören seiner principielle Gegner gegen den Staat und aus seiner individualistischen Ueberzeugung, was ihn freilich nicht hindert, hinwiederum den Socialisten gegenüber zu erklären: „Unser Ziel ist daselbe und sie zu gemeinsamer Arbeit für gemeinsame Ideale aufzufordern. Er vertritt die Katastrophentheorie, die Idee einer gewaltsamen Erhebung und weist die Demokratie als den einzigen Hebel alles weiteren Fortschritts.“

Clemenceau, so entscheidet Jaurès diesen Streit, hatte den Weg, Guesde hatte das Ziel. „Die Ueberlegenheit des revolutionären Socialismus ist ungeheuer groß. Er hat die klare Vorstellung des Zieles, nach dem er strebt, der Eigentumsform, die er schaffen will, und er weiß mit vollkommener Gewißheit, daß das bürgerliche und kapitalistische Eigentum sein geschichtlich begründetes Daseinsrecht verloren hat.“ Was aber die Wahl des Weges betrifft, so hatte Clemenceau recht — auch vom Standpunkte des Socialismus. „Da war er der Erneuerer. Die Putsch-Sozialisten, die Socialisten der Barrikade und der Plünder, sie waren die Anhänger der Ueberlieferung, die bloß routinemäßig die vergängliche Latit vergangener Kämpfe in die neue Zeit hinüber schlepten.“

Clemenceau, und darin giebt ihm Jaurès wieder Unrecht, bekämpft die Theorie vom Klassenkampf, an deren Stelle bei ihm eine vage Vorstellung des „Gemeinwohls“ tritt. Wie weit sich aber, trotz dieser oberflächlichen Nichtigkeit, die Ansichten dieser bürgerlichen Radikalen Frankreichs von denen unserer Liberalen und Freisinnigen unterscheiden, wird der deutsche Leser nicht ohne ein gewisses fatanisches Vergnügen aus den folgenden Ausführungen Clemenceaus entnehmen, die sich auf Deutschland beziehen. In der schon öfter erwähnten Versammlung im Circus Fernando sagte Clemenceau: „Ich lade Sie ein, über die Vögel hinüberzublicken. . . Dort sehen Sie den Kampf von Klassen, die streng von einander geschieden sind: einen Kaiser, einen Adel, eine Geistlichkeit, ein Bürgerthum und ein Arbeitervolk in Stadt und Land. Mag sich doch das Arbeitervolk der Industrie und der Landwirtschaft mit der Bourgeoisie vereinigen, nachdem diese aus ihrer Abgeschlossenheit herausgetreten ist, und der Kampf gegen die Geistlichkeit, den Adel, die Monarchie wird kurz und siegreich sein.“

Clemenceau glaubt also — 1884! — seine Klassengenossen in Deutschland hätten keinen anderen Wunsch, aus ihrer Abgeschlossenheit herauszutreten, sich mit dem Proletariat zu vereinigen, und Monarchie, Adel und Kleriker abzuschaffen! Ganz ernsthaft fährt er fort: „Die Trennung des Volkes von der Bourgeoisie verhindert diesen Erfolg.“ Und zu den Versammelten gewendet: „Ihr seid politisch von keinem Herrn abhängig; Ihr braucht nur aufgestanden sein, um frei zu sein und wenn Ihr im Hande seid, ein besseres Regime einzuführen, so seid Ihr in der Lage, es zu thun.“

„Das deutsche Kaiserthum sagt zum Volke: „Was das Bürgerthum Dir verweigert, sollst Du haben: Du bekommst von mir zu essen.“ Dann wendet es sich zur Bourgeoisie: „Du willst Geld, nicht wahr? Ich werde Dich durch ein geschicktes Schutzsystem reicher machen.“ Schließlich aber wendet es sich zum Adel und zur Klerikeri und sagt: „Die Bourgeoisie werden sich bereichern; sie glauben es wenigstens.“ Das blöde Volk ist kalt gelüftet: Ihr könnt ruhig schlafen.“

Wenn Clemenceau für solche Zustände die verdamnte Klassenkampftheorie verantwortlich macht, ist es Jaurès, einem besseren Kenner deutscher Verhältnisse leicht, ihn zu widerlegen. „Das deutsche Proletariat“, so schreibt er, „hat stets ein hohes Ziel im Auge gehabt. Es hat verstanden, daß es dieses Ziel nicht anders verwirklichen kann als mit Hilfe der politischen Demokratie. Den Versuchungen der kaiserlichen Vorkasernen zum Trost, zum Trost der von den Höfen des Kaiserthums diktierten sozialen Versicherung hat es den Kampf wider den Absolutismus wie gegen den Kapitalismus allezeit weiter gelämpft, und sein Fehler ist es nicht, und nicht der Fehler des Klassenbewußtseins, von dem es durchdrungen ist, wenn zwischen dem deutschen Proletariat und dem deutschen Bürgerthum noch (?) kein Bündnis zur Erwerbung der politischen Freiheit geschlossen wurde. Der Casarismus und die Gegenrevolution bedürfen eines Pöbels. Aber das Proletariat hört auf Pöbel zu sein, genau in dem Maße, in dem es zur bewußten Klasse wird.“

Rehren wir noch Frankreich zurück! Guesde und die französische Arbeiterpartei (parti ouvrier français) verstanden wohl, daß es im Zeitalter des allgemeinen Stimmrechts und der Republik nicht mehr genüge, an die Gewalt zu appellieren, und alles Heil von einer plötzlichen Volkserhebung zu erwarten. Trotzdem bleibt für sie die Gewalt nicht mehr das einzige, wohl aber das entscheidende Mittel. Sie beteiligten sich wohl an den Kammerwahlen, jedoch nur, weil es gut sei, im entscheidenden Augenblick „ein paar Leute in der Kammer zu haben, auf die man zählen könne.“ Daß der Zusammenbruch der bestehenden Ordnung nach und unermesslich sei, war Guesde's feststehende Ueberzeugung. In den Kämpfen zwischen Opportunismus und Radikalismus konnte er nur ein Spiel mit verteilten Rollen sehen, das das Bürgerthum spielte. Spalten beide abgewirtschaftet, so trat der Socialismus ihre Erbschaft an. Unter Berufung auf das ehrene Lohngesetz verwarf Guesde die Konjunktionsgesellschaften und räumte ihnen nur soweit ein Existenzrecht ein, als sie unmittelbar politischen Zielen dienten. Eine Möglichkeit, die Lebenshaltung des Proletariats zu verbessern, sah er in der Kooperation aber nicht. Ebenso erklärte er, daß, solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung bestehe, alle Reformen nur Sand in die Augen wären, und gegen die Heranziehung der Arbeitgeber zu sozialen Versicherungszwecken wendete er ein, daß die Lasten der Versicherung von den Unternehmern unerschöpflich auf die Arbeiter überwältigt werden würden. Durch solche grundsätzliche Bedenken sah sich Guesde allerdings nicht gehindert, sociale Reformforderungen in das Programm der französischen Arbeiterpartei aufzunehmen.

Inzwischen setzte er aber alle seine Hoffnungen auf einen plötzlichen Zusammenbruch, dessen Anfänge er in der diplomatischen Spannung zwischen Rußland und England zu erblicken glaubte. England, der Weltrepräsentant des Kapitalismus, und Rußland, der des Absolutismus, schienen ihm bereit, in einem Kampf einzutreten, der nicht nur für die beiden Gegner, sondern auch für die von ihnen vertretenen Principien tödlich werden mußte. Der Zusammenbruch des englischen Weltreichs würde die englischen Arbeiter revolutionieren, während die Matiegung Rußlands die deutsche Klassenherrschaft ihrer besten Stütze berauben und der socialen Revolution des deutschen Proletariats die Bahn freimachen würde. Von einer solchen weltpolitischen Wende erhoffte Guesde den Sieg des Socialismus.

Solchen Anschauungen gegenüber verteidigt Jaurès die Bedeutung der Demokratie und der legalen Entwicklung, der socialen Reform und des Weltfriedens:

„An das allgemeine Wahlrecht appellieren, sei es auch zu bloßen Agitationszwecken, heißt Vertrauen in das Princip der Mehrheit setzen. Denn diese Agitation bleibt wertlos, wenn sie nicht eine große Menge von Köpfen erfasst, sie bleibt wertlos, wenn sie nicht die Leiden und Beschwerden der Besitzlosen ans Licht bringt; der Nicht-Kapitalisten, aus denen beinahe das ganze Volk besteht.“

„Jeder Arbeiter kann mitreden, kein plutokratisches Censurwahlrecht knebelt ihn mehr. Wenn er schweigt, obwohl er stimmen kann, ist er dumm; er ist von Sinnen, wenn er gegen sich selber stimmt. Wenn sich also ein sozialistischer Agitator zum Ziel seiner Propaganda nicht die Eroberung der Mehrheit setzt. . . so proklamiert er die ewige Unfähigkeit oder die unheilbare Krankheit jener Klasse, der er die Herrschaft über die ganze Menschheit anvertrauen will.“

„Das Volk braucht volles Licht! Im vollen Lichte wird das Proletariat seinen Sieg sichern, der der Sieg der Civilisation ist. Und das allgemeine Wahlrecht, trotz seiner Irrthümer, seiner Unvollkommenheiten, seiner Ueberlassungen ist das Licht, ist der helle Tag. . . Die Gewalt, sie ist das Dunkle, das Unbekannte; denn niemand weiß, welche von den losgelassenen brutalen Gewalten siegen wird, ob nicht die Revolution, im Augenblick, da sie siegreich die Deute heimträgt, im Finstern von den Rechten der Kirche und des Kapitals. . . herabtritt.“ Und Jaurès erinnert an das seltsame Zusammentreffen, daß am Tage der Wabl Carnots revolutionäre Demonstrationen gegen Ferry in Scene gesetzt wurden, gleichzeitig aber auch Voulanges und die Seinen den Staatsstreich der Schöndiktatur vorbereiteten. Der Veranlasser dieser Demonstrationen (der Blanquist Endes) hätte nicht gewußt, daß er nichts anderes sei als ein Posten in den politischen Berechnungen der Staatsräuber. „Diese Artfälschung beweist, daß der revolutionäre Anruf der

Gewalt für das Proletariat nichts anderes sein kann als eine furchtbare Täuschung. Auf dem Boden der Sachlichkeit und im freien Rechte wird es seinen Weg gehen, der nicht ohne Beschwerden ist, aber sicherlich zum Ziele führt.“

Daß der demokratisch organisierte Staat so ganz und gar kapitalistisch sein könne wie die Kapitalistenklasse selbst, und daß seine socialen Reformen deshalb wertlos sein müßten, bestreitet Jaurès. Er weist Guesde auf den Widerspruch hin, daß er gleichzeitig während er solche Behauptungen aufstelle, von eben diesem Staat Arbeitervolk, Normal-Arbeitstag und gesetzliches Lohnminimum verlange. Der Streit sei thatsächlich abgeschlossen durch die Politik der ganzen sozialistischen Partei, die in allen Ländern die Verstaatlichung und Verstaatlichung zahlreicher Industriezweige anstrebt. Guesde habe aber im Jahre 1885 nicht nur die Kranken-, Alters-, Jubiläen- und Arbeitslosen-Versicherung, sondern auch alle Verträge der Verstaatlichung oder Verstaatlichung kapitalistischer Unternehmungen bekämpft.

Ein Zusammenbruch der gegenwärtigen Ordnung als Folge eines großen Krieges sei nicht zu erwarten. Nicht am Kriege, sondern am Frieden und an der Abrüstung sei das Proletariat interessiert. Der Zusammenbruch Rußlands würde an den deutschen Verhältnissen nichts ändern — ein so großer Gewinn es auch wäre, die Möglichkeit reaktionärer Interventionen Rußlands ausgeschaltet zu wissen. Denn: „die Erfahrung hat überdeutlich bewiesen, daß die Methode der Insurrektion nicht die der deutschen Socialdemokratie sei. Sie rechnet vor allem, man könnte fast sagen, sie rechnet allein auf die Gewalt der gesetzlichen Entwicklung, und wenn auch hinter den Hohenzollern nicht der Schatten der Romanows stünde, würde sie fortfahren, sich durch die langsamen sicheren Eroberungen des allgemeinen Stimmrechts die Zukunft zu sichern.“

Obwohl Guesde gelegentliche Wohlwünsche mit den Radikalen nicht scheute (wofür Jaurès nicht ohne Rosigkeit amüsante Beispiele zu erzählen weiß) lehnte er doch in Konsequenz seiner Auffassung ein Zusammengehen mit den Radikalen ab. Jaurès, der über die demokratische Ideologie zum Socialismus kam — 1885 bis 1889 sah er im linken Centrum der Kammer — hat diese Herkunft und diesen Zusammenhang nie verleugnet. In einer etwas melodramatischen Weise, die den ersten Eindruck seiner jachlichen Ausführungen zu verwischen geeignet ist, schildert er, wie sich in jener Zeit sein Uebergang zum Socialismus vollzog.

Die Darstellung, die Jaurès von den parteipolitischen Verhältnissen Frankreichs im Jahre 1885 giebt, verlieren durch ihre stark subjektive Färbung keineswegs an historischem Werte. Die ausführliche Polemik, die in den thatsächlichen Bericht verweben ist, ist höchstens in dem Sinne zu bedauern, daß sie andern nicht minder wichtigen Ausführungen den Raum weggenommen hat. Man sieht wohl die Ideen, die mit einander kämpfen, in außerordentlicher Schärfe dargestellt, nicht aber die Köpfe, in denen diese Ideen entstanden sind, noch weniger die Gestalten, die diese Köpfe tragen. Besonders hätte das geistige Bild der Radikalen, das uns Deutscher so unverständlich ist, daß wir in seine Rechtmäßigkeit leicht einiges Mißtrauen setzen, eine Ergänzung ins Materielle wohl vertragen. Die innere sociale Struktur dieser Partei wäre sicherlich geeignet, manches begreiflich zu machen. Als eine bewußte bürgerliche Klassenpartei in unserem Sinne kann die radikale Partei Frankreichs v. J. 1885 nach Jaurès Darstellung unmöglich aufgefaßt werden. Die gelegentliche Aeußerung, daß sich Clemenceau's Anhang in Paris vornehmlich aus Arbeiterkreisen rekrutierte, erklärt manches.

Die politische Schärfe, mit der sich Jaurès gegen Guesde wendet, wird man in Deutschland wohl begreifen können, wenn man auch deshalb die andere Seite nicht vergessen darf. Die Republik, deren Verteidigung wider die Monarchisten Jaurès so sehr am Herzen lag, war die Schlichterin der Kommune gewesen; alle Empfindungen jenes furchtbaren Klassenkrieges waren damals — 14 Jahre nach seiner blutigen Beendigung — noch lebendig. Die französische Republik war noch nicht stabilisiert, Frankreich mochte noch immer ein Ball gelten, der zwischen der Militärmonarchie und der bougeoisien Militärrpublik hin- und hergeworfen wurde. Ob der Friede, der zur allmählichen demokratischen Erziehung des Volkes notwendig ist, erhalten bleiben würde, war durchaus ungewiß und die Hoffnung, daß eine plötzliche wirtschaftliche und politische Erschlüpfung zu einem allgemeinen Umsturz der Bestimmungen und zu einer erquickenden Veränderung aller Verhältnisse führen würde, durchaus nicht unbegründet. Ein künftiger Historiker, der Jaurès als Quelle benutzen wird, wird in manchem scharfen wider die französische Arbeiterpartei gesprochenen Tadel nur die flehentliche große Verdienste erkennen.

In Wirklichkeit ist „die Plünder“, die „Barrikade“, der „Putsch“, die „Insurrektion“, die „brutale Gewalt“ doch auch von Guesde keineswegs als ein wunderbarer Retter himmlischer Herkunft betrachtet worden, sondern nur als die unausbleibliche Begleiterscheinung eines plötzlichen Gesinnungsumschwings oder „Aufschwungs der Massen, der durch hereinbrechende große Ereignisse bedingt wird. Auch die vollkommene Demokratie kann gegen solche Irritationen kein völlig unerschöpfliches Mittel sein, sicherlich aber ist sie das einzige, das hinreichende Aussicht bietet, nicht solch erfreuliche plötzliche geistige Massenereignisse, wohl aber ihre menschlich traurigen Begleitumstände zu beseitigen. Wollte Jaurès aber die Möglichkeit solcher Massenbekehrungen zum Socialismus leugnen, so könnte man ihn mit seinen eignen Argumenten schlagen; denn sie leugnen, hieße die Beweglichkeit des menschlichen Geistes leugnen, hieße die Fähigkeit der Massen leugnen, aus großen Zwischenfällen der Zeit die richtigen Folgerungen zu ziehen. Eine allzu vorfristig stehende Politik, eine Politik, die dem klaren Blick der Massen zeitweilig die großen, grundsätzlichen Unterschiede zwischen bürgerlicher und proletarischer Weltanschauung verhascheln läßt, ist schwerlich geeignet, eine solche Bewegung der Geister vorzubereiten, die, von den Thatsachen revolutioniert, diese selbst wieder revolutionieren. Von dem Grade, in welchem wirtschaftliche und politische Beschwerden dem Volke zum Bewußtsein gelangen, von seiner Fähigkeit, aus erkannten Thatsachen die richtigen Folgerungen zu ziehen, hängt zum guten Theile das „Tempo der Bewegung“ ab, und die Hoffnung aufgeben, daß sich diese Entwicklung in stürmischen Progressionen vollziehen könne, hieße an der Demokratie verzweifeln und den Socialismus vertragen, hieße dem Klassenkampf die Begeisterung nehmen.

Für uns Deutsche ist es besonders interessant, das Gebiet näher kennen zu lernen, aus dem die beiden Strömungen des französischen Socialismus entsprangen. Auch mag das mittelbegründete Aufschlagen, mit dem ein Clemenceau von deutschen Verhältnissen spricht, vielleicht manchen von denen stutzig machen, die, außerhalb unseres Lager's stehend, wirklich glauben, daß Deutschland in der Welt „doran“ ist. Wir sehen aber auch, daß die Politik der französischen Arbeiterklasse mit Verhältnissen zu rechnen hat, die wir uns für Deutschland, ohne Hochverrat in Gedanken zu begehen, gar nicht vorstellen können. Wir begreifen auch, warum sich die französischen Socialisten mitunter blutig zanken, warum der Kampf der Fraktionen dort mitunter eine persönliche Siedehitze erreichen kann, die sachliche Momente völlig aufstößt. Für den französischen Socialismus giebt es aktuelle taktische Probleme, die plünder-unglücklicherweise für uns gar nicht existieren, gar nicht existieren können. Die Darstellungen Jaurès lassen den Play deutlich genug erkennen, der der deutschen Socialdemokratie in den Reihen des internationalen Socialismus zukommt. Jaurès erste — und das ist ihre nationale Aufgabe — hat sie dafür zu kämpfen, daß Deutschlands politische Einrichtungen fürderhin nicht mehr der

*) Jean Jaurès. Discours parlementaires. Tome premier. Préface d'une introduction de l'auteur sur le socialisme et le radicalisme en 1885. Paris. Edouard Cornély et Cie. 1904

